

15. Wahlperiode

38. Sitzung

Berlin, Freitag, 7. November 2003

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
<b>Geschäftliches</b>		<b>Antrag und dringliche Beschlussempfehlung</b>	
<b>Aufhebung einer Ausschussüberweisung</b>		<b>Aussetzen der Haushaltsberatungen</b>	
Drs 15/2066 .....	3073 (D)	Drsn 15/2188 und 15/2191 .....	3038 (C)
<b>Debatte</b>		<b>Antrag</b>	
<b>Folgen des Urteils des Berliner Verfassungsgerichtshofes vom 31. Oktober 2003</b> .....	3038 (B)	<b>Nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts: Verantwortung übernehmen statt Verunsicherung produzieren</b>	
<b>Anträge</b>		Drs 15/2198 .....	3038 (D)
<b>Entzug des Vertrauens gegenüber dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit</b>		Abg. Zimmer (CDU) .....	3038 (D), 3060 (A)
Drs 15/2189 .....	3038 (B)	Abg. Müller (SPD) .....	3040 (D)
<b>Entzug des Vertrauens gegenüber dem Senator für Finanzen Thilo Sarrazin</b>		Abg. Dr. Lindner (FDP) .....	3043 (D), 3067 (D)
Drs 15/2190 .....	3038 (B)	Abg. Liebich (PDS) .....	3049 (A)
<b>Debatte</b>		Abg. Ratzmann (Grüne) .....	3053 (A)
<b>Fortgang der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2004/2005</b> .....	3038 (C)	RBm Wowereit .....	3056 (C)
<b>Antrag</b>		Abg. Gaebler (SPD) .....	3064 (C)
<b>Haushaltentlastende Gesetzesvorlagen und -anträge</b>		Abg. Wechselberg (PDS) .....	3069 (B)
Drs 15/2271 .....	3038 (C)	Abg. Eßer (Grüne) .....	3071 (A)
<b>Antrag und dringliche Beschlussempfehlung</b>		Beschluss .....	3074 (A)
<b>Berlin fordert vom Senat einen verfassungskonformen Haushaltsplanentwurf</b>			
Drsn 15/2184 und 15/2192 .....	3038 (C)		
<b>Antrag</b>			
<b>Einsetzung einer Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“</b>			
Drs 15/2185 .....	3038 (C)		

(A)

Präsident Momper eröffnet die Sitzung um 9.01 Uhr.

**Präsident Momper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 38. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin, und begrüße zu dieser frühen Stunde Sie alle, unsere Gäste, die Zuhörer sowie die Medienvertreter sehr herzlich.

Diese Sitzung findet auf Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemäß § 56 Abs. 1 Satz 2 unserer Geschäftsordnung statt. Die Einladung haben Sie über die Fraktionen am Mittwoch erhalten. Die in dieser Einladung ausgeführten Drucksachen sind gestern früh auch über die Fraktionen zugeteilt worden. Dazu gehören zwei dringliche Beschlussempfehlungen des Hauptausschusses vom 5. September, die unmittelbar zu zwei Anträgen gehören. Diese beiden Anträge, Drucksache 15/2184 der Fraktion der CDU sowie die Drucksache 15/2188 der Fraktionen SPD und PDS hatte ich vorab an den Hauptausschuss zur Beratung überwiesen. – Die nachträgliche Zustimmung hierzu stelle ich hiermit fest. Widerspruch höre ich nicht. – Uns liegen auch die entsprechenden dringlichen Beschlussempfehlungen dazu vor.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, alle Tagesordnungspunkte der Einladung für die heutige Sitzung miteinander zu verbinden. Einvernehmlich empfohlen wurde eine Redezeit von bis zu 30 Minuten pro Fraktion in freier Aufteilung auf die Redebeiträge. – Auch der Senat möge sich an diese Vorgaben bitte halten. Gegebenenfalls müssten wir uns während der laufenden Sitzung erneut verständigen.

Dann habe ich zwei Entschuldigungen des Senats wegen der Nichtteilnahme an der heutigen Sitzung bekannt zu geben. Frau Schubert fehlt von Anfang an, weil sie das Land im Bundesrat vertritt. – Herr Böger wird ab 10.30 Uhr nicht anwesend sein, weil er das Land dann auch im Bundesrat vertritt und Frau Schubert nach Westdeutschland eilt, um beim Deutschen Städtetag das Land zu vertreten.

Ich rufe auf

**lfd. Nr. 1:**

**Folgen des Urteils des Berliner Verfassungsgerichtshofes vom 31. Oktober 2003**

**lfd. Nr. 2:**

a) Antrag

**Entzug des Vertrauens gegenüber dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit**

Antrag der CDU, der FDP und der Grünen  
Drs 15/2189

b) Antrag

**Entzug des Vertrauens gegenüber dem Senator für Finanzen Thilo Sarrazin**

Antrag der CDU, der FDP und der Grünen  
Drs 15/2190

**lfd. Nr. 3:**

**Fortgang der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2004/2005**

**lfd. Nr. 4:**

a) Antrag

**Haushaltsentlastende Gesetzesvorlagen und -anträge**

Antrag der FDP Drs 15/2271

b) Antrag und Dringliche Beschlussempfehlung

**Berlin fordert vom Senat einen verfassungskonformen Haushaltsplanentwurf**

Antrag der CDU Drs 15/2184

Beschlussempfehlung Haupt Drs 15/2192

c) Antrag

**Einsetzung einer Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“**

Antrag der CDU Drs 15/2185

d) Antrag und Dringliche Beschlussempfehlung

**Aussetzen der Haushaltsberatungen**

Antrag der SPD und der PDS Drs 15/2188

Beschlussempfehlung Haupt Drs 15/2191

e) Dringlicher Antrag

**Nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts: Verantwortung übernehmen statt Verunsicherung produzieren**

Antrag der Grünen Drs 15/2198

Ich höre keinen Widerspruch zur Anerkennung der Dringlichkeiten. Dann sind sie so festgelegt.

An Wortmeldungen liegt mir vor der Vorsitzende der CDU, Herr Kollege Zimmer, der jetzt das Wort hat. – Bitte schön, Herr Zimmer!

**Zimmer (CDU):** Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine Damen und Herren! Dieses Haus und seine Ausschüsse haben im Sommer des vergangenen Jahres über die Verfassungsgemäßheit des Haushaltes 2002/2003 diskutiert. Es gab bereits zum damaligen Zeitpunkt nur eine richtige Antwort: Der Haushalt ist verfassungswidrig und nichtig. – Das Verfassungsgericht des Landes Berlin hat dieses festgestellt. Es ist in seiner Argumentation weitestgehend den Argumenten gefolgt, die wir hier im Hause schon beraten haben.

Der Haushalt 2002/2003 ist verfassungswidrig und nichtig, weil die Schulden die Investitionen überschreiten, und zwar in einem ganz erheblichen Umfang. Die Verfassung zieht ganz bewusst eine Grenze bei der Verschuldung, weil nicht auf Kosten zukünftiger Generationen Geld für Konsum ausgegeben werden soll, sondern nur

(C)

(B)

(D)

**Zimmer**

für Investitionen. – Es gibt eine Ausnahmegesetzgebung, auf die sich der Senat beruft. Er hat behauptet, dass eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt. Ob das so ist, darüber kann man streiten. Es ist vermutlich später dann so gewesen. Damals hat der Senat in der Diskussion etwas ganz anderes behauptet. Er hat aber vor allem keine Maßnahmen ergriffen, um die von ihm behauptete Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes in den Griff zu bekommen. Das ist aber zwingend zu fordern. Wenn man behauptet, man tut etwas gegen eine Störung, dann muss man etwas machen. – Der dritte Punkt ist, das ist besonders peinlich für den Senat, er hat bei seinem Haushaltsgesetz ausgesprochen schlampig gearbeitet.

[Beifall bei der CDU, –  
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Das geht auch an die Adresse der Regierungskoalition hier im Hause. Ich möchte nur diesen einen Satz aus dem Urteil vorlesen. Das kann ich Ihnen nicht ersparen.

Es ist nicht Aufgabe des zur Überprüfung berufenen Verfassungsgerichts, bruchstückhafte Begründungselemente einzelner Abgeordneter in Erahnung eines eventuellen gesetzgeberischen Willens zu einer Argumentationskette zusammenzusetzen.

Das ist, glaube ich, die Höchststrafe, die einem ein Gericht für eine Gesetzesbegründung geben kann.

(B) [Beifall bei der CDU, der FDP und den Grünen]

Worüber wir heute beraten, das sind die Folgen aus dem Urteil des Verfassungsgerichts. – Da sind zwei Fragen zu stellen. Zum einen: Was geht noch? Was bedeutet das Urteil zum Haushaltsgesetz für den jetzt zu beratenden Doppelhaushalt 2004/2005? Was ist in dieser Stadt zukünftig noch möglich? Was ist zukünftig zu tun? Wo gibt es möglicherweise auch neue Chancen für Berlin? – Das werden wir dann in der 2. Runde beraten. Von meiner Seite hier an dieser Stelle nur so viel: Mit Sicherheit hat Ihnen das Verfassungsgericht jetzt keinen Freibrief gegeben, in der Stadt Berlin das Licht auszuknippen und die Tür abzuschließen.

[Beifall bei der CDU, der FDP und den Grünen]

In unserer Gesellschaft gibt es Regeln und Gesetze, Normen, die eingehalten werden müssen, wenn nicht die Willkür herrschen soll. Darum bestrafen wir Menschen, die gegen Gesetze verstoßen. Wir bestrafen den Dieb, den Betrüger, weil er sich auf Kosten eines anderen bereichert. Wir machen damit deutlich, dass dieses Verhalten nicht geduldet werden kann. – Was ansonsten folgt, ist Chaos, Anarchie, Recht des Stärkeren – alles Dinge, über die wir längst hinweg sind. Dies gilt für den Gesetzesbruch. Ich denke, Sie werden mir an dieser Stelle zustimmen. Aber die Verfassung ist nicht irgendein Gesetz, sondern das höchste. Es ist Grundlage und Grenze unserer Demokratie. Niemand, vor allem aber kein Politiker, darf sich anmaßen, über der Verfassung zu stehen.

[Beifall bei der CDU, der FDP und den Grünen]

Die Demokratie verleiht Ämter nur auf Zeit und unterwirft sie der Kontrolle, vor allem durch die Parlamente – durch uns. Maßstab ihres Handelns ist die Verfassung. Sie unterscheidet zwischen einer Regierung und einem Regime, zwischen einer souveränen Gesellschaft und einem Volk von Beherrschten, zwischen einem selbstbewussten Parlament und einem Marionettentheater.

[Beifall bei der CDU]

Der Bruch der Verfassung führt zu einer Krise der parlamentarischen Demokratie, wenn er für die Verantwortlichen folgenlos bliebe. Die verliehene, nein, die ausgeliehene Macht muss denjenigen entzogen werden, die sich gegen die Verfassung stellen und das Vertrauen der Wähler missbraucht haben.

[Beifall bei der CDU]

Die einzig legitime Antwort eines Parlaments, das sich ernst nimmt, kann hierauf nur die Abwahl sein.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Ich schwöre, mein Amt gerecht und unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zu führen und meine ganze Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen.

Herr Wowerit, Herr Sarrazin! Erinnern Sie sich an diesen Satz? – Ich erinnere mich sehr gut daran, wie Sie beide hier vorne diesen Schwur geleistet haben. Mit der Verabschiedung und dem Vollzug des Haushalts begingen Sie einen Verfassungsbruch. Dieser Verfassungsbruch ist vom höchsten Berliner Gericht festgestellt worden. Der Regierende Bürgermeister Wowerit und der Senator für Finanzen Sarrazin sind Verfassungsbrecher, und Klaus Wowerit entwickelt sich zu einem notorischen Verfassungsbrecher. (D)

[Oh! von der SPD]

Bereits im Jahr 2002 haben Sie im Deutschen Bundestag, nicht weit von hier, im Streit um das Zuwanderungsgesetz die Verfassung gebrochen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Im Dezember 2002 hat das Bundesverfassungsgericht dieses auch festgestellt – ohne dass es heute um eine inhaltliche Bewertung des Gesetzes geht. Darum ging es nicht. Es ging darum, dass Sie sich auch an dieser Stelle selbstherrlich über die Verfahrensordnung, die uns unser Grundgesetz gegeben hat, gestellt haben.

[Beifall bei der CDU]

Und wider besseres Wissen sind Sie in der Sitzung am 28. Juni 2002 an dieses Pult getreten und haben behauptet, das Haushaltsgesetz 2002/2003 sei nicht verfassungswidrig:

Ich erkläre für den Senat hier ganz eindeutig, dass der vorgelegte Haushalt sich natürlich im Rahmen der Verfassung bewegt und auch nicht rechtswidrig ist. Ja, und zwar ganz klar!

Eine solche Aussage könnte auch nur Ausdruck von finanzpolitischer und staatsrechtlicher Inkompetenz sein.

**Zimmer**

(A)

Aber so einfach können Sie es sich heute wohl nicht machen, Herr Wowereit! Sie sind Volljurist, langjähriges Bezirksamtsmitglied, waren haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Ich muss also davon ausgehen, dass Sie sich der Bedeutung Ihrer Aussage an diesem Pult bewusst waren, vor allem, nachdem Herr Sarrazin zuvor bereits festgestellt hatte, dass man keinen Zweifel daran haben könne, dass dieser Haushaltsentwurf verfassungs- und rechtswidrig ist. Sie haben dies getan, um den Haushaltsgesetzgeber, nämlich dieses Parlament, zu täuschen. Aber auch nach dem Urteil hatten Sie nichts Eiligeres zu tun, als den Regierungsfractionen zu raten, das Urteil des Verfassungsgerichts zu ignorieren und den ebenso verfassungswidrigen Haushaltsentwurf 2004/2005 möglichst schnell zu beschließen. Und dann interpretieren Sie das Urteil einfach um und behaupten dreist, es wäre ein Freibrief, um Ihre hilf- und planlose Kahlschlagpolitik noch zu verschärfen. Sie stellen sich bewusst über das höchste Berliner Gericht und dessen Urteile, Herr Wowereit!

Dieses Vorgehen passt in das System Wowereit, ein System, in dem Arroganz und Selbstbedienungsmentalität zur Tagesordnung gehören. Die ehemaligen Staatssekretäre Pasternack und vor allem Herr Bielka legen davon beredtes Zeugnis ab. Das Neueste, was wir lesen durften, ist, dass die Kollegin Fugmann-Heesing möglicherweise in die Charité wechselt und dort dann Karriere macht, nachdem Sie als Senatorin und bei der GEBB ausgedient hat. Die Sozialdemokratie sorgt für ihre verdienten Mitglieder im Senat.

(B)

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Da wundert es gar nicht weiter, dass Sie mit den Krediten auf Kosten zukünftiger Generationen in Berlin auch nicht anders umgehen. – Herr Regierender Bürgermeister! Sie sind ein Verfassungsbrecher. Niemand wird Ihnen jemals wieder glauben, dass Sie aus Verantwortung für Berlin handeln, wenn es nur um den eigenen Machterhalt geht.

[Beifall bei der CDU]

Der Senator für Finanzen, Herr Dr. Sarrazin, hat bereits frühzeitig erkennen lassen, dass er um die Verfassungswidrigkeit des Haushalts wusste. Er zog daraus den Schluss, dass er dann eben die Verfassung brechen müsse, weil er nicht fähig war, einen ordentlichen Haushalt aufzustellen. – Sie haben damit, Herr Sarrazin, vorsätzlich und bewusst, also mit Absicht, die Verfassung gebrochen und sind offensichtlich auch noch stolz darauf. Nach der Verkündung des Urteils des Verfassungsgerichts stellten Sie sich vor die Mikrofone und sagten: „Ich habe es schon von Anfang an gewusst!“ – Ein Verfassungsbrecher, der stolz auf seine Tat ist! Übrigens haben Sie während der Verhandlung vor dem Verfassungsgericht kleinlaut behauptet, Ihre Einschätzung aus dem Juni des vergangenen Jahres sei eine Art Missverständnis gewesen. Das passt gar nicht zu Ihrem Charakter – so, wie wir Sie hier kennen gelernt haben, wie wir Sie teilweise auch kennen lernen mussten. Es muss Ihnen sehr schwer gefallen sein, im Gericht vorzulesen, was Ihnen die Senatskanzlei von Herrn Wowereit aufgeschrieben hat.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

(C)

Ein Mann, der sich rühmt, die Berliner Verfassung gebrochen zu haben, und die daraus resultierenden Misstrauensanträge von drei Fraktionen dieses Hauses als Unterhaltungsprogramm versteht, ist offensichtlich ungeeignet für das Amt eines Senators. Sie besitzen weder die notwendigen charakterlichen Eigenschaften, geschweige denn ein Unrechtsbewusstsein.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Herr Wowereit, Herr Sarrazin! Ihnen muss das Vertrauen entzogen werden. Sie haben durch Ihr Handeln dem Land Berlin und der Demokratie schweren Schaden zugefügt. Jeder Demokrat und verantwortungsbewusste Abgeordnete in diesem Saal muss bei den Misstrauensanträgen am Montag mit Ja stimmen. Die Mitglieder der CDU-Fraktion werden ebenso wie die Kollegen der FDP und der Grünen am Montag ein Zeichen setzen für die Verfassung und gegen die Verantwortungslosigkeit. – Vielen Dank!

[Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP]

**Präsident Momper:** Danke schön, Herr Kollege Zimmer! – Bevor ich dem Fraktionsvorsitzenden Müller von der SPD das Wort gebe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, neu in unserer Mitte den Staatssekretär Schulte zu begrüßen, der heute gleich die richtige Einführung in die Haushaltsprobleme bekommt. – Herzlich willkommen! Gute Zusammenarbeit, Herr Staatssekretär Schulte!

(D)

[Allgemeiner Beifall]

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Müller! – Bitte schön!

**Müller (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich warte immer noch ganz gespannt, wann denn mal die große Stunde der Opposition kommen wird, insbesondere die große Stunde der CDU-Fraktion.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Es wäre doch heute ein schöner Tag gewesen. Bei der Inszenierung Ihrer Misstrauensanträge hätte man doch heute mal richtig loslegen können, wo denn Ihre Konzepte und Gegenentwürfe sind. Wieder Fehlanzeige, wieder nichts!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Oder kommen die noch? – Ganz im Gegenteil: Wie immer die üblichen Vorwürfe und Beschimpfungen als Verfassungsbrecher,

[Henkel (CDU): Notorische Verfassungsbrecher!]

dass nicht gesagt werden würde, wo wir stehen, wo es langgehen soll. – Herr Zimmer, ich habe es Ihnen schon ein paar Mal gesagt, ich werde es aber gern heute noch einmal von hier vorne tun: Es hat noch keine Regierung gegeben, die wie diese den Berlinerinnen und Berlinern so deutlich gesagt hat, was in der Stadt geht und was nicht geht, und wo wir stehen, und welche Reformen wir anpacken müssen. Und wir haben Sie angepackt.

**Müller**

(A)

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Genau das alles ist in der zurückliegenden Zeit passiert.

Sie gehören doch gerade der Partei an, in der über Jahrzehnte die Oberverschleierer der Situation in Berlin gesessen haben, die auf jeder Betriebsversammlung gestanden und gesagt haben: Es wird sich überhaupt nichts ändern!

[Beifall bei der SPD und der PDS –  
Henkel (CDU): Herr Müller, wissen Sie,  
wie lange die SPD in Berlin regiert?]

Das ist doch genau der Punkt, warum wir in der Lage sind, in der wir uns heute befinden.

Und Sie befinden sich auch nach wie vor genau in dieser Tradition, Herr Zimmer! Ausdruck dafür ist Ihr Interview am Dienstag dieser Woche in der „Berliner Zeitung“.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Da sind Sie sich nicht zu schade, in aller Öffentlichkeit – vor dem Hintergrund, vor dem wir hier diskutieren – zu sagen, dass Sie es billig fänden, dass der Wirtschaftsminister konkrete Einsparvorschläge gemacht hat. Und als der erstaunte Journalist noch nachfragt: „Haben Sie vielleicht eigene Überlegungen?“, sagen Sie, nein, Sie würden diesen Fehler nicht machen und so konkret werden wie der Wirtschaftsminister.

(B)

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Allen nach dem Munde reden, das ist nach wie vor das Gütesiegel der Berliner CDU, und dazu passt – um auch das gleich am Anfang abzuräumen – auch Ihr hilfloser Ruf nach der Enquete-Kommission. – Herr Zimmer, natürlich ist Beratung immer gut und auch richtig und wichtig. Wenn man ein konkretes Problem hat, kann es oft helfen, dass Experten mitberaten – warum nicht auch mal eine Enquete-Kommission?

[Zuruf des Abg. Henkel (CDU)]

Ich glaube aber, in der Lage, in der wir im Moment sind, ist in allererster Linie die Politik gefordert. Wir sind gewählt, wir müssen beantworten, wo es langgehen soll!

[Beifall bei der SPD und der PDS –  
Zuruf des Abg. Zimmer (CDU)]

– Richtig, Herr Zimmer! Wir, der Senat und die Koalitionsfraktionen, völlig richtig! Aber ist mir was entgangen, oder sind Sie auch gewählte Abgeordnete? – Selbst Sie haben noch Wählerstimmen bekommen. Geben Sie doch mal für Ihre Wähler die Antworten!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ich glaube, wir sollten etwas vorsichtiger sein, immer mit dem Finger auf andere zu zeigen.

[Gelächter bei der CDU und der FDP]

In diesem Haus hat es über Jahrzehnte unter den unterschiedlichsten Konstellationen Mehrheiten für diverse Haushalte gegeben, die nicht mehr oder weniger verfas-

(C)  
sungskonform oder verfassungswidrig waren als der, über den wir hier gerade diskutieren.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Es ist richtig, dass der Senat die Haushaltsentwürfe vorlegt. Aber die Parlamentarier entscheiden immer noch darüber. Jeder muss sich an die eigene Nase fassen – sowohl die Grünen als auch die CDU. Jeder muss sich fragen, an welcher Stelle er etwas unterstützt hat und wo nicht.

[Schruoffeneger (Grüne): Den Blödsinn  
haben wir nicht unterstützt! –

Zuruf von der CDU: So ein Schwachsinn!]

– Bleiben Sie ruhig!

Womit hat sich das Verfassungsgericht eigentlich befasst? – Es hat sich mit dem Doppelhaushalt 2002/2003 befasst und mit nichts anderem. Die Opposition hat sich – entgegen ihrer Einschätzung – vor dem Verfassungsgericht mit ihrer Position, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei nicht gestört, nicht durchgesetzt. Das war der Punkt, den Sie klären wollten. Das Gericht geht aber davon aus, dass das Gleichgewicht gestört ist, und zwar auch wegen des fehlenden Wachstums in den letzten Jahren, wegen der hohen Arbeitslosigkeit, die es in Berlin gibt. Das Gericht sagt, dass dadurch auch eine erhöhte Kreditaufnahme gerechtfertigt ist. Das Gericht sagt sogar – das ist sicher für alle bemerkenswert –, dass wesentliche Anhaltspunkte für eine Haushaltsnotlage vorliegen und auch ein Anspruch auf Sanierungshilfen des Bundes besteht. Allein dadurch ist eine erhöhte Kreditaufnahme zulässig.

(D)

Das Gericht verlangt aber eingehende Begründungen und Darlegungen, dass Ausgaben bei der Haushaltsnotlage entweder durch Bundesrecht oder unsere Landesverfassung gedeckt sind, bzw. wir müssen genau darlegen, dass die erhöhten Kredite, die wir aufnehmen, dazu dienen, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen. Das muss man selbstkritisch einräumen. Die Darstellung der Notlage, die Begründung für die Ausgaben und Kredite und das Sanierungs- und Finanzierungskonzept fehlten bisher. Insofern muss man das Urteil ernst nehmen. Darüber kann man nicht einfach hinweggehen. Der Haushaltsentwurf 2004/2005 muss dahin gehend natürlich auch überprüft und überarbeitet werden.

Diese Überprüfung muss es in inhaltlicher und juristischer Hinsicht geben, aber möglicherweise muss es auch Änderungen im Zahlenteil geben. Das Gericht sagt eindeutig, dass wir mit dem Konsolidierungskurs weitermachen müssen. Insofern kann das in den nächsten Wochen dazu führen, dass wir noch einmal die eine oder andere – vielleicht auch harte – Sparentscheidung treffen oder zu Vermögensaktivierungen kommen müssen. Es gehört dazu, an dieser Stelle ehrlich zu sagen, dass in den Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen noch einiges geschehen muss.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

**Müller**

(A)

Das Urteil ist am 31. Oktober gefallen – heute vor einer Woche für den Doppelhaushalt 2002/2003. Der Senat hat bereits vor Monaten den Entwurf des Doppelhaushalts 2004/2005 vorgelegt, der im Verhältnis zu dem Urteil an wesentlichen Stellen – das muss man betonen – weiterentwickelt wurde. Inzwischen hat es strukturelle Entscheidungen gegeben.

[Niedergesäß (CDU): Welche denn?]

Ich greife zwei wichtige, große Punkte heraus: der Ausstieg aus der ruinösen Anschlussförderung im Wohnungsbau

[Beifall bei der SPD und der PDS]

und die Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst. Das sind zwei wichtige strukturelle Maßnahmen. Es hat weitere Ausgabereduzierungen gegeben. Die Haushaltsnotlage wurde festgestellt. Die Klage in Karlsruhe wurde eingereicht. Das war besonders wichtig, insbesondere im Zusammenhang mit dem entsprechenden Finanzierungs- und Sanierungskonzept bis 2007. Insofern hat sich jetzt vieles weiterentwickelt. Der vorgelegte Entwurf hat schon eine deutlich andere Qualität als das, worüber das Gericht geurteilt hat.

[Niedergesäß (CDU): Noch keine so hohen Schulden wie jetzt!]

Allerdings haben wir durch das Urteil einen neuen Rahmen. Alles muss juristisch überprüft werden. Wir werden uns die nötige Zeit nehmen, um die erforderlichen Konsequenzen zu beraten. Aber wir sollten nicht trödeln. Es muss vorangehen. Es gibt viele Menschen in unserer Stadt, die auf unsere finanzpolitischen Entscheidungen warten, die von dem abhängig sind, was wir hier beschließen. Deswegen müssen wir zügig weiterberaten und bis Ende Januar – wobei es nicht auf zwei, drei Tage ankommt – zu Beschlüssen kommen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ich halte es für wesentlich, dass uns das Gericht – trotz des neuen und engen Rahmens – politischen Handlungsspielraum lässt.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Ach!]

Wir müssen den Haushalt weiter konsolidieren. Aber man kann auch Schwerpunkte setzen. Ich glaube, dass man sehr gut begründen kann – nicht nur politisch, sondern auch mit unserer Verfassung –, warum wir uns insbesondere im Jugend-, Bildungs- und Kitabereich hohe Ausgaben leisten. Man kann es mit der besonderen Situation in unserer Stadt begründen, mit dem Stadtstaat, mit der besonderen sozialen Situation. Ich will in diesem Zusammenhang auch darstellen, dass uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig ist, dass wir dieses hervorragende Angebot in unserer Stadt brauchen. Das ist nicht Jux und Tollerei.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ein weiteres Beispiel: Das Urteil lässt auch sehr gute Begründungen zu, warum es wichtig ist, drei Universitäten in unserer Stadt so auszustatten, wie wir es tun.

[Wellmann (CDU): Sie machen doch das Gegenteil!]

– Immer das dumme Gerede vom Gegenteil. Herr Wellmann, Sie können mit keine andere deutsche Stadt zeigen, die drei vollwertige Universitäten hat.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Natürlich ist das formal ein Ausstattungsvorsprung. Man kann auch bei den Universitäten genau hinschauen, was passiert. Warum muss eine Technische Universität Germanisten ausbilden? – Wo sich Universität selbst verwaltet, wo es Doppel-, Dreifach- und Vierfachstrukturen gibt, kann man selbstverständlich rangehen.

[Zuruf der Frau Abg. Grütters (CDU)]

Aber Sie wissen auch, dass diese Universitäten Zukunftspotential für die Stadt sind, dass sie unser Schwerpunkt sind, dass sie Arbeitsplätze schaffen,

[Beifall bei der SPD und der PDS –

Zuruf von der CDU: Wir wissen das!]

dass sie Drittmittel in die Stadt holen, dass sie Investitionen nach sich ziehen. Deswegen kann man begründen, warum wir uns die Universitäten in der vorliegenden Form leisten. Das werden wir auch tun.

[Wellmann (CDU): Das müssen Sie mal Sarrazin sagen!]

Es ist die Aufgabe der Politik, das jetzt zu tun. Sie haben Recht, dass da in erster Linie die Koalition gefordert ist. Der Senat und die Koalitionsfraktionen sind gefordert, das darzustellen. Dafür sind wir gewählt worden. Aber – das scheint einigen von Ihnen, insbesondere in der CDU-Fraktion, die herumpöbelt, nicht ganz bewusst geworden zu sein – mit dem Einreichen der Klage und dem Urteil, meine Damen und Herren von der Opposition, haben Sie sich mit in die Verantwortung für diesen Haushalt eingeklagt. Auch für alle weiteren Haushalte haben Sie das getan.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Da kommen Sie nicht mehr raus. Herr Eßer hat im Hauptausschuss schon angedeutet, dass mit dem Urteil alle Fraktionen unter verstärktem Erklärungsdruck stehen. Das ist eine Wahrheit, aus der wir Sie nicht mehr herauslassen. Daran werden wir Sie immer wieder erinnern. Richtig ist, dass wir jetzt den Plan vorlegen und darstellen müssen, warum wir Ausgaben tätigen, wie wir das tun und warum wir kürzen. Das ist richtig, aber die Opposition will das höchstwahrscheinlich auch bewerten. Genau an der Stelle müssen Sie Ihre Erklärungen abgeben, und Sie müssen Ihren Plan vorlegen. Da wird es mit den schnellen, kurzen Antworten nicht mehr so einfach gehen wie bisher.

Herr Ratzmann, Sie sind mit Ihrer Partei ja auch geschlagen. Da machen Sie mal einen wegweisenden Vorschlag und sagen: Jetzt muss alles verkauft werden – einschließlich der Unternehmen der Daseinsvorsorge, beispielsweise Vivantes, BVG, BSR, dass wir aus der

(C)

(D)

**Müller**

(A)

Haushaltssituation herauskommen. Einfach alles weg. – Man staunt, wie dynamisch Sie sind.

[Beifall bei der FDP]

– Da klatscht Ihr Koalitionspartner.

[Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der PDS]

**Präsident Momper:** Herr Kollege Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Müller (SPD):** Nein. – Schon drei Tage später beschließt Ihr Landesvorstand einstimmig, man solle der Fraktion übermitteln, wie befremdet man über Ihr Vorgehen sei. – Was denn nun? Welche Vorstellungen haben Sie denn an dieser Stelle, Herr Ratzmann?

Und bei der CDU ist es ein bisschen einfacher, weil da gleich alles aufgeschrieben ist, was Sie so an Konzepten haben, was aus meiner Sicht nun nicht mehr reicht. Da haben Sie einen Bilanzflyer, Herr Zimmer: „Unsere Ideen für Berlin zwei Jahre nach der Wahl.“ Da steht tatsächlich alles drin, Ihre Ideen für einen konsolidierten Haushalt.

Wir haben einen Masterplan zur Haushaltskonsolidierung mit konkreten

[Niedergesäß (CDU): Nur Sprüche!]

– Das sind keine Sprüche, ich lese vor, was Sie hier haben!

(B)

[Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der PDS]

Einsparvorschlägen in Höhe von 2 Milliarden €.

Das würde uns ja schon weiterhelfen! Aber es geht weiter:

Einmalig lässt sich damit sogar ein Liquiditätsgewinn von 5 Milliarden € erzielen.

Und tatsächlich – ich wollte es erst nicht glauben – machen Sie vier konkrete Vorschläge, wie wir das erreichen. Sie fordern die Auflösung der Oberfinanzdirektion:

[Oh! von der PDS]

Einsparung 5 Millionen €.

[Liebich (PDS): 4 Milliarden €!]

Wir fordern die Überprüfung aller Sozialleistungen und die Kürzung auf ein solides Maß.

– wird besser – Einsparsumme 150 Millionen €.

Wir fordern eine rasche Umsetzung der Ergebnisse der Scholz-Kommission.

Keine Einsparung.

[Sen Strieder: Zusammen mit den Grünen! – Zuruf von der PDS: 8 Milliarden €!]

Und jetzt kommt der richtige Kracher:

Wir wollen die Eigenständigkeit der Bezirke sichern.

[Frau Michels (PDS): Nein!]

Da wird es dann geholt.

(C)

Ich habe Ihr Zahlenwerk lange zusammengerechnet, Herr Zimmer, ich bin auf konkrete 155 Millionen € gekommen, die Sie zusammenbekommen. Versprochen hatten Sie 5 Milliarden €. Wie Sie diese Differenz – 4 Milliarden 845 Millionen € – schließen wollen, das werden Sie in Zukunft darlegen müssen. Da können Sie nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Beinahe hätte ich es vergessen, es gibt ja noch einen. Bei Herrn Lindner ist es immer einfacher, der hat ein schlüssiges Konzept, es ist auch in seiner Schlichtheit nicht zu überbieten.

[Heiterkeit – Beifall des Abg. Brauer (PDS)]

Er sagt immer, alles wird gut, wenn wir die Menschen einfach aus dem öffentlichen Dienst herauschmeißen. Das ist wenigstens eine eindeutige Position.

[Krestel (FDP): Das ist die Speerspitze, Herr Müller!]

Aber selbst Sie, Herr Dr. Lindner, werden in Zukunft darlegen müssen, warum es Ihnen wichtiger und lieber ist, die Menschen aus dem öffentlichen Dienst herauszuschmeißen, bevor Sie vielleicht an lieb gewordene Institutionen und Einrichtungen herangehen, bevor Sie konkret benennen, wo man auch in unserer Stadt sparen oder kürzen kann. Selbst Sie werden das noch erklären müssen, Herr Dr. Lindner!

[Beifall bei der SPD und der PDS –

Wellmann (CDU): Sie haben alle Vorschläge abgelehnt!]

(D)

Nein, meine Damen und Herren von der Opposition, das Einzige, was Sie an Übereinstimmung hier zustande bringen, war das Einreichen der Klage und die Misstrauensanträge gegen den Regierenden Bürgermeister und gegen den Finanzsenator, die sicher Ihre Klage rechtfertigen sollen und müssen. Sie zeigen damit, dass weder jede Fraktion für sich noch alle zusammen fähig und in der Lage sind, die Zukunft dieser Stadt zu gestalten. Das ist auch gut, deswegen sind Sie in der Opposition, und Sie werden es auch noch lange bleiben.

[Ratzmann (Grüne): Da müssen Sie einmal die Umfrageergebnisse ansehen!]

Für Ihren Politikklamak hat der Verfassungsgeber das Misstrauensvotum nicht vorgesehen. Wir werden Ihre Anträge selbstverständlich ablehnen.

[Anhaltender Beifall bei der SPD und der PDS]

**Präsident Momper:** Danke schön, Herr Kollege Müller! – Das Wort für die Fraktion der FDP hat nunmehr der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Lindner. – Bitte schön, Herr Dr. Lindner!

[Unruhe]

**Dr. Lindner (FDP):** Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Ach, da gratuliert der Landesvorsitzende dem Fraktionsvorsitzenden.

Dr. Lindner

(A)

[Strieder (SPD): Ja!]

Stimmt, wir haben alle schon schlechtere Müller-Reden gehört, das ist richtig, ja!

[Gelächter und Beifall bei der FDP –  
Beifall bei der SPD und der PDS]

Aber so witzig war es damals hier nicht. Da erinnern wir uns ein bisschen, Herr Strieder, gut, Sie waren ausnahmsweise einmal nicht beteiligt, aber Ihre Kollegen Wowereit und Sarrazin schon.

[Zuruf von Sen Strieder]

– Ja, Herr Strieder, an dem Haushalt schon. Wenn man sich die Überausstattung in Ihrer Senatsverwaltung anschaut und dass Sie sich immer noch drei Staatssekretäre leisten nebst dazugehörigen Abteilungen, sieht man, wie ernst es Ihnen hier mit dem Sparen in Berlin ist.

[Beifall bei der FDP und der CDU –  
Zuruf von Sen Strieder]

Aber wir rekapitulieren kurz, was hier damals aufgeführt wurde, als der Etat 2002/2003 eingebracht wurde.

[Doering (PDS): Wir waren alle dabei, Herr Lindner!]

– Wir waren alle dabei, aber das Gedächtnis schwindet, bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger, Herr Doering, bei mir weniger, bei Ihnen vielleicht mehr, deswegen eine kleine Gedächtnisstütze.

(B)

[Doering (PDS): Muss man nicht sagen,  
wir waren ja dabei!]

Das muss man sich vorstellen: Da kam Herr Sarrazin und erklärte: Liebe Freunde – das war hauptsächlich an Sie gerichtet. Ihre entsetzten Gesichter sind mir noch in Erinnerung, als der Herr Senator sagte: Ihr dürft, Freunde, jetzt hier einen kleinen Verfassungsbruch begehen, denn der Etat, den ich euch vorlege, der ist verfassungswidrig.

[Doering (PDS): Hat er ein bisschen anders gesagt!]

– Na ja, bisschen anders, ist ja langweilig, jetzt hier alles wörtlich zu zitieren.

[Allgemeine Heiterkeit]

Einen zitiere ich hier wörtlich, das ist der größte Verfassungsexperte aller Zeiten, Klaus Wowereit, der sagte dann – Herr Zimmer hat es schon in aller Ausführlichkeit zitiert, deswegen spare ich es mir auch. Aber ein Wort, das ist bei Ihnen, Kollege Zimmer, ein bisschen unterbetont gewesen. Das hat mich besonders gefreut. Er hat erklärt, dass sich

der Haushalt natürlich im Rahmen der Verfassung bewegt

und auch nichts rechtswidrig ist. – Wenn Sie gesagt hätten – Sie waren ja auch als haushaltspolitischer Sprecher schon an einer Reihe von verfassungswidrigen Haushalten beteiligt –: „natürlich verfassungswidrig“, dann hätte das noch Sinn gehabt, aber zu sagen, dass sich dieser Haushalt natürlich im Rahmen der Verfassung bewege, das ist an Dreistigkeit und an Chuzpe kaum mehr zu überbieten gewesen.

(C)

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Aber auch da hat der Kollege Zimmer Recht, da haben Sie sich beim Verfassungsbruch schon eine gewisse Routine zugelegt, wenn man das rekapituliert, was da ein Haus weiter passiert.

[Hahn (FDP): Wiederholungstäter!]

– Ja, in einer gewissen Weise, ein nicht resozialisierbarer Wiederholungstäter, Herr Kollege Hahn, da haben Sie wohl Recht!

[Beifall und Heiterkeit bei der FDP und der CDU]

Aber das Spannende war, wie es dann weiterging. Dann haben Sie, Herr Sarrazin, nachdem Sie sich erst einmal exponierten und sagten, es sei ein verfassungswidriger Haushalt, sich dann auf einmal – gut, bei einem solchen Verfassungsexperten verstehe ich das – besonnen und haben gesagt, jetzt ist er doch verfassungsmäßig. Dann haben Sie das auch vor dem Verfassungsgericht selbst so vorgetragen, in Ihren Schriftsätzen bzw. der Ihrer Rechtsvertreter, er sei verfassungsmäßig. Dann kommt das Urteil mit nicht gerade verwunderlichem Inhalt, dann stellen Sie sich hin und sagen: Ella, bättsch, ich habe es doch schon immer gewusst, er ist verfassungswidrig. –

[Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU]

Das kann eigentlich ganz komisch sein. Sie müssen aber überlegen, wie das auf normale Menschen da draußen wirkt, normale Menschen, die beispielsweise von Ihren Beamten völlig zu Recht, eine Woche, nachdem sie verspätet eine Umsatzsteuervoranmeldung abgegeben haben, Sanktionen erhalten, wie es bei denen ankommt, wenn sich die höchsten Vertreter dieses Staates dermaßen großzügig und lässig über die Verfassung hinwegheben. Das ist zu rügen. Das ist auch der Kern unserer Anträge. Auch wenn man sich des Ausgangs nicht ganz gewiss sein kann, hat aber die Opposition in solchen Fällen die Pflicht, solches hier auch in dem schärfsten Maße und mit den schärfsten Mitteln zu sanktionieren, die hier zu Gebote stehen.

(D)

[Beifall bei der FDP und der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Wissen Sie, meine lieben Kollege der SPD und der PDS,

[Zuruf von der PDS: Bitte nicht!]

die Sie sich schon so sicher sind, dass Sie dem hier nicht zustimmen werden: Sie müssen sich das in aller Ruhe überdenken, dafür haben Sie am Wochenende Zeit, vielleicht das eine oder andere vorweihnachtliche Kerzchen anzuzünden und etwas besinnlich darüber nachzudenken, was denn Ihre Rolle in dieser ganzen Veranstaltung ist, ob Sie einen Rest von Selbstbewusstsein auch als Koalitionsparlamentarier haben oder ob Sie hier nur noch die Schlittenhunde der Macht sind, die Huskys von Herrn Wowereit und Herrn Sarrazin.

**Dr. Lindner**

(A)

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen –  
Gelächter bei der SPD –  
Pewestorff (PDS): Jetzt reicht es aber!]

Das müssen Sie sich schon überlegen, wie Sie hier degradiert wurden, mit dem Nasenring durch die Arena gezogen wurden.

[Pewestorff (PDS): Abgeordnete als Hunde  
zu bezeichnen ist ja der Gipfel!]

Man hat Ihnen von Ihren höchsten Vertretern zugemutet, einen Verfassungsbruch zu begehen. Da sollten Sie sich schon überlegen, ob Sie dieses Spiel weitermachen wollen oder nicht,

[Unruhe]

auch der Kollege Lorenz. Es ist schon etwas anders als solche Donnerstagskreiszettelchen hier auszuteilen, sich einmal zu überlegen, was für ein Selbstbewusstsein man hier als Parlamentarier haben muss.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Kommen wir zum Urteil.

[RBm Wowereit: Jetzt verkündet er das Urteil!]

Das Land, sagt das Verfassungsgericht, darf sich auf die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts berufen, aber dann muss es das präzise darstellen. Das ist der entscheidende Punkt. Sie hatten eine verfassungsmäßige Alternative. Das steht nämlich auch drin. Es war gar nicht so, dass Sie alternativlos waren. Sie hätten die Chance gehabt, sauber darzustellen, sauber zu begründen, Punkt für Punkt darzustellen, wo bundesgesetzliche Verpflichtungen bestehen oder – alternativ – wo Sie Maßnahmen ergreifen und wie Sie sie ergreifen, um die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beseitigen oder aber, wie Sie die extreme Haushaltsnotlage beseitigen möchten – ein bisher in der Verfassung nicht geregelter Tatbestand. Sie hätten die Chance gehabt. Was Sie jedoch gemacht haben, war Schlampigkeit. Ich erspare es mir, hier das Zitat zu wiederholen mit der bruchstückhaften Argumentationskette, die das Gericht sich nicht selbst zusammensetzen wollte. Sie hatten die Gelegenheit, sauber zu arbeiten.

Zum Zweiten hatten Sie die Gelegenheit – und haben sie immer noch theoretisch –, einen Sanierungsplan vorzulegen.

[Dr. Flemming (SPD): Wir haben einen!]

Herr Sarrazin, wenn Sie mir im Hauptausschuss erklären, ich müsse nur ein wenig lesen und Ihren Finanzplan bis 2006 hochheben

[Zurufe von der SPD und der PDS: 2007!]

– 2007, ja. –

[Doering (PDS): Sie haben wirklich nicht gelesen!]

Sie haben immer noch nicht begriffen, was ein Sanierungsplan ist, wie ein Sanierungsplan aufgebaut sein muss. Das ist etwas anderes als das Aneinanderreihen von bunten Bildern und Zahlenkolonnen.

[Liebich (PDS): Sie hätten es einmal lesen müssen!]

– Herr Liebich, da können Sie Ihren Kopf schütteln wie Sie wollen, Sie müssen erst einmal einen Leitgedanken entwickeln, identifizieren, wo die großen Kostenblöcke sind,

[Liebich (PDS): Alles gemacht,  
Sie müssen reingucken!]

– Nein, das haben Sie nicht gemacht! –, systematisch überlegen, wie Sie die einzelnen Dinge und in welchem Zeitraum beseitigen können.

[Zuruf der Frau Abg. Spranger (SPD)]

– Frau Spranger, Sie sollten sich Zwischenrufe ersparen! Sie haben im Hauptausschuss gesagt, dass das Urteil keinerlei Auswirkungen für die Etatberatungen 2004/05 hat.

[Gelächter bei der CDU]

Ich zitiere das einmal:

Das Urteil bezieht sich auf den Doppelhaushalt 2002/2003 und kritisiert das Fehlen einer Begründung. Das wird dem jetzt vorgelegten und in der Beratung befindlichen Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2004/2005 so nicht vorgeworfen werden können.

Für Sie kann es jetzt einfach weitergehen.

[Frau Spranger (SPD): Lesen Sie weiter!]

Sie müssen sich in Ruhe überlegen, wie ein Sanierungsplan aussieht. Wir werden Ihnen dazu gleich dezidiert Vorschläge machen, wie man das Land Berlin sanieren kann.

[Ah! von der PDS – Zuruf von der SPD:  
Raus mit dem Knüppel, Herr Lindner!–  
Doering (PDS): Wo ist denn nun Ihr  
Sanierungsplan, Herr Lindner?]

Ich komme jetzt zu den einzelnen Anträgen. Die Enquete-Kommissions-Idee der CDU halten wir zumindest für überlegens- und unterstützenswert, unter der Maßgabe, Herr Kollege Zimmer – wir haben es auch schon erörtert –, dass ein klarer Zeitrahmen fixiert wird und dass einzelne Elemente hinreichend konkretisiert werden. Es ist beispielsweise zur Erstellung des Sanierungsplans dringend erforderlich, gemeinsam mit der Wirtschaft, dem BDI, mit einzelnen Unternehmen, aber auch mit ausländischen potentiellen Investoren zu überlegen,

[Liebich (PDS): Seit wann machen denn  
Unternehmen den Haushaltsplan?]

was für einzelne Unternehmen relevant ist, um eine Standortentscheidung zu Gunsten Berlins zu treffen oder nicht. Es muss, Herr Wolf, auch die Zeit geben, dass man über Ad-hoc-Förderung und Einzelsubventionen, die vielleicht im Einzelfall – das sehe ich anders als mein Hamburger Kollege – durchaus zum Wohle des Landes Berlin sein können, hinaus geht. Es muss ein sauberer, ordnungspolitischer Rahmen geschaffen werden, damit

(C)

(B)

(D)

**Dr. Lindner**

(A) Unternehmen nicht nur bruchstückhaft oder vereinzelt nach Berlin ziehen,

[Doering (PDS): Vereinzelt? – Irre!]

sondern systematisch und kontinuierlich, das ist nämlich die Voraussetzung dafür, den großen Kostenblock Soziales mittel- und langfristig abzuschmelzen. Deswegen ist es ein vernünftiger Vorschlag, dem wir uns anschließen werden.

[Liebich (PDS): Das klingt nach einem sehr ausgefeilten Sanierungsprogramm!]

– Ich weiß nicht, welchen Anlass Sie haben, um hier frech zu werden. Sie haben vom Verfassungsgericht so einen mitbekommen, Herr Liebich, und setzen sich jetzt hier hin und rufen: Wo ist denn ihr Sanierungsplan? – Sie müssen sich einmal die Rollen vergegenwärtigen. Wenn Sie es nicht schaffen, einen Sanierungsplan vorzulegen,

[Liebich (PDS): Wir haben einen!]

dann müssen Sie diese Sessel räumen und Leute heranlassen, die es können. Dann legen wir Ihnen einen kompletten Sanierungsplan hin, Herr Liebich!

[Beifall bei der FDP und der CDU –  
Zurufe der Abgn. Doering (PDS)  
und Liebich (PDS)]

(B) Aber das geht nicht: Sie können nicht Regieren, Dienstwagen fahren, Ministerialbürokratie nutzen wollen, aber die Arbeit die Opposition machen lassen. So kann das nicht funktionieren.

[Beifall bei der FDP und der CDU –  
Heiterkeit bei der PDS]

Wenn Sie es nicht können, machen Sie Platz! Sie haben jetzt wunderbar Gelegenheit dazu.

[Zurufe von der PDS]

Wir haben des weiteren Vorschläge gemacht, wie man sich Punkt für Punkt, bei jedem Gesetz, systematisch überlegt, ob dieses Gesetz, diese Maßnahme erforderlich ist, um die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beseitigen oder nicht.

[Doering (PDS): Das Waldgesetz zum Beispiel!]

Wenn Sie einen Sanierungsplan aufstellen, werden Sie in Berlin die großen Kostenblöcke zu identifizieren haben. Das sind drei Stück, als da wären zunächst der Personalbereich, die öffentliche Verwaltung. Herr Müller, das ist nun einmal so, das ist keine Ideologie, das ist nicht FDP oder sonst wer, sondern das ist der größte Kostenblock, das ist die größte Überausstattung, da sprechen wir über 2 Milliarden €. Das ist so, das ist eine Frage des Rechnens und nicht eine der Politik.

Der zweite große Kostenblock ist Soziales. Damit meine ich nicht nur die unmittelbaren Transferleistungen nach Bundessozialhilfegesetz, sondern alles, was in diesem Rahmen mit dazu gehört, das sich ergibt aus der wirtschaftlichen Schwäche Berlins. Das sind alle Minder-einnahmen beispielsweise in den Kindertagesstätten auf

(C) Grund der enormen Anzahl von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen.

Das dritte sind die Zinsen im Land Berlin. Das ist der einfachste Bereich, hier gehen Sie nach Karlsruhe, das ist richtig und vernünftig. Dieses Problem ist auch gar nicht anders lösbar, als hier die Solidarität der anderen Bundesländer einzufordern. Aber die anderen beiden Blöcke, das Primärdefizit zu schließen, das ist Aufgabe des Landes Berlin. Dafür können Sie nicht den Bund und die anderen Länder heranziehen, dieser Aufgabe muss man sich selbst stellen.

[Zuruf der Frau Abg. Spranger (SPD)]

Im Bereich Verwaltung haben wir bislang keinerlei vernünftige Ansätze, um das Problem langfristig zu lösen. Wir haben doch – in dieser Frage sind wir in der Opposition unterschiedlicher Auffassung – zu Ihnen gestanden, als Sie den Austritt aus den Arbeitgeberverbänden beschlossen haben, wir haben Sie unterstützt, als Sie für eine begrenzte Zeit die Minderung der Gehälter und Bezüge wollten. Aber das ist keine langfristige Lösung des Problems. Langfristig bekommen Sie die Sache nur in den Griff, wenn Sie in einem Dreiklang Verwaltungsreform, Deregulierung und Stellenabbau betreiben. Anders ist es nicht lösbar.

(D) Im Sozialbereich gibt es in einem gewissen Umfang Ausstattungsvorsprünge. Dazu haben wir Ihnen bereits konkrete Vorschläge gemacht, bis hin zur Öffnungsklausel Wohngeld, wie man die Ausstattungsvorsprünge absenkt.

[Liebich (PDS): Sagen Sie konkret,  
was Sie wollen!]

– Alles konkret, Herr Liebich! –

[Liebich (PDS): Sehr konkret, Wohngeld  
habe ich verstanden!]

Aber auch das wird das Gesamtproblem nicht lösen. Sie müssen eine aktive, systematische Wirtschaftsansiedlungspolitik betreiben.

Jetzt nenne ich Ihnen Konkretes, das wir von einem neuen Senat fordern: Erstens ein umfassendes Sanierungsprogramm.

Zweitens fordern wir einen Bericht darüber, welche Doppelzuständigkeiten zwischen Senat und Bezirken bestehen.

[Liebich (PDS): Bericht und Kommission,  
toller Plan! Das bringt 3 Milliarden €!]

Nach diesem Bericht wird sukzessive jede Doppelzuständigkeit zwischen Senat und Bezirken abgeschafft. Es darf im Land Berlin nicht mehr möglich sein, dass – wie beispielsweise beim Denkmalschutz – Bezirke und Hauptverwaltung zuständig sind.

**Dr. Lindner**

(A) Drittens sind 30 bis 50 % aller Verwaltungsvorschriften abzuschaffen. Das haben andere Länder auch hinbekommen.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Hierzu muss jede Vorschrift danach überprüft werden, ob sie der Erhaltung und vor allem Entwicklung dieses Standorts zu dienen geeignet ist. Wenn nicht, muss sie abgeschafft werden. Auch hierfür haben wir Ihnen bereits Beispiele genannt. Es nützt nichts, eine Baumschutzverordnung zu novellieren, denn damit erhalten Sie dahinter das Grünflächenamt in derselben Weise. Wenn Sie lediglich den Stammumfang in der Verordnung verändern oder einige Bäume herausnehmen, muss trotzdem im Garten kontrolliert werden, müssen Skizzen angefertigt werden. Sie müssen den Mut aufbringen, solche Dinge auch abzuschaffen.

Viertens muss jedes Genehmigungsverfahren eine zeitliche Begrenzung erhalten zwischen drei und sechs Monaten. Wenn sich daran nicht gehalten wird, müssen Genehmigungsfiktionen eintreten.

Fünftens: In diesem Gefolge müssen bis zu 30 % aller Stellen in der Verwaltung abgebaut werden. Um dies zu erreichen, müssen Sie eine Reihe – wahrscheinlich Tausende – von Versetzungen, Umsetzungen und Abordnungen vornehmen. Um dies wiederum bewerkstelligen zu können, müssen Sie das Personalvertretungsrecht ändern. Die Mitbestimmung der Personalräte muss abgeschafft und durch Mitwirkung ersetzt werden. Hierzu bekommen Sie einen Gesetzesänderungsvorschlag in der nächsten Sitzung des Hauses.

(B) Das ist auch rechtlich zulässig. Ich habe das noch einmal eindeutig prüfen lassen: Es ist ein Unterschied, Frau Grosse, ob man in der Privatwirtschaft einen Ausgleich hat zwischen dem legitimen Gewinnstreben eines Unternehmers und dem Individualinteresse eines Arbeitnehmers, wo im Betriebsverfassungsgesetz dann für solche Fälle Mitbestimmung vorgesehen ist, oder ob Sie einen Ausgleich zwischen einer dem Allgemeinwohl verpflichteten Körperschaft des öffentlichen Rechts und dem Individualinteresse eines Arbeitnehmers finden. Hier reicht Mitwirkung.

Wenn Sie wollen, dass Ihr Stellenpool – da haben Sie sich gestern auch ein starkes Stück geleistet – funktionieren soll, müssen wir im Land Berlin von der Mitbestimmung abkommen und uns auf Mitwirkung beschränken.

[Beifall bei der FDP]

**Präsident Momper:** Herr Kollege Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Lindner (FDP):** Nein!

**Präsident Momper:** Bitte, dann fahren Sie fort!

(C) **Dr. Lindner (FDP):** Stellenpool – das ist die nächste Geschichte. Sie haben gestern versucht, die Sache im Schweinsgalopp durchzuziehen, und das ist ärgerlich. Sie beschwerten sich, dass sich die Opposition verweigert. Okay, vielleicht war für die CDU und die Grünen die Sache ohnehin gegessen. Für uns aber nicht! Wir hätten Ihnen gern Vorschläge gemacht, die Sache schneller hinzubekommen. Es war überhaupt nicht geklärt, ob es sich um eine virtuelle Behörde handelt oder was das seiner Natur nach sein soll. Auch hier gilt: Nutzen Sie die Gelegenheit, wenn Ihnen die Opposition Unterstützung anbietet, und machen Sie die Sache vernünftig!

Sechstens: Auch Stellenpool und Beschränkung der Partizipationsrechte der Personalräte werden nicht ausreichend sein. Sie werden auch nichts anderes tun können, als zu kündigen. Hierzu müssen Sie die Voraussetzungen schaffen. Sie haben durch das verfassungsgerichtliche Urteil jetzt die einmalige Gelegenheit, eine Reihe von Vereinbarungen zu kündigen, aufzuheben und anzupassen – nach den Grundsätzen des Wegfalls der Geschäftsgrundlage.

Ich nenne Ihnen die wichtigsten:

- a) Aufkündigung des allgemeinen Tarifvertrages bzw. Anpassung der gerade geschlossenen Vereinbarung, und zwar im Hinblick auf den Kündigungsschutz bis 2009,
- b) Aufkündigung des Unternehmensvertrages zwischen dem Land Berlin und der BVG,
- c) Aufkündigung des Personalüberleitungsvertrages nach § 2 des Krankenhausunternehmensgesetzes Vivantes,
- d) Änderung des Konsortialvertrages zur Teilprivatisierung der BWB,
- e) Aufkündigung der Betriebsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der BSR.

Das müssen Sie alles außerordentlich kündigen unter den Eindrücken des jetzigen Urteils.

[Beifall bei der FDP –

Zurufe von der SPD, der PDS und den Grünen]

– Sie wollten doch konkrete Vorschläge. Dann spitzen Sie Ihre Ohren!

[Zurufe von der PDS und den Grünen]

Siebtens: Verkauf aller landeseigenen Beteiligungen. – Sie haben – und da sind wir uns auch einig – in den Einzelfällen sicherlich nicht riesige Gewinne zu erwarten, aber Sie sparen sich dauerhaft Zuwendungen, Zuschüsse, Bürgschaften und Ähnliches. Deshalb ist das allein schon unter Ausgabesichtspunkten dringend erforderlich.

Herr Sarrazin, auch hier gilt: Es fehlt jegliche systematische Herangehensweise. Sie müssen diese Unternehmensbeteiligungen in drei Kategorien unterteilen:

**Dr. Lindner**

(A)

Zur Kategorie 1 zählen Unternehmen, bei denen keine staatliche Aufgabe besteht und damit auch jegliche Art von Durchführung entfällt. Das sind beispielsweise Bankgeschäfte, Porzellanmanufakturen und Ähnliches. Die gehören sofort verkauft.

Zur Kategorie 2 zählen Unternehmen, wo zwar eine staatliche Aufgabe besteht, aber eine staatliche Durchführung nicht geboten ist. Dazu zählen beispielsweise BSR und BVG. Das können Unternehmen der Privatwirtschaft im Wettbewerb meist wesentlich besser und vor allem für den Bürger und die öffentliche Hand kostengünstiger machen, als dies solche Staatsmonopolisten wie die BSR und die BVG machen können. Die müssen auch verkauft werden.

Und dann gibt es eine Kategorie 3 – das eher theoretisch –, wo sowohl Aufgabe wie Durchführung in staatlicher Hand sind. Mir fällt kein Unternehmen ein. Vielleicht fällt Ihnen eines ein.

Mit anderen Worten: Sie können die alle verkaufen, und Sie müssen sie auch verkaufen. Aber Sie haben bisher noch nicht einmal eine Hundehütte privatisiert, Herr Liebich! Bei den Wohnungsbaugesellschaften gab es konkrete Angebote. Da wollte Ihr Fachsenator auch, aber Sie wollten das alles nicht. Das wissen wir doch. Es müssen Staatssekretäre untergebracht werden. Das ist Zweck der ganzen Veranstaltung. Damit muss Schluss sein. Da müssen Sie endlich selber einmal ein wenig Mentalitätswechsel wagen.

(B)

[Beifall bei der FDP]

Achtens: Privatisierung staatlicher Aufgaben. – Auch hier gilt: Bei so vielen niedergelassenen Ärzten ist es nicht nötig, dass es noch so etwas wie Gesundheitsämter gibt. Die können weitestgehend abgeschafft werden. Damit können Sie Ärzte beleihen. Das dürfte doch nicht das große Problem sein. Sonst müssen Sie noch eine staatliche Kaminkehrerbehörde einführen. Warum machen das Beliehene?

[Frau Senftleben (FDP): Haben wir doch! –  
Radebold (SPD): Bundesgesetz!]

Schließlich neuntens: Überführung von Schulen und Kindertagesstätten in freie Trägerschaft. – Auch hier müssen Sie voranschreiten.

[Zurufe von der PDS]

– Das machen Sie doch nicht. Wo ist es denn?

[Frau Michels (PDS): Auch Schulen?]

– Schulen auch – natürlich! Sukzessive gehören auch Schulen in freie Trägerschaft. Das ist günstiger. Das ist unter Kostengesichtspunkten vernünftig. Die sind meistens auch besser geleitet bzw. geführt. Das ist ein in jeder Hinsicht günstiges und vernünftiges Vorhaben.

[Liebich (PDS): Für ganz Berlin Privatschulen!]

(C)

Zehntens: Öffnungsklauseln im Sozialbereich – z. B. beim Wohngeld. Dazu haben wir Ihnen Vorschläge gemacht.

Elfte: Gemeinnützige Arbeit der Sozialhilfeempfänger verstärken! – Dazu haben wir Ihnen auch Vorschläge gemacht.

[Liebich (PDS): Machen wir doch!]

Zwölftens: Stadtentwicklung.

Dreizehtens: Einstellung der Programme für den Stadtbau Ost!

Vierzehntens: Einstellung des Umweltentlastungsprogramms!

Das ließe sich ewig fortführen, was wir Ihnen bereits an Vorschlägen gemacht haben. Sie können sich nicht hinsetzen und uns unterstellen, dass wir keine konkreten Sparvorschläge machen. Unsere Sparvorschläge übersteigen vielleicht Ihre geistige Kapazität. Das ist ein Unterschied.

[Heiterkeit –  
Beifall bei der FDP –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Aber Sie können es nicht wagen, uns als Opposition vorzuhalten, wir seien dafür verantwortlich, dass den Symphonikern die Zuschüsse gestrichen werden, während Sie selbst nicht einmal in der Lage sind, eines der alten Wohnungsämter zu schließen. Das ist unredlich. Sie müssen erst einmal anfangen, wenigstens ein paar Quadratmeter Bürokratenfläche freizubekommen, bevor Sie solche frechen Behauptungen aufstellen können.

(D)

[Beifall bei der FDP –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Ich sage Ihnen abschließend: Die FDP-Fraktion wird einem künftigen Senat ein Partner bei allem sein, was radikal die großen Kostenblöcke abbaut. Klein-klein machen wir nicht mit.

[Zuruf des Abg. Gaebler (SPD)]

Ein bisschen herumschneiden, hier irgend einer Kultur-einrichtung und dort einem Institut ein paar Euro wegnehmen, aber die großen Kostenblöcke liegen lassen, weil Sie sich da nicht herantrauen, das machen wir nicht mit.

Ich sage Ihnen ganz klar: Wenn Sie weiter klein-klein machen und auch meinen, uns irgendwie weiter für dumm verkaufen zu können, Herr Gaebler, dann sehen wir uns wieder vor dem Verfassungsgericht.

[RBm Wowerit: Hört, hört!]

Ich sage Ihnen das ganz im Ernst: Herr Wowerit! Wenn das am Montag vielleicht auch zu Ihren Gunsten ausgeht, so wird ein zweites Urteil das Ende dieses Senats sein.

[RBm Wowerit: Aha!]

**Dr. Lindner**

(A)

Darüber sind wir uns doch völlig im Klaren. Innerhalb von einem Jahr zweimal vom Verfassungsgericht ausgebremst zu werden, das ist Ihr Ende. Das wissen Sie ganz genau. Dann fliegen Sie endgültig aus Ihren Sesseln, und dann kommen Leute ran, die es mit großer Sicherheit professioneller und besser können als Sie.

[Beifall bei der FDP und der CDU –  
Zurufe von der PDS]

**Präsident Momper:** Das Wort für die PDS-Fraktion hat nunmehr der Fraktionsvorsitzende Herr Liebich. – Bitte schön!

**Liebich (PDS):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

[Kaczmarek (CDU): Bitte nicht die ganze Finanzplanung vorlesen, Herr Liebich!]

– Davor haben Sie Angst?

[Kaczmarek (CDU): Da kann man Angst haben!]

– Sie haben einfach Angst, wenn wir beginnen, das vorzulesen, was wir tatsächlich an Plänen haben, denn wir haben welche.

Wenn einem Parlament gesagt wird, dass es sich nicht im Rahmen der Verfassung bewegt hat, ist dies sehr ernst zu nehmen.

(B)

[Vereinzelter Beifall bei der CDU und den Grünen]

Niemand sollte dies abtun und den Versuch machen – –

[Gram (CDU): Die Mehrheit des Parlaments!]

– Sie wollen doch, dass wir uns ernsthaft damit auseinandersetzen. Ich will das an dieser Stelle tun, und dann wäre es nur fair, wenn Sie auch zuhören.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Niemand sollte dies abtun, und niemand sollte den Versuch machen, einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Der Verfassungsgerichtshof hat geurteilt, dass einzelne Paragraphen und Absätze des Haushaltes 2002 und 2003 mit der Verfassung von Berlin unvereinbar sind. Hierfür trägt niemand anderes als die Mehrheit dieses Hauses – die Fraktionen von SPD und PDS – die Verantwortung.

[Beifall des Abg. Ratzmann (Grüne)]

Wir respektieren selbstverständlich dieses Urteil und werden in den laufenden Haushaltsberatungen alles dafür tun, dass so ein Vorwurf nicht wieder erhoben werden kann. Die Chancen dafür stehen ausgesprochen gut. Denn diese Koalition ist die erste seit dem Mauerfall, die sich überhaupt der Herausforderung stellt, die Haushaltsnotlage des Landes Berlin zu beenden und das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Ich sage es ganz klar: SPD und PDS haben einen Sanierungsplan für Berlin. Wir werden die Ausgaben wieder

(C)

an den Einnahmen orientieren und die Handlungsfähigkeit des Landes im Interesse künftiger Generationen wiederherstellen. Dafür gelten uns drei Prämissen:

1. SPD und PDS werden die soziale Balance der Stadt nicht gefährden.

[Beifall bei der PDS und der SPD –  
Dr. Lindner (FDP): Werden Sie mal konkret!]

– Herr Lindner, wenn Sie mal einen Moment still sein könnten und zuhören würden, dann müssten Sie sich vielleicht einmal mit dem Gedanken vertraut machen, dass das hier ein Parlament und nicht eine Casting-Show für Sie persönlich ist. –

[Beifall bei der PDS und der SPD]

2. Wir haben nur eine Aussicht auf Erfolg, wenn die Solidargemeinschaft von Bund und Ländern bereit ist, ihrer Hauptstadt Berlin zu helfen.

3. Die Zukunftsfaktoren Wissenschaft, Bildung und Kultur müssen Bestand haben.

Alles dies ist durch das Urteil des Landesverfassungsgerichts nicht in Frage gestellt worden.

Herr Steffel, Herr Lindner und Frau Klotz sind gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen vor das Verfassungsgericht gezogen. Sie haben geglaubt, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht des Landes Berlin nicht gestört ist und Berlin daher seine Ausgaben nicht in so hohem Maße aus Krediten hätte finanzieren dürfen. Das sieht das Landesverfassungsgericht eindeutig anders. Es stellt nicht die Annahme in Frage, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist, sondern es verlangt hierfür detaillierte Begründungen. Falls man sich nicht mehr erinnert, mit welcher Begründung man vor das Verfassungsgericht gezogen ist, habe ich noch einmal ein Zitat aus der denkwürdigen Sitzung, dessen Protokoll Sie alle sehr ausführlich gelesen haben. Ich zitiere den Kollegen Schruoffeneger. Er sagte:

Das eine ist die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Herr Dr. Gysi – –

– Sie erinnern sich, der damalige Wirtschaftssenator –

[Heiterkeit und Zurufe]

Herr Dr. Gysi hat uns vorhin – –

[Zurufe]

– Ich muss es wörtlich zitieren, ich kann mich über diese Stelle nicht hinweg mogeln, aber bitte hören Sie weiter zu. –

[Heiterkeit]

Herr Dr. Gysi hat uns vorhin ausführlich dargestellt, dass sowohl, was das Wachstum, wie auch, was die Außenwirtschaftskontakte angeht,

– so weit mal zur detaillierten Begründung von gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht oder nicht, aber das nur am Rande –

## Liebich

(A)

wir prozentual über den Bundesergebnissen liegen. Damit kommt dieser Paragraph wohl nicht mehr in Frage.

Schlussfolgerung: Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht ist gar nicht gestört, wir hätten die Kredite nicht eingehen können, Sie sind vor das Verfassungsgericht gezogen. – Genau diese Annahme hat das Landesverfassungsgericht zurückgewiesen. Es sagt, dass die dem Haushaltsgesetz zugrunde liegende Annahme, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in Berlin gestört sei, angesichts des fehlenden Wirtschaftswachstums sowie der hohen Arbeitslosenzahlen in Berlin nicht zu beanstanden sei.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Es sagt, er hat es gerade noch ausreichend begründet!]

Moniert wird hingegen, dass im Haushalt 2002/2003 nicht dargelegt wurde, wie wir der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts entgegenwirken wollen. Dies ist ein harter und berechtigter Vorwurf, aber es ist ein gänzlich anderer Vorwurf als der, den die Steffel-Lindner-Klotz-Koalition vor Gericht erhoben hat. Die Ehrlichkeit hätte es geboten, neben allem Triumphgeheul über schallende Ohrfeigen wenigstens in einem Nebensatz diesen Irrtum einzugestehen.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Das Landesverfassungsgericht ist allerdings noch weiter gegangen, als es Herr Steffel, Herr Lindner, Frau Klotz und ihre Fraktionskollegen überhaupt beantragt hatten. Mittlerweile wird davon gesprochen, dass es Rechtsgeschichte geschrieben habe. Es sagt, dass die Kreditobergrenze künftig auch überschritten werden kann, wenn sich das Land in einer extremen Haushaltsnotlage befindet. Dass dies der Fall ist, wird inzwischen wohl von keiner politischen Formation in diesem Haus mehr bestritten.

(B)

Das ist übrigens noch nicht lange so. Ich kenne inzwischen aus Ihren vielen Reden viele der Geschichten aus den Koalitionsverhandlungen, die SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen miteinander versucht haben. Ich weiß nicht, wie die einzelnen Positionen in dieser Frage waren. Ich kann Ihnen aber etwas zu unseren Koalitionsverhandlungen sagen. Uns ist es leider nicht gelungen, die SPD davon zu überzeugen, dass sich Berlin in einer extremen Haushaltsnotlage befindet.

[Zurufe von den Grünen: Uns auch nicht!]

Im Koalitionsvertrag stand daher, wir befänden uns am Rande einer Haushaltsnotlage. Inzwischen – das ist der Unterschied zu dem Haushalt, über den wir geredet haben und über den das Verfassungsgericht geurteilt hat – hat dieser Senat die extreme Haushaltsnotlage erklärt. Die rot-grüne Bundesregierung sieht das übrigens anders und bestreitet diesen Zustand. Deshalb müssen wir den Klageweg beschreiten. Aber damit ist die Situation eine deutlich andere als im Haushaltsjahr 2002/2003. Das Verfassungsgericht – das ist in der Tat eine Stärkung des Landes Berlin – hat uns unterstützt und bestärkt, genau diesen

Weg weiterzugehen. Deshalb ist das Urteil in diesem Sinne eine Hilfe für diese Landesregierung.

(C)

Das Verfassungsgericht verlangt ein Sanierungsprogramm. Bei vielen von Ihnen ist jetzt das Hauptthema, wir hätten keines. Ich glaube, dass wir hier auch seit Juni 2002 voran gekommen sind. Wenn die Opposition sagt, wir hätten keinen Plan, dann finde ich das deshalb sehr mutig – ich sage jetzt nicht, dass Sie selbst keinen haben, weil ich mir das Geschrei, das dann als Antwort kommt, schon vorstellen kann –, sondern Ihr Problem ist nicht, dass Sie keinen Plan haben, sondern dass Sie ganz viele Pläne habe und diese alle nicht zusammen passen. Ich bedauere es sehr, dass ich nicht vor das Verfassungsgericht ziehen kann, um prüfen zu lassen, ob die vielen Oppositionsideen verfassungsgemäß wären. Aber dazu später.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Herr Lindner, Sie sind eben darüber hinweg gegangen. Wenn Sie bitte noch einmal in Ihre Unterlagen sehen – wenn Sie sie ordentlich sortiert haben, werden Sie das finden –: zum Sanierungsprogramm. Sie haben gesagt, Sie wollten oder konnten das nicht lesen, das habe ich nicht so richtig verstanden. Man hat es jedenfalls gleich gemerkt: Sie haben nicht einmal die erste Seite geschafft, denn die Finanzplanung 2003 geht nicht bis 2006, sondern bis 2007. Wenigstens das hätten Sie sehen können. Wenn Sie da hineingeschaut hätten, hätten Sie festgestellt, dass darin nicht nur bunte Bilder sind.

(D)

[Gaebler (SPD): Gar keine!]

In der Drucksache 15/2010 finden Sie einen konkreten Plan. Daran können Sie sich abarbeiten, damit können Sie umgehen. Die Koalition hat sich auf diese Finanzplanung verständigt. Das war nicht leicht, weil es auch bei uns sehr unterschiedliche Interessen und Ideen gibt, die miteinander abgewogen werden müssen. Das ist für uns etwas komplizierter, denn wir müssen uns darauf verständigen, während bei Ihnen jeder das erzählen kann, was ihm in den Sinn kommt. Sie müssen daraus keinen Plan machen. Wir haben einen Plan, der hier vorliegt. Das Ziel dieses Planes ist es, den von Mark Twain geliehenen Leitspruch zu erfüllen, der vorangestellt wurde: „Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme.“ – Wir wollen dieses Ziel im Jahr 2007 in dem Sinne erreicht haben, dass die laufenden Ausgaben aus den laufenden Einnahmen finanziert werden und wir durch eine Teilentschuldung die Zinslasten reduzieren können.

Dafür müssen wir selbst etwas tun. Wir haben konkret untersetzt, mit welchen Maßnahmen wir dieses Ziel erreichen werden. Das verlangt eigene Anstrengungen. Anders als jede Regierung seit dem Mauerfall haben wir auch den Mut und die Kraft, uns diesen Anstrengungen zu unterziehen.

[Beifall bei der PDS und der SPD –

Dr. Lindner (FDP): Ist doch nichts als heiße Luft, die Sie hier liefern! Sie erzählen uns von Mark Twain und ähnliches! – Heiterkeit]

**Liebich**

(A) Schon 1991 hatte der Senat – damals große Koalition – beschlossen, seine Ausgaben an die erzielbaren Einnahmen anzupassen. Das Gegenteil ist passiert. CDU und SPD haben Jahr für Jahr auf Pump gelebt und die Verschuldung in die Höhe getrieben. An der Unfähigkeit, sich auf das selbst gesteckte Ziel ernsthaft einzulassen, geschweige denn, es zu erreichen, an dieser Unfähigkeit ist die große Koalition zehn Jahre später geplatzt. Ich sage ganz klar: Das war auch höchste Zeit.

[Beifall bei der PDS]

Wir gehen erste Sanierungsschritte. Herr Lindner, Sie haben vorhin über die Personalkosten gesprochen.

[Zuruf des Abg. Dr. Lindner (FDP)]

– Richtig, die Personalkosten sind ein Riesenposten in diesem Haushaltsplan. – Aber wir haben dort real gehandelt. Sie reden immer nur davon. Wir haben eine Verhandlung mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes geführt. Das war eine Premiere, überhaupt das erste Mal, dass in Berlin ernsthafte Verhandlungen geführt wurden. Wir haben einen Tarifvertrag errungen, der Arbeitsplatzsicherheit bietet und einen Einstellungskorridor ermöglicht, das ist gerecht, und auf der anderen Seite 250 Millionen € 2003 und ab 2004 500 Millionen € an Kosten reduziert. Das hat sich eine CDU-Regierung inklusive der CDU-Innensenatoren nie getraut.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

(B) Wir wagen uns auch in eine Auseinandersetzung mit den ganz Großen. Den Ausstieg aus der Wohnungsbauförderung, die den Namen sozial nicht verdient und um die mit Klauen und Zähnen und auch vor Gericht gerungen wird, hätte die CDU nie gewagt. Ich glaube, auch die SPD hätte ihn allein nicht gewagt. Bei den Kürzungsmaßnahmen an dieser Stelle, Herr Lindner, sind Sie ganz leise. Da wäre Ihre Meinung mal gefragt. Da geht es nämlich um richtig Geld. Da sind Sie still, da hört man nichts von Ihnen.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

**Präsident Momper:** Herr Liebich, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Bitte, fahren Sie fort!

**Liebich (PDS):** Wir gehen bis zum Jahr 2007 systematisch an alle Ausgabenbereiche des Landeshaushalts, und zwar nicht mit dem Rasenmäher, sondern unter besonderer Beachtung der sozial Schwachen, die wir bei Belastungen, so weit es geht, ausnehmen – wie bei den Kitagebühren und beim Schulbuchkauf. Das macht übrigens auch, liebe Frau Klotz, den Unterschied zur rot-grünen Bundespolitik. Deshalb sind gegen die Reformen von Rot-Grün Hunderttausend auf die Straße gegangen, und nicht gegen die Politik von Rot-Rot in Berlin, weil es ungerecht ist, die Besserverdienenden zu entlasten und die Schwachen zu bestrafen.

[Beifall bei der PDS]

Unser Sanierungsplan ist eine gute Grundlage für die Klage Berlins in Karlsruhe. Deshalb werden wir ihn auch nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts nicht in

den Schredder stecken. Das müssen wir auch nicht, auch nicht, wenn ein Haushaltsnotlageland künftig – und das ist neu – einem besonderen Begründungszwang unterliegt. Wenn wir nun darstellen müssen, ob Ausgaben, die wir tätigen, bundesgesetzlich zwingend oder durch die Landesverfassung geboten sind, dann stellt das meines Erachtens zwar nicht, wie Frau Klotz mutmaßt, eine wesentliche Erweiterung unseres politischen Spielraums dar, aber es bedeutet eben auch nicht das Ende von Politik. Ich finde, es lässt sich sehr gut begründen, warum der Stadtstaat Berlin höhere Sozialhilfeausgaben hat als Neuruppin. Das Leben hier kostet mehr, und die Verfassung von Berlin verlangt in ihrem Artikel 22, dass wir soziale Sicherung verwirklichen sollen, die eine menschenwürdige und eigenverantwortliche Lebensgestaltung ermöglicht. Ich finde, unser in Berlin ausgezeichnetes Angebot in der Betreuung von Kindern ist durch unsere Landesverfassung geboten, wenn sie im Artikel 12 meint, dass es Frauen und Männern zu ermöglichen ist, Kindererziehung mit der Erwerbstätigkeit und Teilnahme am öffentlichen Leben zu vereinbaren.

[Beifall bei der PDS – Dr. Lindner (FDP): Die anderen Länder haben auch Verfassungen!]

– Herr Lindner, was ich von Ihnen erwarte, das sollen Sie nicht mit Zwischenrufen machen, sondern dann müssen Sie sich hier, wenn Sie am Pult stehen, klar äußern. Dann stellen Sie sich hierhin und sagen: Die Kitaausstattung in Berlin ist verfassungswidrig! – Das möchte ich hören – und nicht irgendwelche Zwischenrufe, während ich die Rede halte.

[Beifall bei der PDS – Dr. Lindner (FDP): Wir sind hier nicht in der Volkskammer, Herr Liebich!]

Der Senat von Berlin ist aufgefordert, seinen Haushaltsentwurf zu überarbeiten und dabei zu prüfen, wie die nun neu notwendig gewordene Begründungspflicht erfüllt wird. Dabei – die Ehrlichkeit gebietet, das auch festzustellen – steht nicht nur die Prosa, sondern auch die Substanz zur Disposition. Ich bin jedoch überzeugt, dass unser Sanierungsplan im Grundsatz gut begründbar ist und damit auch verfassungsgemäß.

[Zuruf von der FDP: Prima!]

Nun steht es jeder Opposition der Welt frei, dies zu bezweifeln und gegebenenfalls, Herr Lindner hat das schon angekündigt, erneut vor Gericht zu ziehen. Aber Sie werden doch verstehen, dass wir in diesen sehr harten Auseinandersetzungen auch vor den Berlinerinnen und Berlinern von Ihnen ganz konkret wissen wollen, was Sie dort in Frage stellen wollen. Nicht allgemein – der doofe Senat, der zu blöd ist, einen Haushalt aufzustellen –, ganz konkret wollen wir wissen: Was wollen Sie dort in Frage stellen? Ob Sie meinen, dass die Berliner Sozialhilfe auf Brandenburger Niveau abgesenkt werden soll. Wir wollen wissen, ob Sie finden, dass das Berliner Kitaangebot auf das bundesgesetzlich Vorgeschriebene – vier bis sechs Stunden Betreuung für drei- bis sechsjährige Kinder – reduziert werden soll.

[Zuruf von der FDP: Ja!]

**Liebich**

(A) Diese Auseinandersetzung müssen wir dann sehr hart führen. Ich halte unseren Sanierungsplan für hart, aber sozial gerecht, und ich halte ihn für verfassungsgemäß.

[Dr. Lindner (FDP): Schön für Sie!]

Und, das kann ich mir jetzt auch nicht sparen, es ist schon bitter, dass ausgerechnet die CDU die Frechheit besitzt, denen, die als Erste den Ausbruch aus dem Teufelskreis von Schuldenmachen, Zinsen bezahlen, neuen Schulden machen, um die Zinsen zu bezahlen, dass Sie der ersten Regierung, die den Ausbruch daraus versucht, Verfassungsbruch vorwirft.

[Beifall bei der PDS und der SPD – Zurufe von der CDU]

Sie von der CDU haben weder Herrn Meisner noch Herrn Pieroth noch Herrn Kurth das Misstrauen ausgesprochen. Bei Frau Fugmann-Heesing sind Sie schon ein bisschen grummelig geworden, aber bei Herrn Sarrazin fällt Ihnen das jetzt ein. Ich finde so eine Selbstverleugnung der eigenen Rolle in der Vergangenheit überaus schäbig.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Dass die FDP dabei mitmacht, kann man verstehen. Herr Linder lässt sich eben keine Schlagzeile entgehen, um sein persönliches Projekt 18 zu schaffen, nämlich dass mindestens 18 % der Berlinerinnen und Berliner seinen Namen und sein Gesicht kennen.

[Vereinzelter Beifall bei der PDS und der SPD]

(B) Aber was die Grünen getrieben hat, sich Herrn Steffel und Herrn Lindner anzuschließen, das wird mir ein Rätsel bleiben. Denn was gilt nun als Plan der Steffel-Lindner-Klotz-Koalition? Gilt Herr Hoffmann von der CDU, der noch letzte Sitzung die Weihnachtsgelder für die Beamten erhöhen wollte?

[Hoffmann (CDU): Für die einfachen Beamten!]

Oder Herr Lindner von der FDP, der den öffentlichen Dienst wohl am liebsten mit der Kettensäge verkleinern möchte? Oder Herr Schruoffeneger, der bei den aktiven Beamten uns kritisiert, dass wir nicht genug differenzieren, und bei den Beamten im Ruhestand gleich ganz differenziert alles wegstreicht? Gelten Frau Ströver oder Frau Grütters, die alle kulturellen Einrichtungen des Landes erhalten und möglichst noch deren Etat erhöhen wollen? Gilt Herr Zimmer, der sich manchmal in leisen Stunden mutig traut, etwas in Frage zu stellen? Sollen wir nun alle öffentlichen Beteiligungen verkaufen, wie es Herr Lindner und Herr Ratzmann fordern? Sollen wir es lassen, wie es die CDU-Fraktion oder der Grüne Landesvorstand fordern? Oder, oder, oder? Nun können Sie alle im Chor rufen, Sie seien nicht die Regierung und das sei nicht Ihre Aufgabe.

[Wellmann (CDU): Sie regieren doch!]

– Stimmt! Richtig, wir regieren, und wir werden auch weiterregieren, weil wir nämlich im Gegensatz zu Ihnen einen Plan haben.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

(C) Das Hübscheste, Kollege Müller, muss ich einfach noch einmal zitieren, es war so schön. Herr Zimmer diese Woche in der „Berliner Zeitung“, ich weiß, Sie haben es alle schon gehört, aber es lohnt sich, es noch einmal vorzulesen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende, Herr Zimmer, hat es in seinem Interview folgendermaßen beschrieben:

Ich finde es etwas billig vom Senator Harald Wolf, mit derart konkreten Kürzungsvorschlägen vorzupreschen. Allerdings fiel mir noch einiges an Fragwürdigem ein, was Rot-Rot sich noch leistet.  
– Frage: Nämlich? – Antwort: Ich will jetzt nicht den gleichen Fehler machen, den ich Herrn Wolf vorwerfe.

– Wunderbar!

[Gelächter bei der PDS –  
Beifall bei der PDS und der SPD]

Sehr bezeichnend, Herr Zimmer. Und gestatten Sie mir jetzt einmal eine Frage aus der Rubrik: „Was macht eigentlich?“ – Was macht eigentlich Ihr Alternativhaushalt? Großspurig angekündigt haben Sie ihn, und ich bin gespannt, wann Sie ihn vorlegen werden und ob der dann eigentlich verfassungsgemäß ist.

Die Fraktion der Grünen scheint von der Wirkung des Urteils so geschockt zu sein, dass sich totale Verwirrung breit macht. Herr Ratzmann meinte nach der Verkündung des Urteils – wahrscheinlich hatte er ein anderes Urteil zugesandt bekommen –:

Wir erwarten jetzt vom Senat Vorschläge, welche Investitionsvorhaben zusätzlich angegangen werden sollen und wie diese finanziert werden können.

– Wunderbar, Herr Ratzmann! Es ist ja auch nicht Ihre Aufgabe, sich darum Gedanken zu machen.

Ein Wort zum Schluss zu Ihren Misstrauensanträgen. Mich erschüttert schon, mit welcher Leichtigkeit Sie diese an den Lebensnerv Berlins gehende Debatte hier führen. Da rührt die Steffel-Lindner-Klotz-Koalition einen Brei aus allem möglichen Zeug zusammen, was sie schon immer mal sagen wollte, und schreibt Misstrauensantrag darüber. Hier eine Prise fehlender Mentalitätswechsel, da ein Löffelchen politische Unkultur, dann ein bisschen Geningel wegen unnötiger Vergabe von Gutachten, dann noch schnell Bielka und Pasternack in einen Topf geworfen und einmal umgerührt. Mir fehlte, ehrlich gesagt, nur noch das traurige Schicksal der Elefantenkuh Rani.

[Lachen bei der PDS – Beifall bei der PDS und der SPD]

Sie glauben doch nicht im Ernst, dass irgendein Vertreter von SPD oder PDS diesem Unsinn seine Zustimmung geben wird, und trotzdem inszenieren Sie dieses Theater. Ich finde das der Lage Berlins nicht entsprechend, und ich halte die Situation Berlins nach dem Urteil, das Sie herbeigeführt haben, für bitter ernst.

[Zuruf von der CDU: Sie haben den Haushalt aufgestellt!]

– Ja, ja!

**Liebich**

(A)

Nun ein kleines Gedankenspiel zum Schluss. Was würden Sie denn eigentlich tun, wenn wir von der PDS jetzt Ja sagen würden, wenn diese Koalition jetzt und hier ihr Ende besiegeln würde? – Dann würde Ihre Steffel-Lindner-Klotz-Koalition real gefragt sein und würde sich als das zu erkennen geben, was sie ist: eine politische Seifenblase, die sehr schnell zerplatzt.

[Dr. Heide (CDU): Das könnt ihr ja mal ausprobieren!]

Die Berlinerinnen und Berliner müssen sich darum keine Gedanken machen. SPD und PDS sind sehr wohl in der Lage, bei der Haushaltsaufstellung die Fehler, die wir 2002/2003 gemacht haben, einzuräumen und jetzt nicht zu wiederholen. Wir werden an unserem Sanierungsplan festhalten und damit den Weg zur Zurückgewinnung der Handlungsfähigkeit für unsere Stadt fortsetzen. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

**Präsident Momper:** Danke schön, Herr Kollege Liebich! – Das Wort für die Grünen hat nunmehr Herr Ratzmann. Bitte schön, Herr Ratzmann!

**Ratzmann (Grüne):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Liebich! Man hätte den Eindruck haben können, dass Sie sich hier wirklich der Situation stellen, die diese Stadt nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts bewegt. Im Gegensatz zur SPD haben Sie sogar die Größe bewiesen zu konstatieren, dass dieses Urteil eine Krise in dieser Stadt treffend festgestellt hat. Sie sind im Abgang Ihrer Rede dieser Krise überhaupt nicht mehr gerecht geworden. Dem, was Sie an politischer Debattenkultur, an Ideenwettstreit, zu dem wir jetzt durch das Landesverfassungsgericht aufgefordert worden sind, einfordern, sind Sie nicht gerecht geworden.

(B)

Herr Müller, wenn Sie in Ihrer polemischen Art meinen, Ratschläge darüber erteilen zu können, wie man mit dem Beschluss einer Landesversammlung umgeht, sind Sie der Letzte, der das tun könnte. Sie sind doch nicht nur außer Stande, mit der Verfassung umzugehen, sondern waren auf dem letzten Parteitag noch nicht einmal in der Lage, mit Ihrer eigenen Satzung umzugehen, wenn Herr Strieder nicht eingegriffen hätte. Sie sind nicht einmal in der Lage, einen widerspruchsfreien Beschluss zu formulieren!

Wir hätten uns gewünscht, dass von Seiten der SPD endlich einmal ein Wort gesagt wird, dass auch sie Teil der großen Koalition gewesen ist, dass es nicht nur ein Wegschieben von der Verantwortung gibt, sondern auch Senatoren aus Ihren Reihen gegeben hat, die dazu beigetragen haben, Milliarde auf Milliarde zu häufen und den Schuldenberg aufzuhäufen, den das Landesverfassungsgericht jetzt in seine Betrachtung mit einbeziehen musste.

Sie sind Teil des Problems gewesen, mit dem wir uns heute auseinandersetzen müssen.

(C)

[Beifall bei den Grünen –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Es wäre gerade an Ihnen gewesen, Herr Müller, sich eher an dem Ton zu orientieren, den Herr Liebich zumindest zu Beginn seiner Rede noch vorgetragen hat.

[Beifall bei den Grünen –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Ich möchte bei Ihnen gar nicht erst Zweifel aufkommen lassen: Es war zwingend erforderlich, Ihrer Amokfahrt in den fiskalischen Wahnsinn endlich die Kelle zu zeigen. Es war zwingend erforderlich, den Gang vor das Verfassungsgericht anzutreten. Es war wohlthuend, die klaren Worte des Verfassungsgerichts zu hören, die rotrote Koalition hat die Verfassung gebrochen. Das hat das Verfassungsgericht mit dankenswerter Klarheit festgestellt.

Wenn Sie meinen, meine Damen und Herren von der SPD – das muss man jetzt wohl sagen, weil die PDS inzwischen eine Rolle rückwärts gemacht hat –, Sie könnten nach einem solchen Urteil einfach zur Tagesordnung übergehen, verkennen Sie die Bedeutung dieses Richterspruchs.

[Zuruf des Abg. Matz (FDP)]

Das ist nicht das Ergebnis eines juristischen Kolloquiums, sondern ein Unwerturteil über Ihren Umgang mit der Berliner Verfassung, über Ihre Leichtfertigkeit, mit der Sie den Finger gehoben haben, ohne den verfassungsrechtlichen Bedenken, die hier in epischer Breite in unzähligen Beiträgen vor der Verabschiedung des Haushalts 2002/2003 vorgetragen wurden, Rechnung zu tragen.

Sie wollten nicht hören. Jetzt mussten Sie fühlen.

[Beifall bei den Grünen –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Das trifft Sie als Haushaltsgesetzgeber und trifft die Herren Wowerit und Sarrazin in besonderem Maß. Beide haben – der eine in bewusster Missachtung des Verfassungsrechts und der andere in gewollter Verschleierung des eigenen Unvermögens – diesen Zustand herbeigeführt.

[Beifall des Abg. Hoffmann (CDU)]

Wenn sich Herr Wowerit jetzt hinstellt und besserwisserisch behauptet, er fühle sich durch das Urteil bestätigt, so wissen wir, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Senat und Abgeordnetenhaus nachhaltig gestört ist. Genau deshalb haben wir heute hier diese Misstrauensanträge gestellt. Genau damit beschäftigen wir uns. Genau darüber hat dieses Haus zu befinden.

[Beifall bei den Grünen –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Wer meint, sich auf dem Boden der Verfassung mit der gleichen Leichtfüßigkeit bewegen zu können wie auf dem Tanzparkett, hat das Vertrauen des Parlaments verspielt. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, Herr Wowerit.

(D)

## Ratzmann

(A)

[Wowereit (SPD): Werden Sie nicht wieder so plump, Herr Ratzmann! Das ist nicht Ihr Niveau. Überlassen Sie das lieber Herrn Lindner!]

– Ja, dieses Niveau werden wir versuchen herzustellen. Es ist endlich an der Zeit, genau dieses Niveau hier in diesem Haus auch für die Haushaltsberatung einzuführen. Unter diesen Bedingungen ist eine politische Debatte in diesem Haus ernsthaft gar nicht mehr möglich. Ihr hemdsärmeliger Politikstil verdirbt doch mittlerweile die Kultur der ganzen Regierung. Das ist kein Ausrutscher; dieser Umgang hat Methode!

Herr Sarrazin unterschlägt bei konkreter Nachfrage den Vertragsabschluss zum Metropol. Herr Flierl verüßt dem entlaufenen Staatssekretär die Flucht und verschweigt das laufende Ermittlungsverfahren gegen den designierten. Herr Wolf und Herr Strieder setzen sich locker über die Vorgaben des Parlaments bei der Ausschreibung der Abfallbeseitigung hinweg. Wen wundert es, dass sich der Staatssekretär Bielka mit Rückendeckung der Regierung sein Nest bei der DEGEWO baut? Diese Kultur ist nicht Ausdruck eines Mentalitätswechsels. Das ist Fortsetzung der Selbstbedienungsmentalität mit anderen Mitteln!

[Beifall bei den Grünen und der CDU–  
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

(B)

Die Äußerungen aus Regierungskreisen der letzten Tage haben deutlich gemacht, dass bei Ihnen noch gar nicht angekommen ist, welche Tragweite das Gericht Ihrem Verstoß beigemessen hat.

[Liebich (PDS): Bei uns schon!]

Hier wurde nicht irgendeine Rechtsvorschrift verletzt, sondern das zentrale Gebot der Finanzverfassung Berlins. Artikel 87 dient dem Schutz zukünftiger Generationen vor finanzieller Belastung, die nicht auch zukunftsgerichtet sind.

Wir reden hier über die Gefahr der Demokratie. Wir reden über die Einschränkung von Gestaltungsspielräumen des Gesetzgebers. Das erfahren wir hier gerade. Darunter leiden wir doch in diesem Parlament. Darüber kann man nicht einfach so achselzuckend hinweggehen, meine Damen und Herren von der PDS.

Sie können sich gerade nicht hinstellen, gerade Sie, Herr Wowereit, können das nicht, und verkünden, das Urteil sei Rückenwind für Ihre Haushaltspolitik. Das Verfassungsgericht hat Ihre Haushaltspolitik nicht bestätigt, sondern hat sie für verfassungswidrig erklärt.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Ihrer Haushaltspolitik ohne Plan und Konzept hat das Gericht einen Riegel vorgeschoben, und das ist zu Recht geschehen. Es ist beschämend zu sehen, welche Konsequenzen der Senat aus dem Urteil zieht: gar keine! Klaus Wowereit und seine Genossen von SPD und PDS wollten zunächst noch nicht einmal die laufenden Haushaltsberatungen aussetzen. Wir haben zur Kenntnis genommen,

das hier scheinbar ein Umdenkungsprozess eingesetzt hat. (C)

Finanzsenator Sarrazin sieht sich in seiner Linie bestätigt. Klaus Wowereit meint, das Urteil unterstütze seinen Konsolidierungskurs. Da erklärt das Verfassungsgericht den Haushalt für nichtig, und die Verantwortlichen sehen sich in ihrem Kurs bestätigt. „Verantwortung übernehmen, aber nicht mit uns“, ist die Devise von Wowereit und Sarrazin.

Nachdem das Gericht ihnen das Gegenteil bescheinigt hat, glauben Sie, trotzdem Ihren Kurs fortsetzen zu können. Wer soll Ihnen denn da noch trauen hier in diesem Haus? Beim Schuldzuweisen sind Sie ganz groß. „Ich war nicht dabei“, sagt Herr Sarrazin mit „Blick auf die fiskalische Fahrt in den Wahnsinn“. Es ist richtig, das kann man auch nicht verschweigen, den Schuldenberg haben SPD und CDU und zwar gegen unseren Widerstand in diesem Haus in den Jahren der großen Koalition aufgehäuft. Es waren die Finanzsenatoren der CDU, die sich zu Beginn der 90er Jahre fröhlich Milliarde um Milliarde von den Banken liehen. Es war die CDU mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Landowsky, die den Bankenskandal ausgelöst hat.

Es ist keine Frage, dass die CDU ein gerütteltes Maß an Verantwortung für diese Situation trifft. Das gilt aber auch gleichermaßen für die SPD. Das wollen wir hier in diesem Haus nicht vergessen! (D)

[Beifall bei den Grünen –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das Urteil, das wir erstritten haben, entlässt Sie nicht aus Ihrer Verantwortung. SPD und PDS haben diesen Haushalt gemeinsam beschlossen, von dem Thilo Sarrazin schon bei der Verabschiedung wusste, dass er verfassungswidrig sei. Im Hauptausschuss und gestern auch im Rechtsausschuss haben Sie sich hingestellt und den Luther gespielt und gesagt: „Hier stand ich. Ich konnte nicht anders.“ Aber das, Herr Sarrazin, hat Ihnen das Gericht nicht durchgehen lassen. Es gibt keine Gnade der späten Regierung. Jede Regierung ist nach den Maßstäben der Verfassung dafür verantwortlich, welchen Haushalt sie in dieses Haus einbringt. Die Regierungsfaktionen mit ihrer Mehrheit sind dafür verantwortlich, ob sie diesem Haushalt zustimmen oder nicht. Sie haben – so muss man jedenfalls annehmen – weder das Urteil des Verfassungsgerichts noch die Berliner Verfassung verstanden, wenn Sie meinen, an der Haushaltspolitik nichts ändern zu müssen.

Wir sind jetzt aufgefordert – und auch dieser Verantwortung werden wir uns stellen –, jeden Titel nach den Vorgaben des Gerichts zu prüfen. Das ist richtig, und wir haben bereits eingefordert und angekündigt, dass wir das machen werden. Aber weil Sie das negieren, weil Sie so fleghaft mit der Berliner Verfassung umgehen, haben wir diese Misstrauensanträge gestellt und wollen, dass dieses Haus sich ernst nimmt und diesen Anträgen zustimmt.

## Ratzmann

(A)

[Beifall bei den Grünen –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Um dies ganz klar zu stellen, Herr Müller und Herr Liebich: Der Haushalt, den Sie hier mitgetragen haben, ist nicht gekippt worden, weil ein paar Zeilen zu wenig aufgeschrieben worden sind oder – wie Herr Sarrazin sagte – man gar nicht ahnen konnte, dass man so viel schreiben musste, denn dies war klar. Das war seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgericht im 79. Band klar, wie ein Haushalt in dieser Situation aufzustellen und zu begründen ist. Das war klar, dass man hier „Butter bei die Fische“ geben muss.

Sie haben sich pauschal auf die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts berufen. Ich gebe Ihnen Recht, Herr Liebich und Herr Müller: Das Landesverfassungsgericht hat in seinem Urteil entgegen unseren Ausführungen in der Klageschrift konstatiert, dass es möglich gewesen sei, sich auf diesen Ausnahmetatbestand zu berufen. Ich würde mich an Ihrer Stelle nur nicht so darüber freuen. Denn das Gericht hat danach gesagt, dass man dann auch sagen müsse, was man mit der Überschreitung und mit den Mitteln, die aus dieser Überschreitung resultieren, anfangen will.

[Gram (CDU): Genau!]

Dann muss man sagen, wie man das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wieder herstellen will. Ich zitiere:

(B)

Die erhöhte Kreditaufnahme muss aber nach Verwendung und Umfang geeignet sein, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren. Sie muss darüber hinaus auch final auf die Abwehr dieser Störung bezogen sein.

Das Gericht hat damit gesagt, dass es gar nicht erkennen konnte, dass die beiden Fraktionen, die dem zugestimmt haben, überhaupt im Kopf hatten, dass genau diese Zielsetzung angegangen wird. Es hat gesagt, es konnte aus Ihren Äußerungen in diesem Parlament und in den Ausschüssen noch nicht einmal erahnen, was der gesetzgeberische Wille gewesen ist.

Ich glaube, Sie sollten sich sehr gut überlegen, ob Sie sich über diese Passage in dem Urteil freuen sollten, denn Sie hatten die konkrete Möglichkeit in der Hand, um einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen. Dem haben Sie sich verweigert – trotz aller Anmerkungen und Ausführungen, die von der Opposition gemacht worden sind. Ich glaube, das war in der Tat eine schallende Ohrfeige, die Sie sich hier eingefangen haben.

[Beifall bei den Grünen und der CDU –  
Beifall des Abg. Hahn (FDP)]

Es ist richtig, dass das Landesverfassungsgericht hier einen ungeschriebenen weiteren Ausnahmetatbestand konstatiert hat, und auch der hätte vorgelegen. Auf diesen hätten Sie sich berufen können, so sagt jedenfalls das Gericht. Es gibt gewichtige Anhaltspunkte dafür, dies anzunehmen.

(C)

Das Berliner Verfassungsgericht hat hier Rechtsgeschichte geschrieben, und es wird Auswirkungen über die Grenzen des Landes hinaus haben. Bei uns klingeln schon die Telefone aus anderen Bundesländern, und es wird gefragt, was denn dieses Urteil bedeuten und wie man es in die eigenen Überlegungen mit einbeziehen könne.

[Liebich (PDS): Das glaube ich!]

Das zeugt von einer Weitsicht, die Sie bei der Aufstellung Ihres Haushalts nicht gehabt haben.

Auch hier verlangt das Gericht, dass der Landesgesetzgeber alle bundes- und landesverfassungsrechtlich gebotenen Konsolidierungsmaßnahmen benennen und haushaltsgesetzlich auch umsetzen muss, wenn er sich auf diesen ungeschriebenen Ausnahmetatbestand berufen will. Ich glaube, diesen Satz muss man sich sehr genau angucken, weil er nach der Verkündung des Urteils von Ihnen – jedenfalls in der ersten Reaktion – missbraucht worden ist, Verunsicherungen in der Stadt zu schaffen.

Da steht: Die „gebotenen“, nicht die „möglichen“ Konsolidierungsmaßnahmen sind von denjenigen zu ergreifen, die unter diesen Bedingungen einen Haushalt aufstellen wollen, und sie müssen sagen, in welche Richtung sie gehen wollen, um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und die Haushaltslage wieder so herzustellen, dass sie verfassungsgemäß und nicht extrem notleidend ist.

(D)

Das Testat des Urteils über Ihr Handeln lautet: Es war kein gesetzgeberischer Wille zu erkennen, nicht einmal zu erahnen. Mit anderen Worten: Da war einfach nichts, was man hätte beurteilen können. Sie hatten kein Ziel, was Sie hätten vorlegen können, Sie hatten nicht nur zu wenig geschrieben. Das ist auch der Kern des Problems: Sie haben kein Konzept für die zukünftige Entwicklung Berlins. Sie stochern in den Haushaltslöchern herum, wie andere im Nebel, und fördern dabei willkürlich mal das eine oder das andere zu Tage.

Herr Gaebler, wir haben gestern im Rechtsausschuss gesehen, wie Ihre strukturpolitischen Instrumente und Maßnahmen halten werden: Sie haben es mit der Wohnungsbauförderung versucht und sind auf die Nase gefallen. Sie haben es versucht, indem Sie die VBL-Angleichung bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Ost-West machen wollten, und sind damit auf die Nase gefallen. Sie haben uns gestern im Rechtsausschuss präsentiert, wie Sie mit dem Stellenpool umgehen wollen, und die rechtliche Beurteilung Ihres Vorhabens war vernichtend.

Ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Wenn Sie versuchen, das so umzusetzen, ohne ein klares Konzept der Verwaltungsreform zu haben, ein klares Konzept, wie Sie dieses Instrument mit einer Verwaltungsreform verbinden wollen, werden Sie hier rechtlich Schiffbruch erleiden. Das ist gestern sehr klar zum Ausdruck gekommen.

[Beifall des Abg. Wambach (CDU)]

**Ratzmann**

(A) Sie ziehen Ihre Vorschläge willkürlich und unzusammenhängend aus der Tasche – mal die Berliner Symphoniker, mal das Blindengeld –, und es ist Herrn Wowereit und Herrn Sarrazin egal, wer davon gerade betroffen ist und wie sich das alles zu einem Konzept zusammenfügt. Jetzt reicht das Quietschen aber nicht mehr, jetzt wird wahrscheinlich zum Jodeln übergegangen.

Handwerkliche Fehler und völlig unrealistische Sanierungsziele, das sind die Kennzeichen nicht nur dieser Koalition – SPD und PDS knüpfen nahtlos dort an, wo SPD und CDU aufgehört haben. Damit ist jetzt vorbei, und dafür sind wir dem Gericht auch dankbar. Die Märchen und Halbwahrheiten und die Schönfärberei sind mit dem Urteil des Verfassungsgericht beendet.

Wenn die Opposition nicht vor das Landesverfassungsgericht gezogen wäre, hätten Sie bis heute noch gar nicht die extreme Haushaltsnotlage erklärt. Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht wäre bis heute nicht in Sicht.

[Liebich (PDS): Das ist doch Quatsch! –  
[Doering (PDS): Blödsinn! Unglaublich! –  
Unruhe]

Ich zitiere aus der ersten Regierungserklärung Ihres verehrten Regierenden Bürgermeisters:

Die Konsolidierung gelingt aus eigener Kraft bis zum Jahr 2006.

(B) Das hat er dort verkündet. Es bestünde keine Haushaltsnotlage, hat uns Herr Wowereit lange Zeit versucht weiszumachen.

[RBm Wowereit: Waren Sie da zufällig mit in der Regierung?]

– Ja, das ist wohl wahr, Herr Wowereit. Ich kann mich auch noch an die Auseinandersetzung erinnern. – Und er hat sich mit Händen und Füßen gegen einen Kassensturz gewehrt. Wer hören will, kann hören, Herr Gaebler, und nicht nur, was genehm ist. Darauf beriefen sich nur die Scharzmalerei, unkte Frau Fugmann-Heesing in einer Rede zum Haushalt hier in diesem Haus. Deswegen begrüßen wir diese Urteil ausdrücklich. Das Urteil wird wieder ein Stück Ehrlichkeit in die Politik, in die Beratung und die Auseinandersetzung um den Haushalt zurückbringen.

Dieses Urteil ist eben gerade keine Lizenz zum Kahlschlag, wie uns hier viele weismachen wollen. Wer jetzt meint, mit dem Urteil einen haushaltspolitischen Katechismus bekommen zu haben, der alle Schweinereien rechtfertigt, der irrt und der missbraucht auch das Verfassungsgericht, Herr Wowereit, um von seinem eigenen Gestaltungsunwillen abzulenken. Das hat das Verfassungsgericht sich nicht angemaßt: Es hat das Primat der Politik weiter bestätigt und hat uns nicht in einen politiklosen Zustand versetzt. Das macht aber die FDP, wenn Sie hier zum Halali auf den öffentlichen Dienst bläst.

[Doering (PDS): Ihr Koalitionspartner!]

Das hat auch Herr Wolf gemacht, und das hat auch Herr Sarrazin gemacht, wenn sie meinen, man müsse jetzt direkt in die Streichungsarie übergehen. (C)

Wir wollen, dass in diesem Haus über die Zukunft Berlins wieder auf einem Niveau und in einem Rahmen diskutiert wird, der die Probleme der Stadt ins Auge nimmt. Wir wollen, dass wir uns hier um die Potentiale der Stadt kümmern, diese fördern und nicht einfach zuschütten. Wir wollen uns mit Wissenschaft, Bildung und Kultur auseinandersetzen. Wir wollen über Hauptstadt reden. Wir wollen über die Potentiale von Einwanderungen reden und wie das die Stadt nach vorne bringt. – Danke!

[Beifall bei den Grünen]

**Präsident Momper:** Danke schön, Herr Kollege Ratzmann! – Das Wort hat nun der Regierende Bürgermeister – bitte schön, Herr Wowereit!

**Wowereit,** Regierender Bürgermeister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! – Es ist das Recht einer Opposition zu opponieren, es ist das Recht einer Opposition zu negieren, vielleicht meinen Sie auch das Recht zu haben, eine Showveranstaltung zu machen, es ist auch Ihr Recht, zu agitieren. Wer aber in die Regierung will, meine sehr verehrten Damen und Herrn von der Opposition, der darf nicht nur blockieren und nicht nur Nein sagen, sondern (D)

[Henkel (CDU): Muss die Verfassung achten!]

er muss Konzepte auf den Tisch packen, um die Alternativen zu benennen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Herr Lindner, wenn Sie sagen, Sie sind dazu nicht in der Lage, dann darf ich Sie daran erinnern, dass Sie einen Oppositionszuschlag für Ihre Arbeit bekommen. Wozu bekommen Sie denn viel mehr Geld als die anderen Fraktionen? – Damit Sie etwas auf den Tisch legen können!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Noch einmal zu Ihrem Dienstwagen, Herr Lindner. Also, ich gehe davon aus, dass, wenn Sie heute das Parlament verlassen, eine Kralle an Ihrem Dienstwagen ist, wenn Sie immer auf Dienstwagen anderer herumreiten.

[Dr. Lindner (FDP): Was heißt denn „herumreiten“?]

Sagen Sie doch einmal ehrlich, was Sie in diesem Haus alles verbrauchen! Das ist langsam lächerlich, was Sie hier anstellen.

[Beifall bei der SPD und der PDS –

Dr. Lindner (FDP): Das ist eine Unverschämtheit!]

Der parlamentarische Streit um bessere Konzepte soll und darf nicht vor Gerichten ausgetragen werden. Vor Gerichten ist das eine juristische Auseinandersetzung. Es muss im Parlament ausgetragen werden, wer die besseren Konzepte für die Republik hat und eine gute Regierung

**RBm Wowereit**

(A) wie die Rot-Rote hat auch einen Anspruch darauf, eine gute Opposition zu haben. Zeigen Sie das endlich einmal!

[Beifall bei der SPD und der PDS –  
Unruhe bei der CDU und der FDP]

Herr Zimmer hat versprochen, dass noch Vorschläge kommen, da können wir noch warten. Herr Lindner, ich habe extra angefangen, mir Zettel anzulegen, als Sie anfangen, Ihr Sanierungsprogramm hier vorzutragen. Ich habe bei Punkt 6 aufgehört, weil es gar nicht mehr lohnte, die Tinte zu verbrauchen, für das, was Sie vorgetragen haben. Alles Sprechblasen, alles Hülsen, die überhaupt nicht die Seriosität beanspruchen können, die notwendig ist in der Lage, in der sich das Land Berlin befindet!

[Beifall bei der SPD –  
Niedergesäß (CDU): Das ist ja sehr überheblich! –  
Dr. Lindner (FDP): Werden Sie doch mal konkret!]

Und gegen alle Oppositionssprüche: Auf den Kern der Problemlage des Landes Berlin ist hier von Seiten der Opposition überhaupt nicht eingegangen worden, weil es nicht der Kern der Auseinandersetzung beim Verfassungsgerichtsurteil ist, dass die Begründung zur Beseitigung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht ausreichend war. Sondern der Kern, über den wir auch damals gestritten haben, war die Frage: Wie kann man 4,3 Milliarden € aus dem laufenden Haushalt herausstreichen, ohne diese Kreditobergrenzen zu verletzen. Das war doch der Kern der inhaltlichen Auseinandersetzung.

(B) [Dr. Lindner (FDP): Ihre Unfähigkeit ist das Problem!]

Insofern ist es auch gar kein Wunder, dass sich heute durch das Urteil des Landesverfassungsgerichts viele bestätigt fühlen. Die Opposition, weil sie einen tagespolitischen Punktsieg erzielt hat. Herr Sarrazin, der als erster sagt: Es bestätigt mich. Und ich sage: Es bestätigt in der Tat die Linie des Senats. Das wird Sie nicht freuen, Frau Klotz, weil Sie etwas anderes meinen. Herr Ratzmann hat gerade die Volten vollführt, was das bedeutet. Das ist der Kern der Auseinandersetzung

Ich darf aus meiner Rede von damals zitieren, weil das offensichtlich der Grund für Ihren Misstrauensantrag ist. Erstens kann sich eine Regierung immer freuen, wenn ihr ohne Not das Vertrauen ausgesprochen wird – wie das am Montag passieren wird.

[Dr. Lindner (FDP): Das ist albern! Das nennt man wahrnehmungsgestört!]

Ihre These ist doch: Wir haben das Vertrauen in diesem Hause nicht mehr. Sie werden spätestens am Montag sehen, was wir als Regierung allerdings schon wissen, dass wir das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses haben. Das wird am Montag noch einmal bestätigt. Herzlichen Dank für diesen Anlass, dass das noch einmal deutlich gemacht werden kann.

[Beifall bei der SPD]

(C) Es wäre allerdings nicht nötig gewesen, denn Sie wissen selbst, dass es so ist. So weit zur Frage der parlamentarischen Auseinandersetzung. Ich freue mich, dass wir uns heute inhaltlich streiten können über das, was vor uns liegt, und das ist in der Tat enorm.

Es ist zitiert worden, was ich nach der Rede von Herrn Sarrazin gesagt habe. Sie haben aber nicht weiterzitiert. Frau Klotz hatte interveniert, und dann ging es weiter. Ich zitiere:

Sie können – und da brauchen wir uns auch gar nicht aufzuregen, und das wird im Ernst hier niemand bestreiten, sonst hätte ich die Haushaltsdebatte auch anders verstanden – in einer Situation, in der wir gezwungen sind, 6,3 Milliarden € neue Kredite aufzunehmen, bei einem Investitionsvolumen von ungefähr 2 Milliarden € eine Differenz von 4,3 Milliarden € durch Einsparungen hier decken. Dann würde in der Tat in Berlin das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht zerstört werden. Denn Sie müssen sich einmal vorstellen, was das bedeuten würde. Und das würde noch nicht einmal eine Opposition, die meint, daraus politischen Vorteil ziehen zu können, mit unterstützen können. Und insofern ist das hier keine Interpretation der Verfassung in dem Punkt, sondern in der Tat eine Notwendigkeit.

(D) Darum ging es bei der Frage: Wie kann man aus dem laufenden Haushalt 4,3 Milliarden € herausstreichen. Ich habe damals erklärt – und das ist heute nach dem Urteil des Verfassungsgerichts noch richtig –: Das war nicht möglich, dann wäre diese Stadt nicht mehr die Stadt Berlin gewesen, wie wir sie nötig haben für die soziale Gerechtigkeit und den sozialen Ausgleich.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Der Konsolidierungskurs des rot-roten Senats ist erfolgreich. Er ist noch nicht zu Ende.

[Gelächter des Abg. Dr. Lindner (FDP)]

Dem einen oder anderen war ein falscher Schwerpunkt dabei. Das ist Ihr legitimes Recht. Wenn Sie uns dafür kritisieren, liebe Freunde von der CDU, als Gralshüter des öffentlichen Dienstes, dass wir es geschafft haben, einen Solidarpakt mit Verdi in sozialer Gerechtigkeit, Verantwortlichkeit für den Erhalt von Arbeitsplätzen, zu Lasten von Einkommen, mehr Freizeit zu geben, abzuschließen, einen Solidarpakt für zukünftige Generationen zu geben. Wenn Sie das kritisieren, ist das Ihr politisches Recht. Wir sind stolz darauf, dass wir das geschafft haben.

[Starker Beifall bei der SPD und der PDS –  
Zuruf des Abg. Hoffmann (CDU)]

Es hat 500 Millionen € Einsparungen gebracht. Nicht weil wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst quälen wollen, sondern weil sie auch erkannt haben, dass es notwendig für die Sanierung und Finanzierung von Zukunftsaufgaben für diese Stadt ist.

**RBm Wowereit**

(A)

Wir werden weitere 500 Millionen € dadurch einsparen, dass wir in dieser Legislaturperiode – da waren wir uns auch nie im Streit, Frau Klotz, auch als wir in der Koalition waren – 12 500 Stellen abbauen. Auch harte Maßnahmen.

Aber, Herr Dr. Lindner, das sind dann 1 Milliarde € Personalkosteneinsparung, konkret unterlegt und nicht pauschal gesagt: Wir sollen 30 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einfach rausschmeißen. – Das kann eine FDP machen.

[Dr. Lindner (FDP): Das habe ich nicht gesagt!  
Sie müssen einmal zuhören!]

Mit der Sozialdemokratie und mit der PDS wird das nicht zu machen sein. Ganz klipp und klar!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Die schwierigen Auseinandersetzungen über die Finanzierung der Wohnungsbauförderung hat Herr Liebich schon angesprochen. Es ist richtig, dass das ein radikaler Kurswechsel war. Der ist auch vielen in meiner Partei nicht leicht gefallen, und es gibt auch ein hohes Risiko vor Gericht, wie im Übrigen fast jede Entscheidung heute vor Gericht landet. Nur sich selbst zurückzulehnen und zu sagen: Es gibt ein juristisches Risiko, und dann mache ich nicht die Dinge, die notwendig sind. – das wäre eine verfehlte Politik. Wir gehen auch dieses Risiko ein, weil wir den dringenden Kurswechsel in der Wohnungsbaupolitik brauchen. Das spart Milliarden – Milliarden, die in Bildung, in Ausbildung investiert werden können und die wir sonst nicht zur Verfügung hätten. Auch diese Politik ist richtig und war schwierig.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

**Präsident Momper:** Herr Regierender Bürgermeister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wambach?

**Wowereit,** Regierender Bürgermeister: Nein!

**Präsident Momper:** Bitte fahren Sie fort!

**Wowereit,** Regierender Bürgermeister: Wir haben mit den Universitäten gerungen, auch in schwierigen Prozessen. Wie können wir erreichen, 85 000 Studienplätze zu sichern, aber trotzdem auch finanzielle Spielräume zu gewinnen? – Ich bin stolz darauf, dass wir im Dialog mit den Universitätspräsidenten – nicht weil sie das alles freiwillig gemacht haben, sondern weil sie eingesehen haben, dass sich auch da etwas verändern muss – zu Verträgen gekommen sind und nicht im Streit, sondern im Konsens einen Lösungsweg gefunden haben und auch bei der Unimedizin radikale Veränderungen durchgeführt haben. Nicht zum Schaden der Unimedizin, sondern zum Vorteil der Unimedizin. Das sind Leistungen, die den Konsolidierungskurs belegen, aber andererseits auch inhaltliche Schwerpunkte setzen. Darauf ist diese Regierung stolz!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ich könnte das noch in vielen Punkten fortführen.

(C)

Uns kann keiner nachsagen, diese Regierung tätige leichtsinnig Ausgaben und traue sich nicht, sich mit Interessengruppen anzulegen, um wichtige, notwendige strukturelle Veränderungen durchzuführen.

[Zuruf des Abg. Hoffmann (CDU)]

Wir sind einen klaren Konsolidierungskurs gegangen. Der jetzige Finanzsenator befindet sich in einer guten Tradition, und zwar auch mit Herrn Kurth. Der hat das auch schon gemacht. Auch seine Arbeit sollte man nicht mies machen. Aber er wurde von seinem eigenen Regierenden Bürgermeister nicht unterstützt. Das war das Dilemma von Herrn Kurth.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Herr Ratzmann, man kann nicht ein Urteil begrüßen und anschließend seine eigene Interpretation machen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ich nehme dieses Urteil ernst. Es macht mich sehr nachdenklich.

[Zurufe von der CDU und den Grünen]

– Warten Sie es ab, Frau Klotz. – Es macht mich in der Tat nachdenklich, welchen Spielraum dieses Parlament und diese Regierung bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2004/2005 noch haben.

(D)

Herr Lindner kündigte schon an, er reiche eine Klage ein, und zwar unabhängig davon, wie der Haushalt aussieht.

[Eßer (Grüne): Davor haben Sie Angst?]

– Davor habe ich Angst. Ich habe auch vor einer zweiten Klage Angst.

[Dr. Lindner (FDP): Sie müssen zuhören!]

– Ich habe genau zugehört. Herr Lindner, das ist Ihre Verantwortung. Die kann ich Ihnen nicht nehmen. Ich gehe davon aus, dass jemand wie Sie wieder vor Gericht ziehen wird. Ich kann Ihnen dieses Recht nicht absprechen. Aber auch Sie haben die Notwendigkeit, Ihr Handeln zu überdenken. – Ich habe keine Angst davor, dass ein Urteil herauskommt, das der Regierung etwas ins Stammbuch schreibt. Wir haben parallel eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bezüglich der Haushaltsnotlage des Landes Berlin. Bei einem zweiten Urteil vor dem Landesverfassungsgericht, das negativ ausgeht, möchte ich mir die Konsequenzen für die Entscheidungsfindung in Karlsruhe nicht vorstellen.

[Eßer (Grüne): Deswegen müssen wir uns verständigen!]

– Wir werden und verständigen, Herr Eßer. Sie werden sich zu jedem einzelnen schwierigen Punkt bekennen müssen. Aus dieser Pflicht werden wir Sie nicht entlassen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

**RBm Wowereit****(A)**

Sie werden sich dazu in einer sich verschärfenden Auseinandersetzung bekennen müssen, was wir – auch im engen Rahmen des Urteils des Landesverfassungsgerichts – noch begründen können.

Wir haben dabei juristische Probleme. Wir wollen hier kein juristisches Seminar machen. Es ist aber nicht so leicht, beide Instrumente nach der Rechtsprechung des Landesverfassungsgerichts zu nehmen, nämlich die extreme Haushaltsnotlage und die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Wenn ich das richtig interpretiere, ist das höchst problematisch. Man muss sich für das eine oder andere entscheiden. Wir haben uns spätestens durch die Klage für die Haushaltsnotlage entschieden. Ob dann noch Maßnahmen zur Beseitigung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts durchgeführt werden können, ist eine juristische Frage, Herr Ratzmann. Wir können darüber philosophisch diskutieren. Wir werden einen Professor dafür und einen dagegen finden. Das ist die Problematik. Ein Urteil eines Landesverfassungsgerichts gibt Hinweise, aber es nimmt nicht alle Risiken.

Wie die Begründung im Haushalt sein muss, wie dokumentiert werden muss, was sich im Parlament bei der Haushaltsberatung abspielt – denn die Regierung macht nur den Entwurf, und Sie sind der Haushaltsgesetzgeber – und welche kontroversen Diskussionen ablaufen, ist eine spannende Frage. Das muss ernst genommen werden. Es hat eine neue Qualität. Bislang gab es so etwas in der Bundesrepublik noch nicht. Insofern handelt es sich um eine bahnbrechende Rechtsprechung. Da gebe ich Ihnen Recht. Sie hat auch Auswirkungen auf Länderregierungen wie die von Nordrhein-Westfalen. Ich nehme an, die dortige CDU hat bei Ihnen nachgefragt, wie sie die rot-grüne Koalition zu Fall bringen kann, beispielsweise durch Misstrauensanträge und Verfassungsklagen. Sie haben sicher Hilfestellung geleistet.

**(B)**

[Beifall bei der SPD]

Das ist keine alleinige Berliner Frage mehr, sondern das spielt in der momentanen Situation in vielen Länderparlamenten eine Rolle. Es gibt aber auch Oppositionen in Länderparlamenten, die es sich dreimal überlegen, ob sie vor das Verfassungsgericht ziehen.

Ich nehme das Urteil sehr ernst, und zwar nicht, um einen billigen Vorwand für härtere Sparmaßnahmen zu haben, sondern wegen des enger gewordenen Rahmens, den das Landesverfassungsgericht vorgegeben hat, und der Frage, was wir noch machen können. Der Hinweis, dass Landesgesetze nicht tabu sind, sondern von diesem Haus zu ändern sind, wenn sie nicht mit der Kreditobergrenze in Einklang stehen – –

[Ratzmann (Grüne): Ist selbstverständlich!]

– – ist nicht selbstverständlich, Herr Ratzmann. Sonst hätte es dieses Hinweises nicht bedurft. Das bedeutet im Klartext, dass es nicht ausreicht, nur zu definieren, was schön und gut ist.

[Ratzmann (Grüne): Es muss auch helfen!]

**(C)**

– Da ist die Frage, für was es helfen soll. Da gibt es schon Streit, ob es zur Beseitigung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts helfen soll oder zur Beseitigung der Haushaltsnotlage. Zur Beseitigung der Haushaltsnotlage hilft die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Ob eine bessere Ausstattung in Kitas oder in Schulen mit einer verlässlichen Halbtagsgrundschule zur Abwendung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts herangezogen werden kann, ist eine interessante juristische Frage. Ich wäre mir nicht so sicher, was man da entscheiden darf und was nicht.

Wir müssen die Frage stellen – nicht als Totschlagargument und nicht, weil es Leute gibt, Frau Klotz, die sagen, sie hätten schon immer gewusst, dass man noch 2 Milliarden € rausstreichen muss –, was juristisch notwendig ist, damit nicht wieder von Ihnen polemisch der Vorwurf gemacht werden kann, hier vorne säßen die Verfassungsbrecher. Man muss sich überlegen, welchen Handlungsspielraum dieses Parlament hat, und zwar nicht nur die Regierungsfractionen, sondern auch die Opposition. Es muss dann auch dokumentiert werden, was Herr Lindner für nette Vorschläge gemacht hat, was Herr Zimmer bezüglich der 155 Millionen € gesagt hat oder was Sie demnächst alles an sozialen Errungenschaften in der Stadt verteidigen werden.

Wir werden uns als Regierung und als Koalitionsfraktionen die Begründung für den Haushaltsplanentwurf 2004/2005 selbstverständlich sehr sorgfältig vornehmen. Es muss nach meiner Einschätzung in einzelnen Titeln auch noch Veränderungen geben. Wir werden sehen, in welchem Umfang das sein wird. Das kann ich heute noch nicht sagen. Es wird eine ganz elementare Auseinandersetzung geben. Wir können und müssen diese auch politisch führen. Aber sie entzieht sich irgendwann einer juristischen Entscheidung. Über die Frage, was für diese Stadt sozial gerecht ist, kann kein Richter entscheiden. Seine Aufgabe ist es, juristisch zu entscheiden. Wir müssen die Entscheidung politisch treffen, wie unsere Stadt heute, im Jahr 2004, aber vor allem künftig aussehen soll. Darauf müssen Antworten gefunden werden.

**(D)**

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Wir geben diese Antworten und würden uns freuen, wenn Sie mit uns in einen inhaltlichen Dialog über bessere Konzepte einträten würden, statt immer nur Nein zu sagen und Forderungen zu stellen. Sagen Sie selbst, wie wir eine besser Politik machen sollen. Wir werden die soziale Gerechtigkeit in dieser Stadt sicherstellen und diese auch für das Bundesverfassungsgericht begründen, aber vor allem für die Menschen in dieser Stadt. Ich möchte eine Stadt haben, in der die Menschen lebensfähig sind, in der Arme die notwendige Hilfe bekommen und in der Bildung sowie Ausbildung finanziert werden können.

[Dr. Lindner (FDP): Sprüche, Sprüche, Sprüche!]

Die Auseinandersetzung werden wir führen. Dazu fordere ich Sie auf.

(A)

[Anhaltender Beifall bei der  
SPD und der PDS]

**Präsident Momper:** Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister! – Das Wort für die Fraktion der CDU hat deren Fraktionsvorsitzender. – Bitte schön, Herr Zimmer!

[Sen Strieder: Zweiter Versuch!]

**Zimmer (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es freut mich, den Regierenden Bürgermeister in einer Debatte einmal emotional beteiligt zu sehen. Das hat man ja selten.

[Beifall bei der CDU –  
Gaebler (SPD): Bei Ihnen ist das  
auch nicht sehr ausgeprägt!]

Ich kann mich gut erinnern, dass Herr Wowereit ansonsten, wenn es um inhaltliche Auseinandersetzungen geht, dringende Aufgaben zu erledigen hat, beispielsweise das Unterschreiben von Autogrammkarten. Machen Sie das weiter, solange Sie noch gefragt sind.

Der Kern der Auseinandersetzung, Herr Wowereit, war nicht die Frage eines formalen Begründungserfordernisses. Es ging im Kern auch nicht um die Frage, wie man eine Milliardensumme aus dem Haushalt herauschneiden kann. Die Kernfrage war vielmehr, was man mit dem Geld macht, das man auf Kosten künftiger Generationen aufnimmt. Nimmt man es, um eine Sanierungsperspektive zu eröffnen und eigenständig zu handeln? Oder nimmt man es, um Konsum zu finanzieren und die Unfähigkeit, strukturelle Reformen anzugreifen, zu überdecken? – Das ist die Kernfrage.

(B)

[Beifall bei der CDU]

Sich hinzustellen und zu behaupten, dass Ihr Konsolidierungskurs erfolgreich sei, ist die zweite Dreistigkeit, die man am heutigen Tage rügen darf. Denn jeder, der sich die Entwicklung des Schuldenstandes anschaut, jeder, der sich die Entwicklung der Netto-Neuverschuldung unter Rot-Rot anschaut, jeder, der nicht blind ist, sich einfach einmal ein paar Balken anzuschauen,

[Frau Seelig (PDS): Können Sie ja machen!]

weiß, dass Sie eine abenteuerliche Verschuldungspolitik in dieser Stadt machen.

[Beifall bei der CDU –  
Zuruf des Abg. Liebich (PDS)]

– Sie brauchen gar nicht wehleidig dazwischen zu rufen, Herr Liebich.

[Liebich (PDS): Das ist nicht wehleidig!]

Sie tragen dafür die Verantwortung mit. Ich weiß, dass das für Sie unangenehm ist, aber es hilft nicht: Sie haben sich in diesen Zug gesetzt, dann müssen Sie auch bis zur Endstation mitfahren.

[Beifall bei der CDU –  
Doering (PDS): Er hat noch eher begriffen,

(C)

was hier abgeht als Sie! –  
Liebich (PDS): Was wollen Sie denn?]

Vielleicht hilft es, wenn Herr Sarrazin zu diesem Thema einen seiner vielen Charts mitbringt. Vielleicht macht es Ihnen dann visuell einmal deutlich, was Sie in dieser Stadt treiben. Dann wird Herr Wowereit plötzlich wieder zum Gralshüter der sozialen Gerechtigkeit. – Der Mann, unter dessen Ägide in Berlin die unsozialsten Kürzungen überhaupt vorgenommen worden sind.

**Vizepräsidentin Michels:** Herr Zimmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klemm?

**Zimmer (CDU):** Nein! – Das hat schon etwas. Ich glaube, Sie haben langsam gemerkt, dass Sie mit Ihrer bisherigen Politik nicht weiterkommen. Es ist für Sie offensichtlich ganz angenehm, jemanden zu finden, dem Sie den „Schwarzen Peter“ zuschieben können, ob es nun die Opposition oder das Verfassungsgericht ist, und sich dann hinzustellen und zu sagen: Eigentlich will ich euch ja Gutes tun. – Herr Wowereit, damit werden Sie nicht durchkommen. Das ist keine nachhaltige Politik. Das ist noch nicht einmal verantwortungsvolle Politik, sondern das sind tatsächlich Sprechblasen und Parteitage. Wir brauchen hier keine Parteitage. Die können Sie bei Ihrer SPD im Landesverband halten.

[Beifall bei der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei der FDP  
Liebich (PDS): Sie wollten  
Vorschläge machen!]

(D)

Nun will ich Ihnen einmal etwas zu der Gefahr eines zweiten Urteils sagen. Ja, Sie werden das zweite Urteil mit Sicherheit bekommen, wenn Sie nicht das, was das Verfassungsgericht Ihnen aufgeschrieben hat, auch vollziehen. Das ist dann auch richtig. Das muss dann auch geschehen. Sie können nicht so weiter machen wie bisher und jetzt damit argumentieren, dass möglicherweise die Klage in Karlsruhe in Gefahr ist. – Herr Wowereit, die Klage in Karlsruhe ist deswegen in Gefahr, weil Sie dort vermutlich genauso schlecht und schlampig argumentiert haben, wie Sie es in diesem Verfassungsgerichtsverfahren getan haben. Das ist Ihr Problem.

[Hoffmann (CDU): So ist es!]

Sie sind nicht in der Lage, substantiell zu argumentieren.

Wie soll Berlin künftig aussehen? – Diese Frage haben Sie gestellt. Sie haben aber leider an dieser Stelle noch nie eine Antwort gegeben. Wie ist denn Ihr Plan von Berlin? – Erklären Sie doch einmal den Berlinerinnen und Berlinern, wofür Sie gewählt worden sind.

[Abg. Liebich (PDS): Ah, jetzt kommen  
die Vorschläge endlich!]

Sagen Sie doch einmal deutlich, was in zwei, drei, vier oder fünf Jahren nach Ihrer Vorstellung in dieser Stadt passiert und nicht mehr passiert. Das ist Ihre Pflicht als Regierender Bürgermeister, wenn Sie nicht nur oberster

**Zimmer****(A)**

Repräsentant dieser Stadt auf Partys sein, sondern politische Verantwortung tragen wollen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Dann werden Sie in dieser Auseinandersetzung von Ihrem Bürgermeister Herrn Wolf sekundiert, und da es so schön war und wir uns heute schon zweimal über den Artikel in der „Berliner Zeitung“ unterhalten haben,

[Liebich (PDS): Der war super! –

Doering (PDS): Klasse Artikel, schon gelesen!]

muss man sagen: Wenn für den ehemaligen haushaltspolitischen Sprecher und Fraktionsvorsitzenden der PDS-Fraktion die Antwort auf das Verfassungsgerichtsurteil und die Konsolidierung im Land Berlin ist, die Symphoniker mit einem 3 Millionen-und-noch-etwas-Haushalt im Jahr zu streichen, würde ich sagen: Schönen Dank! – Wenn das Ihre Antwort ist, wenn das die Substanz ist, die Sie in den Senat eingebracht haben, dann ist es in der Tat traurig. Es ist vor allen Dingen deswegen traurig,

[Beifall bei der CDU und bei den Grünen –

Liebich (PDS): Ich denke, das war schon zu viel? –

Doering (PDS): Da haben Sie auch zugestimmt!]

weil die Vorredner vergessen haben, weiterzulesen. Denn wenn Sie einmal die Abwägung treffen, ob wir dreistellige Millionenbeträge bei Herrn Strieder bei seinen Spielwiesen, Architekturwerkstatt, Stadtforum und was einem alles einfällt, gegen setzt – –

**(B)**

[Klemm (PDS): So ein Quatsch!]

– Darum geht es, Herr Klemm. Die Frage ist, machen Sie Architekturwettbewerbe, drucken Sie Hochglanzbroschüren oder erhöhen Sie die Kitagebühren oder schließen Sie die Symphoniker? – Das sind Fragen, die Sie beantworten müssen.

[Beifall bei der CDU, der FDP und den Grünen –  
Zuruf des Abg. Liebich (PDS)]

Das sind die Grundsätze, über die wir hier zu diskutieren haben. Dem werden Sie sich nicht entziehen können. Sie können sich hierher stellen und sagen: Die Opposition muss Fragen beantworten.

Herr Müller, es verbietet sich eigentlich, Ihre Rede zu kommentieren, denn sie war eine ähnlich schwache Leistung wie die Gesamtperformance Ihres rot-roten Senats. Aber wenn Sie davon sprechen, dass die Misstrauensanträge Politklamauk seien, besitzen Sie offensichtlich Expertise und Erfahrung als Vorklatscher des finanzpolitischen Dilettantenstadels, der links und rechts von mir sitzt und sich Senat nennt.

[Beifall und Heiterkeit bei der CDU  
und der FDP]

Zu glauben, man könnte das vornehmste Recht dieses Hauses auf ein Niveau der Diskussion ziehen, wie Sie es getan haben, beweist nur, dass Sie substantiell und argumentativ keinerlei Antwort haben.

[Gram (CDU): Nichts!]

Sie versuchen es einfach ganz billig und ganz klein.

[Beifall bei der CDU]

Wissen Sie eigentlich, Herr Müller, wie lange die SPD in dieser Stadt schon regiert? Wissen Sie eigentlich, wie viele Jahrzehnte Sie für diese Stadt die Verantwortung tragen? – Nicht, dass Sie sie ausgeübt hätten, aber Sie tragen sie im formellen Sinne.

[Zuruf von der CDU: Zu lange! –

Cramer (Grüne): Auch im politischen Sinne!]

Wissen Sie eigentlich, welche Höhe die Schulden unter Ihrer Ägide erreicht haben? – Ich habe es eben schon angesprochen. Halten Sie sich das eigentlich ab und zu vor Augen, wenn Sie sich hier herstellen und Ihre Reden halten? – Das wäre schön.

[Frau Jantzen (Grüne): Herr Zimmer, was ist mit der Bankgesellschaft?]

Vielleicht sollten wir hier eine Verschuldungsuhr aufbauen, damit Sie immer vor Augen haben, was Sie dieser Stadt mit Ihrer Politik antun, insbesondere, wenn Sie Ihre Reden halten und wenn Sie im Hauptausschuss und in anderen Ausschüssen nicht mehr in der Lage sind, sich mit substantiellen Vorschlägen aller Oppositionsfraktionen inhaltlich auseinander zu setzen. Die einzige Antwort, die Sie dazu kennen, ist, bei Aufruf zur Abstimmung die Hand bei „nein“ zu heben. Das ist Ihre Form von Aus einandersetzung mit inhaltlicher Politik in Berlin.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

**(D)**

Sie können sich durchaus in der Diskussion einer gewissen Ehrlichkeit befleißigen. Wenn es z. B. um die hier schon erwähnte Bildung, Wissenschaft und Forschung geht. Geben Sie doch zu, dass Sie rund 20 000 Studienplätze in Berlin abbauen werden, und stellen sich nicht hin und behaupten: Welche Stadt hat denn noch drei Universitäten? – Ihr Ziel ist es doch, mindestens eine der Universitäten abzuwickeln. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Darüber können wir politisch diskutieren, aber es durch die „kalte Küche“ zu versuchen, sich hinzustellen und zu behaupten, das Gegenteil wäre der Fall, das ist die einfachste Form, sich der politischen Auseinandersetzung zu entziehen. Auf diesem Niveau werden wir mit Ihnen nicht diskutieren. Aber trösten Sie sich: Die Berlinerinnen und Berliner werden es merken. Sie haben es jetzt schon gemerkt. Wenn Sie einmal in die Umfragen schauen, wissen Sie, dass 80 % der Berlinerinnen und Berliner mit der Arbeit des rot-roten Senats unzufrieden sind. Diese Menschen haben zu 100 % Recht.

[Beifall bei der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Wenn Sie jetzt meinen, wir hätten uns in die Verantwortung für diesen Haushalt eingeklagt, Herr Müller, dann haben Sie das falsch verstanden. Wir haben aus Verantwortung für den Haushalt und für das Land Berlin geklagt. Das ist der Unterschied. Wir nehmen unsere Verantwortung für diese Stadt wahr. Deswegen haben wir geklagt. Deswegen werden wir uns, genauso wie in der Vergangenheit, auch mit diesen Kürzungskonzepten und

**Zimmer**

(A) Sanierungskonzepten, wenn es die dann irgendwann einmal von Ihnen geben sollte, auseinander setzen.

[Liebich (PDS): Deshalb in den letzten Minuten noch Ihre Vorschläge, sonst ist die Zeit vorbei!]  
– Es ist doch gar keine Frage, dass es hier eine politische Diskussion gibt. Sie sind doch diejenigen, die die politische Diskussion vermeiden wollen, weil Sie schon jetzt fröhlich durch die Lande ziehen und sagen – ich habe es von Herrn Wowerit gehört –: Der Rahmen, der vorgegeben wird, ist zu eng. Kann man denn jetzt überhaupt noch politische Entscheidungen treffen? Muss man nicht einfach nur mit einer Liste lang gehen und bestimmte Punkte abhaken? – Auf diese Art und Weise bereiten Sie sich jetzt den Weg in eine diskussionslose und nach Ihrer Hoffnung auch widerstandslose Sparpolitik in dieser Stadt vor. Diese wird es mit uns nicht geben. Das verspreche ich Ihnen.

[Beifall bei der CDU –  
Wechselberg (PDS): Sie werden sich noch wundern! –  
Zuruf des Abg. Dr. Flemming (SPD)]

Herr Müller, wenn Sie meinen, dass Sie auch zukünftig auf diesem Niveau diskutieren wollen – Ich habe gehört, wie Herr Strieder zu Ihnen gekommen ist und gesagt hat: Schön, Michael, mit dieser Rede kannst du auch Parteivorsitzender werden. –

(B) [Heiterkeit des Abg. Müller (SPD) –  
Zuruf von der CDU: Strieder weg!]

Ich kenne das Niveau Ihrer Parteitagsgreden, aber für dieses Haus reicht es nicht. Also, diskutieren Sie gelegentlich einmal wieder inhaltlich mit.

[Beifall bei der CDU]

Herr Liebich, ich finde es anerkennenswert, dass Sie am Anfang Ihrer Rede das anerkannt haben, was sich gehört: Festzustellen, dass Fehler gemacht worden sind. – Ich bin gerne bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, wie man bestimmte Dinge unterschiedlich bewertet. Das ist okay. – Ich will es ganz ausdrücklich sagen: Ich finde es bemerkenswert, dass Sie die Fähigkeit besitzen, in sich zu gehen und zu reflektieren, und sich trotzdem immer wieder zum willfähigen Schoßhündchen Ihres großen Koalitionspartners machen. Das müssen sie gelegentlich einmal begründen.

[Zuruf des Abg. Pewestorff (PDS)]

Es reicht nicht, hier ein Bekenntnis abzugeben, aber trotz allem alles mitzutragen. Es reicht auch nicht, Frau Knake-Werner vorzuschicken, die irgendwelche Dinge nicht toll findet, die am Ende des Tages dann aber doch beschlossen werden. – Die Opposition in der Regierung zu spielen, werden Sie nicht dauerhaft aushalten. Diesen Spagat werden Sie nicht überstehen.

[Beifall bei der CDU und der FDP –  
Wechselberg (PDS): Totaler Quatsch!]

Es kann kein „Weiter so“ geben. Das wird sich auch auf die Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt

2004/2005 auswirken. Kein „Weiter so“ ist die Botschaft, die uns das Verfassungsgericht mit auf den Weg gegeben hat. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt, in dem wir fordern, dass die Haushaltsberatungen ausgesetzt werden, bis ein Haushaltsplanentwurf vorliegt, der den verfassungsrechtlichen Vorgaben des höchsten Berliner Gerichts entspricht. – Die SPD und die PDS kommen mit einem unbestimmten Vorschlag, in dem sie sagen: Lasst uns jetzt einmal die Beratungen unterbrechen. Zunächst war es ein Prüfauftrag, bei dem der Senat prüfen sollte, ob es irgendwelche Schlussfolgerungen gibt. – Sie haben während der Sitzung gemerkt, dass das nicht ganz so schlau war und sind dann dazu gekommen zu sagen, jetzt solle Ihnen der Senat einmal erklären, welche Schlussfolgerungen es daraus gibt. – Lesen Sie einfach das Urteil, dann wissen Sie, welche Schlussfolgerungen aus dem Spruch des Gerichts zu ziehen sind. Es reicht dann nicht aus, zu sagen: Wir unterhalten uns dann einmal irgendwann in einer Sprecherrunde, wie wir weiter mit den Haushaltsberatungen vorgehen. Das wird irgendwann von der Mehrheit festgestellt, jetzt sind wir genug in uns gegangen,

[Doering (PDS): In der Sprecherrunde gibt es keine Mehrheit!]

haben uns das Urteil lange genug angeguckt, jetzt haben wir genug Exegese betrieben, jetzt haben wir es genug auf farbige Zettel kopiert und im Raum verteilt, jetzt ist es gut, jetzt werden wir wieder weiter beraten, als wäre nichts geschehen. Das wird so nicht funktionieren, das sage ich Ihnen gleich.

[Beifall bei der CDU]

Sie müssen auch nicht denken – auch das gebe ich Ihnen an dieser Stelle mit auf den Weg –, dass man immer nur gegen beschlossene Haushalte klagen muss und kann. Ich bin durchaus bereit darüber nachzudenken, ob auch nicht eingehaltene Beteiligungsrechte dieses Hauses dazu führen, dass man sich vor dem Verfassungsgericht widersieht. Wir lassen als Opposition mit uns so nicht umspringen, wie Sie es in der Vergangenheit gemacht haben und künftig vorhaben.

[Zuruf des Abg. Wechselberg (PDS)]

Wir verlangen eine ernsthafte Diskussion, wir verlangen eine nachhaltige und eine sachliche Diskussion. Und wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, dann müssen Sie offensichtlich mit höherer Gewalt dazu angefasst werden.

[Liebich (PDS): Sie sind ja ständig bei Gericht, da kann man ja mit Ihnen gar nicht verhandeln! –  
Heiterkeit des RBm Wowerit und des Bm Wolf –  
Zuruf des Abg. Doering (PDS)]

Bundesrechtliche und landesrechtliche Vorgaben geben nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts im Rahmen vor, in dem wir uns bewegen. Aber das Verfassungsgericht sagt ganz deutlich: All das tun wir, damit wir wieder eine Handlungsperspektive in Berlin haben, damit in dieser Stadt wieder staatliche und politische Eigenverantwortung ausgeübt werden kann. Ein Sanierungskonzept ist erforderlich. Dies gibt den Rahmen vor, was jetzt

**Zimmer**

(A) zu tun ist. Also, was ist auf Grund bundesrechtlicher Vorgaben noch notwendig? – Da muss eine Positivliste erstellt werden, das kann doch nicht so schwer sein, dann kann man diesen Bereich schon einmal abhaken. Das Thema ist erledigt.

Dann brauchen wir das Berliner Landesverfassungsrecht. Da wird es schon schwieriger. Was bedeutet das Recht auf Arbeit, das in der Berliner Verfassung festgeschrieben ist?

[Zuruf des Abg. Dr. Lindner (FDP)]

Man könnte es ganz weit fassen. Bedeutet das beispielsweise, dass man noch nicht einmal im öffentlichen Dienst betriebsbedingt kündigen dürfte, weil man damit Arbeitsplätze abbaut?

[Wechselberg (PDS): Das werden wir abwägen!]

Man könnte sogar so weit diskutieren. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die so mit Ihnen diskutieren wollen. Aber man begibt sich dort auf ein Terrain, das nicht einfach auszuloten ist, und es stellen sich Fragen, die nicht einfach zu beantworten sein werden.

[Wechselberg (PDS): Das ist richtig!]

Deswegen, glaube ich, dass unser Vorschlag, mit einer Enquete-Kommission diese Fragen zu klären, ein richtiger Vorschlag ist, weil sie nur dort eine vernünftige Diskussion mit Fachleuten bekommen werden. Denn die verfassungsrechtlichen Diskussionen, dieses Niveau verfassungsrechtlicher Diskussionen, das ich mit Ihnen aus dem letzten Jahr gewohnt bin, mit dem bekannten Ergebnis, lässt mich schauern vor der Vorstellung, ich müsste mit Ihnen die Grundrechte der Berliner Verfassung diskutieren. Dabei kann nichts herauskommen. Die Enquete-Kommission ist für Sie ein Weg. Und das ist für Sie sogar ganz bequem, weil Sie sich ein paar Leute holen können, die von dem, worüber Sie eigentlich sprechen wollen, Ahnung haben.

[RBm Wowereit: Soll denn der Haushalt so lange warten?]

Die Enquete-Kommission ist eine Möglichkeit, für das Land Berlin neue Perspektiven zu öffnen und von anderen zu lernen. Die Enquete-Kommission soll einen zeitlich befristeten Auftrag haben. Da hat der Kollege Lindner völlig Recht, denn man wird die Schlussfolgerungen daraus nicht bis zum St.-Nimmerleinstag verschieben können. Ich glaube, dass eine Enquete-Kommission nach einem halben Jahr einen Zwischenbericht abgibt.

[RBm Wowereit: Einen Zwischenbericht! Wann kommt dann der Haushalt?]

– Ich glaube, Herr Wowereit, dass Ihr Haushalt sowieso nicht vor Ende März beschlussfähig ist.

[Liebich (PDS): Bis Juli Haushaltssperre wegen Zimmer!]

Und ich glaube, wenn Sie sich einmal zügig an die Arbeit machen, wenn Sie nicht durch Geschäftsordnungsdiskus-

(C) sionen und durch Verschiebung von Abstimmungen im Hauptausschuss die Enquete-Kommission verhindern,

[Doering (PDS): Wenn die CDU nicht weiter weiß, gründet sie einen Arbeitskreis!]

dann werden wir auch relativ zügig zu Ergebnissen kommen, die Ihnen helfen werden, einen verfassungsgemäßen Haushalt für die Jahre 2004/2005 aufzustellen. Es liegt in Ihrer Hand, wie schnell oder wie langsam es jetzt geht, denn Sie haben die Mehrheit in den Ausschüssen. Daran denken Sie bitte, bei all dem, was Sie uns erzählen.

[Beifall bei der CDU]

Wenn es um das Sanierungskonzept geht, also die Frage, wie Berlin künftig mehr Einnahmen generieren kann, kommen wir an den großen Knackpunkt der politischen Diskussion der vergangenen Monate in der Stadt und mit dem Senat. Herr Sarrazin, der immer noch der Hoffnung ist, er könne mit der Ausgabenreduzierung seinen politischen Auftrag in dieser Stadt erfüllen, müsste spätestens jetzt, wenn er das Urteil gründlich gelesen hat, verstanden haben, dass sein Auftrag ein anderer ist. Es geht darum, in der Stadt Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Es geht darum, strukturpolitische Maßnahmen zu ergreifen. Und es geht darum, öffentliche Mittel zu verwenden, damit es einen Benefit gibt, der am Ende eines wirtschaftlichen Prozesses auch zu Mehreinnahmen führt. Wenn Sie das nicht berücksichtigen, konterkarieren Sie das, was das Verfassungsgericht Ihnen richtigerweise aufgeschrieben hat. Wenn Sie an diesem Punkt scheitern, machen Sie so weiter wie bisher, aber Sie verspielen damit auch die Chancen Berlins auf eine Gesundung zum guten Teil aus eigener Kraft. Mit einer Schuldenhilfe des Bundes und der Länder wird es Ihnen nicht gelingen, die Probleme Berlins zu lösen. Das wissen Sie auch. Ihre Klage in Karlsruhe wird Ihnen diese Probleme nicht abnehmen. Ihre Klage in Karlsruhe wird Ihnen nicht die Deckungslücke zwischen den Einnahmen und den Ausgaben schließen. Das wissen Sie. Dort müssen Sie etwas tun.

[Liebich (PDS): Tun wir auch!]

Deswegen müssen Sie sich auch um die Einnahmeseite kümmern. Vergessen Sie das nicht. Und vor allen Dingen, vergessen Sie, Herr Wolf, das nicht. Sie als Wirtschafts-senator sind, was das Ressort angeht, dafür zuständig.

[Beifall bei der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Ich habe den Eindruck, dass die Forderungen, die mittlerweile etwas abgeschwächt sind, weil sie gemerkt haben, dass das etwas merkwürdig wirkt: Jetzt müsse sich die Opposition einmal Farbe bekennen, jetzt müsse die Opposition einmal Fragen beantworten, jetzt müsse die Opposition einmal Konzepte vorlegen, die allen bekannt sind.

[Liebich (PDS): Es hat keinen Sinn, deshalb lassen Sie es!]

**Zimmer**

(A) Im Übrigen kann ich Herrn Müller gerne den dazugehörigen Masterplan überreichen, damit Sie Ihr Archiv ein bisschen auffüllen können.

[Liebich (PDS): Der Rest!]

Sie brauchen nicht aus der Kurzfassung zu zitieren, Sie können dort durchaus inhaltliche, länger und vom Finanzsenator im Übrigen schon angeforderte und offensichtlich gründlich gelesene Vorschläge zur Kenntnis nehmen. Darüber können wir auch gerne mit Ihnen diskutieren. Sie haben sich in der Vergangenheit geweigert, sich mit den darin enthaltenen Punkten, die wir im Übrigen auch in den Haushaltsberatungen angesprochen haben, inhaltlich einzulassen. Wir haben Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung, die wir dieses Mal in den Haushaltsberatungen 2004/2005 als Anträge gestellt haben. Die haben Sie auch alle abgelehnt. Es ist also nicht so, dass es keine Anträge gäbe, Sie wollen sie nur nicht. Das ist aber etwas anderes. Dann sagen Sie klipp und klar, Sie haben ein anderes Konzept, eine andere politische Vorstellung, an der Sie sich dann messen lassen müssen, Sie und kein anderer.

[Beifall bei der CDU]

Noch ein Satz zur Enquete-Kommission, bevor ich es vergesse. Natürlich ist das die Arbeit, die Sie in den vergangenen zwei Jahren hätten tun müssen. Sie hätten die Konzepte entwickeln müssen. Was Sie gemacht haben, ist eine abenteuerliche politische und fiskalische Flickschusterei in Berlin. Deswegen ist es jetzt notwendig, andere mit in die politische Diskussion einzubeziehen, weil Sie erwiesen haben, dass Sie mit Ihrer parlamentarischen Mehrheit unfähig sind, diesen Auftrag, den Sie als Parlamentarier haben, auch wahrzunehmen. Obwohl ich kein Freund von Kommissionen bin

(B) [Frau Hinz (PDS): Die Sie immer verhindert haben!]

– ich halte die Einsetzung von Kommissionen für eine organisierte Verantwortungslosigkeit, wie man es gerade auf Bundesebene immer wieder sieht –, aber eine Enquete-Kommission, in der sowohl Parlamentarier als auch Fachleute sitzen, stellt wenigstens sicher, dass auch parlamentarische Verantwortung gegeben ist. Diese parlamentarische Verantwortung ist, wie gesagt, diejenige, die Sie hätten in den letzten zwei Jahren wahrnehmen müssen, was Sie nicht getan haben.

[Beifall bei der CDU]

Es könnte auch sein, dass die Fragen, die Sie permanent an uns richten, Ausdruck Ihrer Hilflosigkeit sind. Vielleicht sind Sie schon mit Ihrem Latein am Ende, und die Opposition soll Ihnen helfen. Machen Sie sich keine Sorgen, wir werden tatsächlich unsere Verantwortung für diese Stadt wahrnehmen. Wir werden bei der inhaltlichen Diskussion, aber auch bei unseren Konzepten, niemanden zurückhalten, in dieser Stadt Verantwortung, vor allen Dingen für sich selbst, zu übernehmen. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied zwischen Ihnen und uns, wenn es darum geht, Leistungen, Beteiligungen zu privatisieren, den Wertverfall, dem diese Beteiligungen in den vergangenen Monaten unterlegen sind, nicht noch fortschreiten zu lassen.

(C)

Hätten Sie in der Vergangenheit die richtigen Entscheidungen gefällt, hätten wir heute die Probleme nicht, die wir jetzt haben, was bestimmte Beteiligungen angeht. Da sollten Sie eine Rede, Herr Müller, wenn Ihre Rede denn so schön war heute, auch auf Ihrem Landesparteitag halten, damit Ihre Genossinnen und Genossen über die Beteiligungsveräußerung vernünftige Beschlüsse fassen und nicht solche, wie Sie sie in der Vergangenheit gefasst haben. Wir werden also niemanden zurückhalten, werden aber auch niemanden zurücklassen, der nicht dazu in der Lage ist, seine eigene Verantwortung zu übernehmen. Das ist auch Ausdruck der sozialen Verantwortung, die man für Berlin und für die Gesellschaft in dieser Stadt hat. Wenn Sie nicht bereit dazu sind, sich diesen Herausforderungen zu stellen, können Sie sich sicher sein: Wir sind es.

[Beifall bei der CDU]

**Vizepräsidentin Michels:** Danke schön! – Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Gaebler das Wort. – Bitte sehr!

[Wellmann (CDU): Das hat doch keinen Sinn! – Zuruf des Abg. Gram (CDU)]

**Gaebler (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, Herr Gram, Sie haben es richtig erkannt, wir haben die Langfassung des Masterplans tatsächlich auch. Da Herr Zimmer darauf bestanden hat, möchte ich einen Punkt daraus vorlesen,

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Ist ja alles so lustig!]

der offensichtlich der Kern dieses Masterplans auf der Einnahmeseite ist.

Alle öffentlichen Verwaltungsgebäude, die keinen stadtbildprägenden Charakter und oder keine historische Bedeutung haben, sollten verkauft werden.

[Zimmer (CDU): Ja!]

Das bringt 5 Milliarden €.

[Heiterkeit des Bm Wolf]

5 Milliarden €, das ist das Volumen, das Sie bieten. Herr Sarrazin hat dazu, glaube ich, im letzten Hauptausschuss schon das Richtige gesagt. Das ist der alte Trick, den Sie schon in der großen Koalition mitgetragen haben bzw. unter Herrn Kurth mit verursacht haben.

[Goetze (CDU): Ah! Oh! – Zuruf des Abg. Henkel (CDU)]

Herr Sarrazin hat das im Hauptausschuss beziffert,

[Gelächter und Gejohle bei der CDU]

unwiderrspochen. Sie hatten im Haushalt 2001 einen Fehlbetrag von 100 Millionen € geplant. Per Saldo waren es nachher in der Jahresrechnung 5,3 Milliarden €. Das lag unter anderem daran, dass Sie 5 Milliarden DM, also 2,5 Milliarden € Verkaufserlöse dort eingestellt hatten, was überhaupt nicht realisierbar war. Sie machen das

(D)

**Gaebler**

(A) Gleiche, Sie machen die Eberhard-Diepgen-Politik von 16 Jahren hier weiter.

[Zurufe von der CDU]

Das ist keine seriöse Haushaltspolitik. Das wird auch dem Verfassungsgericht nicht gerecht. Ich frage Sie: Wie viel Ehrfurcht haben Sie eigentlich vor dem Verfassungsgericht, wenn Sie sich hier hinstellen und behaupten: Mit solch einer Luftnummer machen wir einen verfassungsmäßigen Haushalt. – ?

[Beifall bei der SPD und der PDS –  
Goetze (CDU): Das ist Geschichtsklitterung,  
eine Unverschämtheit!]

Herr Müller hat vorhin schon darauf hingewiesen, wir warten immer noch auf die Sternstunde der Opposition, die solche Misstrauensanträge eigentlich sein sollten.

[Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Es handelt sich hier um die klassische Pflichtübung der Opposition, einer Opposition, der außen Klagen, Missbilligungen und Parolen nichts, aber auch gar nichts mehr einfällt. Ich bedauere es außerordentlich, Herr Zimmer: Sie haben jetzt noch einmal den Mentalitätswechsel beim Regierenden Bürgermeister eingefordert, der ja wohl der Erfinder dieses Mentalitätswechsels ist –

[Zurufe von der CDU]

(B) Sie sind in Ihren Reden heute zurückgekehrt zum „Bürgermeister der Herzen“, zu Eberhard Diepgen, voll auf der Linie – Herr Steffel ist heute nicht da, er würde sich sonst wahrscheinlich freuen, dass Sie da in der Kontinuität stehen. Ich glaube, da weiß die Stadt, was Sie am Regierenden Bürgermeister hat und weshalb Sie nicht mehr in der Regierung sitzen.

[Beifall bei der SPD und der PDS –  
Hoffmann (CDU): Die Stadt weiß es, ja! –  
Weitere Zurufe von der CDU]

Das Verfassungsgerichtsurteil hat für alle, die in diesem Land politisch arbeiten, Denkaufgaben gestellt, wie es weitergehen soll. Das betrifft natürlich die Regierungsfractionen, die diesen Haushalt beschlossen haben, der für verfassungswidrig erklärt wird, es betrifft aber auch andere, die vielleicht einmal in die Regierung kommen wollen.

[Zuruf des Abg. Matz (FDP)]

An der Stelle ist Schadenfreude in beide Richtungen, das will ich gern konstatieren, nicht ganz angebracht, aber es muss sich jeder über seine Rolle und seine Verantwortung klar werden. Wenn Sie jetzt verzweifelt versuchen, einen letzten Rest von Profil durch die Instrumentalisierung dieser verunglückten Klage zu gewinnen, dann ist das auch keine Achtung vor dem Verfassungsgericht.

[Zurufe der Abgn. Gram (CDU)  
und Frau Dr. Klotz (Grüne)]

Das muss man hier ganz klar festhalten. Sie versuchen, das Verfassungsgericht für Ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren.

[Gram (CDU): Etwas mehr Respekt vor dem Gericht!]

(C) Das ist Ihnen schon mit der Klage nicht gelungen und das wird Ihnen auch in den nächsten Wochen und Monaten nicht gelingen. Sie werden an dem gemessen, was auf Ihre Klage als Urteil ergangen ist, nicht nur die Regierungsfractionen, sondern auch die Opposition. Wir sind sehr gespannt auf die nächsten Wochen und das, was wir von Ihnen zu sehen bekommen.

Das Gericht hat geltendes Recht und herrschende Rechtsauffassung weiterentwickelt, Herr Ratzmann hat vorhin darauf hingewiesen, es hat quasi neues Recht geschaffen. An dieser Stelle ist es erstaunlich, wenn Herr Ratzmann selbst konstatiert, dass neues Recht geschaffen oder zumindest das Recht weiterentwickelt worden ist, dass Sie gleichzeitig sagen, verantwortlich sei der Regierende Bürgermeister, weil er nicht quasi prophetische Gaben gehabt und dieses vorhergesehen hat.

[Wellmann (CDU): Da bringen Sie etwas  
durcheinander! – Cramer (Grüne): Herr  
Wowereit hat uns etwas ganz anderes erzählt!]

Was Sie ihm vorgeworfen haben, auch damals in der Plenardebatte, war etwas anderes. Sie haben nicht gesagt, es sei nicht ausreichend begründet, warum unter der extremen Haushaltsnotlage möglicherweise diese oder jene Ausgabe noch getätigt werden darf. Sie haben ausdrücklich gesagt, es liege keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vor und deshalb sei eine solche Diskussion gar nicht zulässig. Ihre Anträge sind aber darüber hinaus insofern bezeichnend, weil Sie nicht nur mit Argumenten versuchen zu begründen, weshalb Sie das Misstrauen aussprechen wollen, sondern tatsächlich auch vor Fälschung des Plenarprotokolls nicht zurückschrecken.

[Wegner (CDU): Was? Jetzt ist aber Schluss! –  
Zurufe von der CDU: Frau Präsidentin!]

Deshalb will ich Ihnen das kurz vortragen. Ich lese es Ihnen vor, damit Sie genau wissen, worum es geht. Sie haben in Ihrer Begründung für den Antrag aus dem Plenarprotokoll Senator Sarrazin zitiert:

Ich habe die entsprechende Verfassungsbestimmung zitiert, die wir nicht einhalten. In diesem Sinne ist der Haushalt objektiv rechtswidrig.

[Wellmann (CDU): Das ist doch klar genug!]

Punkt, Ende, Anführungsstriche oben. – Jetzt darf ich Ihnen aber einmal das echte Plenarprotokoll vorlesen:

[Henkel (CDU): Hier gibt es zwei? –  
Zuruf des Abg. Dr. Lindner (FDP)]

Ich habe die entsprechende Verfassungsbestimmung zitiert, die wir nicht einhalten. In diesem Sinne ist der Haushalt objektiv rechtswidrig

– dann stehen im Protokoll zwei Gedankenstriche, weil die CDU-Fraktion so laut dazwischengebrüllt hat. Es geht weiter mit:

Komma – der Satz ist noch nicht zu Ende, ob in Berlin ein gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht im

## Gaebler

(A)

Sinne der Verfassung herrscht, ist eine Sache, über die man unterschiedliche Meinungen haben kann. Insofern ist auch die Meinung vertretbar, dass der Haushalt wegen des Ungleichgewichts nicht verfassungswidrig sei.

[Ritzmann (FDP): Das macht es nicht besser!]

Das ist es nämlich: Lügen, Tricksen, Täuschen, das machen Sie, sogar in Ihrem Antrag, mit dem Sie begründen wollen, weshalb Sie das Misstrauen aussprechen wollen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Das finde ich peinlich, peinlich, wenn Sie sogar das Plenarprotokoll missbräuchlich und falsch zitieren, um solch einen Antrag zu begründen.

[Ratzmann (Grüne): Weiterlesen!]

Das zeigt auch, dass Sie überhaupt keine inhaltlichen Argumente haben, sondern nur versuchen, Dinge zurechtzuschieben. Auch das Zitat von Herrn Wowerit – das hat er selbst schon klargestellt –, haben Sie verkürzt. Das Zitat von Herrn Zimmer möchte ich Ihnen aber auch nicht vorenthalten.

[Wellmann (CDU): Sie machen alles noch schlimmer!]

Herr Zimmer hat nämlich gesagt:

Die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts muss erst vorliegen und erkennbar sein. Danach kann mit Hilfe des Haushalts eine Abwehr eingeleitet werden.

(B)

Nun lesen wir im Gerichtsurteil:

Die Annahme und Darlegung des Berliner Haushaltsgesetzgebers zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens für das Haushaltsgesetz 2002/2003, dass im Land Berlin das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ernsthaft und nachhaltig gestört sei, ist verfassungsrechtlich allerdings nicht zu beanstanden.

– Herr Zimmer, wo ist nun der Grund für diesen Misstrauensantrag? – Ich verstehe es nach wie vor nicht. Sie haben es hier nicht deutlich gemacht.

[Zurufe der Abgn. Cramer (Grüne)  
und Goetze (CDU)]

Als Letzten darf ich noch Herrn Schruoffeneger zitieren,

[Schruoffeneger (Grüne): Immer gut!]

und damit wird der Misstrauensantrag zumindest gegen Herrn Wowerit noch absurder. – Herr Schruoffeneger sagte zu dem, was Herr Wowerit gesagt hat:

Herr Wowerit, das ist hier nicht von Belang.

Darauf bauen Sie nun einen Misstrauensantrag auf

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Das ist ja ein toller Zusammenhang!]

und sagen, es sei ein Skandal, dass der Regierende Bürgermeister so etwas gesagt hat.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Oh Mann!]

(C)

Meine Damen und Herren von den Grünen! Sie müssen sich einigen, was Sie wollen und worauf es Ihnen ankommt. Wenn man sich tatsächlich die Mühe macht, Ihre Anträge Ernst zu nehmen, und nachliest, worauf Sie sich beziehen, merken wir, es gibt keine Substanz, es ist nichts daran. Insofern werden wir Ihre haltlosen Misstrauensanträge ablehnen.

[Beifall bei der SPD und der PDS –  
Gram (CDU): Ach nee! –

Frau Dr. Klotz (Grüne): Das überrascht mich jetzt! –  
Zuruf des Abg. Schruoffeneger (Grüne)]

Zu den anderen Anträgen. Diese Anträge sind hilfloses Getöse einer Opposition, die wie die Zauberlehrlinge die Geister, die sie rief, nicht mehr los wird.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Das ist ein Zitat,  
das muss man kennzeichnen!]

– Ja, ich gebe gern zu, dass ich hier Herrn Wechselberg sinngemäß zitiert habe, wir arbeiten in der Koalition gut zusammen, wie Sie sehen, und gönnen uns gegenseitig auch die Zitate.

[Henkel (CDU): Seid ihr auch Brüder im Geist?]

Nun zum Antrag der FDP: Die FDP beantragt, sage und schreibe 17 Gesetze vollständig in jedem Satz darauf überprüfen zu lassen, ob sie verfassungsgemäße oder verfassungswidrige Ausgaben verursachen.

[Ritzmann (FDP): Was denn sonst?]

Herr Dr. Lindner, das ist ein Beschäftigungsprogramm für den öffentlichen Dienst, den Sie radikal abbauen wollen. Wer soll eigentlich diese Arbeit machen, wenn Sie ein Drittel der Mitarbeiter abbauen wollen? Wer soll das vor allem auswerten? – Sie lesen noch nicht einmal die Vorlagen, die Sie hier im Abgeordnetenhaus erhalten – das haben wir vorhin bei der Finanzplanung gesehen. und das wird sicher auch nicht dadurch besser, dass man Ihnen noch einmal einen Stapel Papier dazupackt.

[Matz (FDP): Es wäre Ihre Aufgabe gewesen,  
den Haushalt zurückzuziehen!]

Bei der CDU: Zurückziehen des Haushalts, auch Pflichtübung der Opposition, keiner weiteren Erwähnung wert.

Aber nun noch ein Wort zur Enquete-Kommission. Enquete-Kommissionen sind Einrichtungen, von denen sich das Parlament über aktuelle Tagesfragen hinaus beraten lassen soll, wo man sich Sachverstand holt

[Wellmann (CDU): Den haben sie bitter nötig!]

und in Ruhe und mit viel Zeit darüber redet, wie Zukunftsaufgaben gelöst werden können.

[Henkel (CDU): Dann haben Sie wenigstens  
einen Antrag verstanden!]

Was heißt das denn, Herr Zimmer? Wollen Sie über ein oder zwei Jahre keinen Haushalt beschließen? – Denn Sie haben gesagt, Sie wollten die Ergebnisse abwarten, weil

(D)

**Gaebler**

(A)

Sie sonst selbst nicht wissen, ob der nächste Haushalt verfassungswidrig ist oder nicht. Herr Zimmer, das müssen Sie uns erklären, diese Schiebeverfügung. Wann sollen die Haushaltsberatungen Ihrer Meinung nach wieder aufgenommen werden: während der Enquete-Kommission, das wäre eine Missachtung derselben, am Ende der Enquete-Kommission, dann haben Sie im nächsten Jahr haufenweise freie Träger und andere Betroffene, deren Verträge nach Artikel 89 VvB nicht verlängert werden können. Dazu haben Sie heute leider nichts gesagt, aber ich fürchte, Sie werden es uns auch in Zukunft nicht erklären können. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen, aber er wird im Hauptausschuss vermutlich erst einmal beraten werden.

[Goetze (CDU): Da wird er sicher eine Mehrheit finden!]

Der Antrag, den SPD und PDS, übrigens mit Unterstützung der Grünen, in leicht veränderter Fassung im Hauptausschuss beschlossen haben, ist das, was aktuell angesagt ist, nicht mehr und auch nicht weniger. Alles andere müssen dann die weiteren Diskussionen zeigen. Ich bedauere allerdings, dass es Bündnis 90/Die Grünen es dann doch nicht lassen konnten, einen eigenen Antrag einzubringen, mit dem sie meinen, eigene Akzente zu setzen.

[Matz (FDP): So sehr haben Sie die Hosen voll!]

(B)

– Nein, jeder kann Anträge einbringen, wie er will,

[Zuruf von der CDU: Oh, danke!]

aber er muss sich dann auch fragen lassen, was das überhaupt soll. Der erste Satz schon: Das Abgeordnetenhaus begrüßt das Urteil des Landesverfassungsgerichts über die Verfassungswidrigkeit.

[Beifall des Abg. Gram (CDU)]

Mag ja sein, dass Sie zufrieden sind, dass Sie Ihre Klage gewonnen haben, aber dass ein Abgeordnetenhaus es begrüßen soll, dass ein Haushalt für verfassungswidrig erklärt wird, das ist schon eine Nummer –

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Das steht da nicht!]

– Doch! Das steht hier wortwörtlich drin. Lesen Sie es sich durch!

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Das mit dem Zitieren müssen Sie noch einmal üben!]

Wenn der Haushalt verfassungswidrig ist und das aus dem Urteil hervorgeht, heißt das doch wohl, dass man das begrüßt.

[Dr. Lindner (FDP): Heißt es nicht! – Weitere Zurufe von der CDU und den Grünen]

Und das andere: Das Abgeordnetenhaus appelliert an alle Beteiligten, das Urteil des Verfassungsgerichts nicht länger politisch zu instrumentalisieren. – Dass ausgerechnet Sie, Herr Ratzmann, so etwas unterschreiben, nachdem Sie hier Ihren Vortrag gehalten haben, ist nun hochgradig lachhaft.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Er hat vorher unterschrieben!]

(C)

Gilt das jetzt für die Zukunft? – Haben Sie sich gesagt: Heute schlagen Sie noch einmal richtig zu, dann beschließen wir den Antrag, und dann ist es vorbei mit der Instrumentalisierung. –? Also, wie ernst nehmen Sie sich eigentlich noch?

[Ratzmann (Grüne): Sehr ernst!]

Ich weiß, dass Sie im Gegensatz zu den Herren und den zwei Damen von der FDP Schwierigkeiten haben, so einfach und platt zu sagen: „Wir streichen jetzt alles zusammen!“ Sie haben ja auch gezögert, ob Sie wirklich zum Verfassungsgericht gehen sollen, um ein Urteil zu erwirken. Sie haben die Klage auf Nichtigkeit des Haushalts zurückgezogen. Leider hat das Gericht dann trotzdem bestätigt, dass der Haushalt nichtig ist.

Herr Ratzmann, ich glaube, diese Gratwanderung werden Sie nicht mehr sehr lange durchhalten. Deshalb biete ich Ihnen von Seiten der SPD-Fraktion an: Wir wollen, dass man sich auf Kriterien zu verständigen versucht, mit denen man Haushaltsberatungen zukünftig führen und mit denen man sich in Haushaltsberatungen auseinandersetzen kann, aber nicht, dass man ständig sagt: „Entweder macht ihr das, oder ich gehe zum Verfassungsgericht!“ – Ansonsten können wir in diesem Parlament keine politischen Diskussionen mehr führen.

[Frau Oesterheld (Grüne): Sie führen doch gar keine! – Zuruf des Abg. Cramer (Grüne)]

Das geht ausdrücklich an Sie, weil Sie sich immer noch – wie Kollege Eßer es ebenfalls deutlich gemacht hat – am seriösesten damit auseinandergesetzt haben. Bei der CDU sehe ich da keinen Ansatz, sonst sind Sie selbstverständlich auch herzlich willkommen, sich an so etwas zu beteiligen. Bei der FDP fehlt, so glaube ich, der Wille dazu, weil die Wahrheiten ja so einfach sind, die Herr Lindner zu verbreiten hat.

(D)

[Gram (CDU): Herr Lindner, Sie dürfen nicht mitspielen!]

– Nein, Herr Lindner kann selbstverständlich auch mitspielen, aber er hat das wohl aus seiner Sicht nicht nötig.

Insofern halte ich fest: Die Koalition hat in der Vergangenheit schmerzhaft, aber sozial verantwortbare Konsolidierungsschritte vorgelegt. Sie wird das in den nächsten Wochen entsprechend den Urteilsvorgaben ergänzen. Sie sind herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen und konstruktiv für die Stadt Politik zu machen. Das wäre dann tatsächlich Verantwortungsbewusstsein statt leerer Phrasen. Das ist heute mehr angesagt als billige Misstrauensanträge. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der PDS – Wegner (CDU): Endlich fertig!]

**Vizepräsidentin Michels:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Lindner. – Bitte sehr!

**Dr. Lindner (FDP):** Herr Gaebler, an dem Grünen-Antrag gäbe es sicherlich eine Reihe von Punkten zu kritisieren, wofür jetzt nicht die Zeit ist. Aber das zu kriti-

**Dr. Lindner**

(A)

sieren bzw. daran herumzufummeln, das ist Unsinn: Es ist schon ein Unterschied, ob man ein Urteil und die damit einhergehende Klarstellung begrüßt oder ob man es begrüßt, dass der Haushalt verfassungswidrig ist. Es sollte selbst Ihnen möglich sein, diese Unterschiede zu erkennen.

[Cramer (Grüne): Offensichtlich nicht!]

Aber lassen Sie mich noch auf einige Vorredner eingehen! Herr Liebich, Sie haben gesagt – und das fand ich eines der wenigen Stücke, auf die einzugehen lohnt –, die sozialen Standards, von denen Sie teilweise glauben, sie aus der Landesverfassung herleiten zu können, seien quasi ein unveränderbares Niveau und sie würden dafür kämpfen, dass sie nicht auf das durchschnittliche Niveau der anderen Länder absinken. Dazu sagen ich Ihnen: Das ist eine solche Arroganz gegenüber den Ländern, die genauso Probleme haben und von denen wir Geld im Länderfinanzausgleich beziehen. – Ein Land wie Hessen hat auch eine Großstadt wie Frankfurt mit sozialen Brennpunkten. Eine Stadt wie Hamburg besteht auch nicht nur aus Pöselndorf und der Binnenalster, sondern auch aus St. Georg und Altona. Da gibt es ebenfalls Schwierigkeiten, die man dort genauso lösen muss. – Sie werden es kaum glauben: Auch dort gehen Kinder in Schulen und Kindergärten, und dort gibt es genauso alleinerziehende Mütter und Sozialhilfeempfänger.

(B)

Mit welchem Recht maßen wir uns in dieser Stadt an, zu sagen: „Dies interessiert uns nicht, wir haben unsere Berliner Standards in allen Bereichen. Über die diskutieren wir noch nicht einmal!“?

[Doering (PDS): Doch! Wieso erhöhen wir die Kitagebühren?]

Wir sollen noch nicht einmal darüber diskutieren, dass jemand auf das Niveau abgesenkt wird, das andernorts den Leuten recht und billig ist, die das Geld erwirtschaften, das wir genau für diese Einrichtungen dann ausgeben. Das kann es nicht sein. In dieser Frage haben wir in diesem Haus tatsächlich einen fundamentalen Unterschied.

[Liebich (PDS): Was folgt bei Ihnen daraus?]

– Es folgt daraus, dass wir teilweise diese Niveaus auf das durchschnittliche Niveau der anderen Länder absenken wollen. Das ist doch ganz klar!

[Beifall bei der FDP –

Liebich (PDS): Auch im Kitabereich?]

– Im Sozialbereich! Und ich sage Ihnen: Auch im Kitabereich werden wir uns diesem Vergleich stellen müssen. Selbstverständlich! Ja, ja, ja!

Jetzt zur Wohnungsbauförderung: Dass Sie sich trauen, die überhaupt in den Mund zu nehmen! Es ist doch bisher mit Ausnahme einer Entscheidung alles in die Hose gegangen. Sie haben doch nur negative Entscheidungen bekommen. Woher haben Sie denn da Ihr Geld gezogen? – Außerdem brauchen Sie das uns nicht zu erzählen. Wir, die FDP, waren die einzige Partei in den 70er Jahren – daran können Sie sich vielleicht nicht so erinnern –, die

sich in diesem Hause klar gegen die Objektförderung ausgesprochen hat. In diesen Fragen brauchen wir von Ihnen keinen Nachhilfeunterricht. (C)

[Doering (PDS): Und nun versuchen wir zurückzufahren!]

Aber da war wahrscheinlich auch mehr so ein Blöcken im Saal: „Na ja, die FDP mit ihrer sozialen Kälte!“ – und so ein Zeug. – Hätten Sie damals auf die FDP gehört, dann hätten wir diese gesamte Anschlussförderung überhaupt nie gehabt.

[Beifall bei der FDP –

Doering (PDS): Nein, wir versuchen zurückzufahren!]

Herr Wowereit! Das war eine Mischung aus Wahrnehmungsstörung und Dünnhäutigkeit, was Sie hier geboten haben. Mehr war es nicht. Sie setzen sich jetzt hierhin und sagen: Das ist eine Bestätigung unserer Senatspolitik. – Lesen Sie denn nicht, was darin zur Strukturiertheit und zur Begründetheit Ihres Etats steht? – Da kann man doch nicht sagen, das sei eine Bestätigung der Senatspolitik. Das ist mir völlig rätselhaft.

Dass Sie uns einerseits fragen: „Wo sind die Konzepte?“, aber dann sagen, sie hätten ab dem sechsten unserer konkreten Vorschläge aufgehört, mitzuschreiben, so geht es nicht. Sie können auch nicht sagen, wir – die FDP – wollen 30 000 rausschmeißen.

[RBm Wowereit: 30 % – das sind mehr!]

– 30 %! – Ich habe Ihnen dezidiert wie in jeder Rede immer wieder klar gemacht: Es geht nicht, dass man 30 % rausschmeißt, sondern es ist ein strukturiertes Vorgehen aus Deregulierung, Verwaltungsreform, Stellenpoolmanagement, Altersteilzeit und betriebsbedingten Kündigungen erforderlich. – Da müssen Sie einmal zuhören, wie das funktioniert. Von Rausschmeißen war gar nicht die Rede, sondern ein strukturiertes und systematisches Vorgehen genau in dieser Reihenfolge ist Voraussetzung für eine dauerhafte Konsolidierung. (D)

Es ist doch klar, Herr Wowereit, und das müssen auch Sie einsehen: Wir können doch nicht dauerhaft die Leute unterbezahlen und ihnen die Weihnachtzulagen und Ähnliches streichen. Das ist keine Perspektive. Das weiß der Innensenator am besten. Es gibt Sicherheitsbehörden in seinem Bereich, die Konkurrenz auf Bundesebene haben, und da wandern die Leute hin. Das kann nicht das Konzept sein. Vielmehr müssen Stellen auch radikal abgebaut werden, um die vorhandenen Mitarbeiter wiederum anständig bezahlen zu können.

Herr Wowereit, wenn Sie dann an meine Adresse sagen: „Jemand wie Sie geht dann wieder zum Verfassungsgericht!“, so antworte ich Ihnen: Das haben wir uns bereits damals nicht leicht gemacht, und wir werden es uns auch in Zukunft nicht leicht machen. Wir verlangen aber, dass Sie die Lehren aus diesem Urteil ziehen und dass Sie endlich auch einmal einen etwas anderen Umgang mit der Opposition pflegen. Es kann doch nicht sein,

**Dr. Lindner**

(A) dass Sie alle Vorschläge, die kommen, einfach wegblasen. So haben sich beispielsweise gestern im Hauptausschuss bei der Beratung über den Stellenpool die Regierungsfaktionen einer vernünftigen Diskussion verweigert. Man hat bis zwei Minuten vor dem regulären Ende der Sitzung Experten angehört und dann gesagt: „Jetzt diskutieren wir darüber nicht mehr.“ – Das ist eine Vorgehensweise, die direkt wieder zum Verfassungsgericht führt.

[Doering (PDS): Es ist diskutiert worden,  
aber Sie sind hinausgegangen!  
Das ist ein Wahrnehmungsproblem!]

Lassen Sie mich noch Folgendes sagen: Ich glaube, dass bei der FDP-Fraktion, aber auch bei anderen Oppositionsfaktionen der Oppositionszuschlag in sechsstelliger Höhe sicher etwas sinnvoller eingesetzt wurde, als die zig Millionen, die Sie in Ihren Senatsverwaltungen „verbrauchen“ haben, ohne dass etwas Vernünftiges herausgekommen ist.

[Beifall bei der FDP]

**Vizepräsidentin Michels:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie bitte den Hinweis: Ihre Redezeit ist um!

**Dr. Lindner (FDP):** Die Redezeit ist um. Frau Präsidentin, gestatten Sie mir noch einen Satz in Richtung Ihres Fraktionsvorsitzenden, denn das fand ich schon lustig am Ende! – Herr Liebich, Sie haben gesagt: „Wir haben einen Plan.“ – Einen Plan – den hatten auch Herr Ulbricht, Herr Honecker und all die anderen Vorgänger und Parteivorsitzenden bei Ihnen.

[Doering (PDS): Das war niveaulos!]

Und genau so, wie die mit ihren Plänen gescheitert sind, werden Sie auch mit den Plänen, die Sie uns hier vorgelegt haben, auf Grundeis stoßen. Spätestens 2006 ist Schluss damit.

[Beifall bei der FDP]

**Vizepräsidentin Michels:** Danke schön! – Für die PDS-Fraktion hat der Abgeordnete Wechselberg das Wort. – Bitte sehr!

**Wechselberg (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Berliner Verfassungsgerichtshof hat ein Urteil gefällt, – das ist hier zu Recht festgestellt worden – das in seiner Reichweite kaum überbewertet werden kann. Jeder Gesetzgeber, egal ob in Berlin oder anderswo in dieser Republik, unterliegt ab sofort einem dramatisch verschärften Legitimationszwang, wenn Lasten der Gegenwart durch Kreditaufnahme in die Zukunft verschoben werden sollen. Das Berliner Verfassungsgericht hat Rechtsgeschichte geschrieben, und die Politik ist vor eine völlig neue qualitative Herausforderung gestellt worden. Nicht die Möglichkeit der Kreditaufnahme selbst wurde eingeschränkt, sondern der Zwang zur Darlegung auferlegt, welchem Zweck diese dient und warum sie unvermeidlich ist. Dies ist richtig und konsequent und unterstützt in vielfacher Hinsicht den politischen Neubeginn in diesem Land, dem Rot-Rot sich verpflichtet hat. Jeder Schritt, der das alte Berlin tiefer unter die Erde bringt und

die Notwendigkeit der Erneuerung dieses Landes bekräftigt, findet unseren Respekt und unsere politische Würdigung, und das gilt selbst dann, wenn unsere eigenen Anstrengungen berechtigterweise für unzureichend befunden worden sind.

[Beifall bei der PDS]

Vor diesem Hintergrund ist allerdings das Triumphgeheul der Opposition völlig unangemessen. Es passt nicht in den Plenarsaal eines Haushaltsnotlagelandes, das mit einer existentiellen finanzpolitischen Krise ringt, wenn man versucht, daraus einen kleinkarierten politischen Erfolg zu machen, dass kein einziger Berliner Landshaushalt seit 1993, ja überhaupt kein Haushalt, der sich je auf verfassungsrechtliche Ausnahmebedingungen wie die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts berufen hat, den erweiterten Kriterien genügt hätte, die das Berliner Verfassungsgericht in der bewussten Schaffung neuen Rechts für die erforderlichen Begründungszusammenhänge aufgestellt hat. Dieses Urteil verlangt nach einer ernsthaften Auseinandersetzung und einer sorgfältigen Abwägung der notwendigen Folgen für die Berliner Haushaltspolitik, nicht nach dem kleinen parteipolitischen Karo. Dafür stehen zu gewichtige Interessen des Landes auf dem Spiel. Diese werden wir mit aller Entschlossenheit vertreten.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

(D) Die rot-rote Landesregierung hat dem Haushaltsnotlageland Berlin ein drastisches Sanierungsprogramm verordnet. Keinem anderen Bundesland gelingt eine vergleichbare Absenkung seiner Ausgaben, wie wir dies in Berlin ermöglichen. Schmerzliche Einschnitte in gewohnte öffentliche Leistungen und in institutionalisierte Besitzstände sind für dieses Bundesland unvermeidlich. Seitdem diese Koalition regiert, führen wir eine entsprechende öffentliche Auseinandersetzung um diesen Konsolidierungskurs. Ein „Weiter so“ kann es für dieses Land nicht geben. Wir ziehen deshalb mit großer Entschlossenheit die notwendigen Konsequenzen aus der Tatsache, dass Berlin zwar Einnahmen hat, die um 25 % über dem Bundesdurchschnitt liegen, aber zugleich Ausgaben, die um 50 % das Niveau anderer Bundesländer überschreiten. Es ist auf Dauer untragbar, dass Berlin mehr als ein Viertel seiner laufenden Ausgaben durch Kredite finanziert. Wir müssen deshalb sicherstellen, dass Berlin mit den Einnahmen auf Dauer auskommt, die es hat, und die finanzpolitischen Altlasten bewältigt werden, die aus den Fehlern der Vergangenheit resultieren. An unserer Entschlossenheit hierzu lassen wir keinen Zweifel.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Wir senken deshalb die Berliner Ausgaben so zügig wie möglich auf das Niveau vergleichbarer Stadtstaaten ab und werden durch unsere Konsolidierungspolitik erreichen, dass Berlin am Ende dieser Legislaturperiode erstmals seine laufenden Ausgaben ohne Zinslasten selbst tragen und ohne zusätzliche Kreditaufnahme finanzieren kann.

**Wechselberg****(A)**

Wir sehen uns im Hinblick auf diese Anstrengungen durch das Urteil des Verfassungsgerichts gestärkt. Wer sich notwendigen Sanierungsschritten verweigert, wie dies die versammelte Opposition und Teile der Berliner Öffentlichkeit in allen Einzelfragen tun, egal ob es um Kitagebühren oder vertretbare Einschnitte für den Wissenschaftsstandort geht, hat nach diesem Urteil dramatisch an politischer Legitimation verloren. Die Sanierung dieser Stadt ist ab sofort mit der besonderen Autorität des Berliner Verfassungsgerichts verbunden, und wir begrüßen diese Unterstützung.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Vielfach wird in der Öffentlichkeit die Frage gestellt, ob das Urteil des Verfassungsgerichtshofs nun dazu zwingt, den Sanierungskurs, den Rot-Rot in Berlin verfolgt, zu verschärfen. Diese Frage ist folgerichtig und ihre schlüssige Beantwortung die zentrale Aufgabe der Berliner Politik in den nächsten Wochen. Das Berliner Verfassungsgericht zwingt uns bezogen auf den Doppelhaushalt 2004/2005 zu einer intensiven Prüfung unserer Ausgabenpolitik, und dieser Aufgabe werden wir sorgfältig nachkommen. Das Urteil stellt hierzu fest, dass ein Haushaltsnotlageland mit einem tiefgreifend gestörten wirtschaftlichen Gleichgewicht, wie Berlin dies uneingeschränkt ist, zwar die Kreditobergrenze überschreiten kann und muss und damit den verfassungsrechtlichen Normbereich ausdehnen darf, bis eigene Anstrengungen und Sanierungshilfen des Bundes und der anderen Länder die Finanzen gesunden lassen. Bis dahin allerdings kann es nur noch Ausgaben tätigen, die, so das Urteil, bundesgesetzlichen Vorgaben entsprechen oder landesverfassungsrechtlich zwingend sind. Damit wird ein massiver Druck auf zentrale Ausgabenbereiche ausgeübt, an dem in besonderem Maße die Zukunft dieser Stadt und die Interessen der Berlinerinnen und Berliner hängen. Wir reden hier nicht über die kleineren Unschärfen des Berliner Landeshaushalts, beispielsweise die Frage, ob es neue Polizeifahrzeuge oder Architekturgespräche geben muss, sondern über die Kitaausstattung Berlins, den Kultur- und Wissenschaftsstandort, die besonderen Anforderungen an die innere Sicherheit der Stadt und die Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen Berliner Sozialstaats. Und wir reden über die Frage, in welchem Maße sich Berlin noch Investitionen in die Zukunft leisten kann. Es ist ein Trauerspiel, dass die Opposition sich erst jetzt bewusst zu werden scheint, welche Dammbrüche für all jene Bereiche möglich werden könnten, an denen existentielle

**(B)**

Interessen dieses Landes hängen und die Sie so gern zum Gegenstand Ihrer Sonntagsreden machen. Sie beklagen die Wassermassen, die all jene Politikbereiche zu überschwemmen drohen, an denen die Lebensfähigkeit und Qualität Berlins hängt, wenn es uns nicht gelingt, belastbare und verfassungskonforme Begründungszusammenhänge für diese Ausgaben zu entwickeln.

Die rot-rote Landesregierung konsolidiert diesen Landeshaushalt mit großer Entschlossenheit, aber wir stehen auch schützend vor jenen sensiblen Ausgabenbereichen, die von überragender Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft dieser Stadt sind. Wir werden nicht zulassen,

dass der Wissenschaftsstandort oder die soziale Infrastruktur mit der Feststellung, dass diese nicht zwingend seien, eingeebnet und zum Steinbruch gemacht werden, um damit jene Ressourcen dieses Landes zu verschütten, aus denen allein die Zukunftsfähigkeit Berlins entstehen kann.

**(C)**

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Selbst einem Haushaltsnotlageland, das auf Hilfen von außen angewiesen ist, kann nicht zugemutet werden, jene Potentiale zu zerstören, die es für seine Gesundung braucht. Dies werden PDS und SPD auch nicht zulassen, sondern alle Kraft darauf verwenden, die Verfassungskonformität der Ausgabenbegründung in diesen zentralen Bereichen sicherzustellen.

Wer allerdings weiter reichende Einschnitte bei der Kitaausstattung, dem Kultur- und Wissenschaftsstandort oder den sozialen Leistungen für notwendig hält, als diese ohnehin schon vorgesehen sind, soll das sagen. Wir stellen uns mit großer Entschlossenheit und im Interesse der Berlinerinnen und Berliner diesen Argumenten von innen und außen, denn wir sind von der politischen und verfassungsrechtlichen Belastbarkeit unserer Sanierungsstrategie für dieses Land überzeugt.

Dem Doppelhaushalt 2004/2005 und der Klage Berlins vor dem Bundesverfassungsgericht sind sowohl die Konzeption eines umfangreichen Sanierungsprogramms als auch umfassende verfassungsrechtliche Abwägungen zu Grunde gelegt worden. Berlin muss insbesondere im Zusammenhang mit der Klage auf mindestens 35 Milliarden € Sanierungshilfen gegen den Bund und die anderen Länder eindeutig bestimmen, welche Einschränkungen ihm zuzumuten sind und welche nicht. Genau das ist auch geschehen. Der vorliegende Haushaltsentwurf für die beiden kommenden Jahre erfüllt deshalb in einem viel höheren Maße die Vorgaben des Berliner Verfassungsgerichts und stellt eine wesentlich bessere Begründungsgrundlage vor, als sie bisher bestand. Vor diesem Hintergrund sehen wir sehr wohl den umfassenden Überarbeitungsbedarf des vorliegenden Haushalts, nicht aber den Zwang zur Verschärfung unserer Sanierungsstrategie.

**(D)**

Die Opposition stellt mit den Misstrauensanträgen gegen den Regierenden Bürgermeister und den Finanzsenator die Machtfrage in diesem Land. Damit stellen Sie auch die Frage, ob Sie in diesem merkwürdigen grün-schwarz-gelben Bündnis in der Lage sind, die finanzpolitischen Probleme dieses Landes zu bewältigen. Wir erleben hierzu seit Monaten, wie Sie sich jedem einzelnen Sanierungsschritt von Rot-Rot widersetzen und an die Stelle konkreter Antworten eine unselige Phrasendrescherei über Investitionen, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze stellen. Wenn Ihnen unsere Sanierungsstrategie für dieses Land missfällt, wo ist denn dann Ihre? Welche Einschnitte wollen Sie den Berlinerinnen und Berlinern zumuten? An welche Bereiche wollen Sie heran?

[Beifall bei der PDS und der SPD]

**Wechselberg**

(A) Wir stellen dieser Konzeptionslosigkeit der Opposition eine Sanierungsstrategie mit Entschlossenheit und Augenmaß entgegen, die sowohl den Ansprüchen des Verfassungsgerichtshofs als auch den grundlegenden Interessen der Berlinerinnen und Berliner entsprechen wird. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

**Vizepräsidentin Michels:** Danke schön! – Das Wort für die Fraktion der Grünen hat nunmehr Herr Abgeordneter Eßer. – Bitte sehr!

**Eßer** (Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde das erst einmal begrüßenswert, dass zumindest in einigen Reden von Seiten der Regierungskoalition – bei Herrn Liebich habe ich einiges gehört, bei Herrn Müller sehr vieles und das eine oder andere auch vom Regierenden Bürgermeister – eine Nachdenklichkeit eingetreten ist, die wir uns eigentlich schon die ganze Woche gewünscht hätten. Denn Ihre ersten Äußerungen zu dem Verfassungsurteil waren völlig anderer Art. Ich will mich damit nachher durchaus ernsthaft auseinandersetzen. Es gab dann aber gerade eben wieder eine Rede des Kollegen Gaebler, der sagte, er verstehe überhaupt nicht die Aufregung; er war wieder voll auf der Linie: Wir fühlen uns mit allem, was wir bisher gemacht haben, voll bestätigt. – Damit das jetzt einmal vielleicht endlich ein Ende hat, diese ganze Diskussion, wer ist hier in welcher Art und Weise bestätigt: Hier ist niemand, glaube ich, rundum bestätigt worden. Das Verfassungsgericht hat sich – wie es sich gehört – als ein autonomes, höchstes Gericht des Landes Berlin erwiesen und war niemandes Büttel, auch nicht der der Opposition.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Damit das einmal klar ist, sage ich dazu jetzt nur ein einziges Zitat. Der Kernsatz lautet für mich eindeutig:

Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Kreditbegrenzungsgebot lagen weder im Hinblick auf die Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch unter dem Gesichtspunkt einer extremen Haushaltsnotlage vor.

Das ist doch eine eindeutige Aussage. Manchmal sitzt man hier in der Debatte und fragt sich, wer hier verurteilt worden ist. Als gäbe es irgendwie gar keinen, dabei gab es einen Antragsteller und einen Antragsgegner, und wer hier zumindest im Kern Recht bekommen hat, ist klar. Am tollsten haben das Herr Wolf, Herr Strieder und Frau Knake-Werner getrieben mit der Behauptung, die Opposition sei schuld an all dem Ungemach, das jetzt über Berlin hereinbreche.

[Sen Strieder: Na klar!]

– Nein, Herr Strieder! Wissen Sie eigentlich, was Sie damit machen? Sie würdigen damit Berlins höchstes Gericht zu einem willenlosen Handlanger der Oppositionsparteien herab, was das Verfassungsgericht eindeutig, auch ausweislich des Urteils, nicht ist. Sie haben selbst auch auf Punkte hingewiesen, die völlig richtig sind: Wir wollten ein restriktiveres Urteil haben. Sie haben doch an

(C) bestimmten Stellen auch Recht bekommen gegen uns. Wir haben gesagt: In globalisiertem Zustand ist es doch völliger Blödsinn, in einer kleinen Stadt Konjunkturpolitik machen zu wollen in einer kleinen Stadt! Von da her seien Sie nicht berechtigt, wirtschaftliches Gleichgewicht in Anspruch zu nehmen und das selbst auszurufen. – Da ist das Gericht Ihnen gefolgt. Das Land Berlin ist dazu berechtigt, das zu machen. – Wir haben gesagt, Ihre Argumentation, hier sei seit 10 Jahren Stagnation, sei kein Argument, das direkt auf die konjunkturelle Entwicklung bezogen sei, und ein Passepartout. – Da ist das Gericht Ihnen gefolgt und hat gesagt: Jawohl, auch die strukturelle Dauerkrise Berlins ist ein Grund, hier eine bestimmte Verschuldungspolitik zu machen, wenn man sie richtig setzt in der Verwendung der Mittel, und damit hat es sogar die Tür geöffnet, Standortpolitik in der Frage der Verschuldung unterzubringen. Das heißt, das Gericht war sehr großzügig und hat Ihnen – wenn man so will, auch uns – meiner Ansicht nach den roten Teppich ausgelegt, allerdings unter einschränkenden Bedingungen. Die sind hier diskutiert worden, Begründungszwänge, denen wir unterliegen, alle miteinander in diesem Zusammenhang, und uns an dieser Stelle dazu ermächtigt, Berlin aus der wirtschaftlichen und finanziellen Krise zu führen. Es hat aber gleichzeitig Begrenzungen angesprochen. Auch dieses, Herr Strieder, zu Ihren Äußerungen, die Opposition sei jetzt schuld an allem Ungemach, dass diese Meinung insofern eine Zumutung ist, auch an uns Parlamentarier, an uns alle, weil sie die andere Aussage enthält, wir hätten doch besser alle miteinander weiter eine verfassungswidrige Haushaltspolitik auf Kosten zukünftiger Generationen betreiben sollen. Und dazu sage ich Ihnen, Herr Strieder, ganz klar: Das ist das Letzte, was wir Grünen wollen, das ist bekannt, und es ist das Letzte, was wir jemals machen werden.

[Beifall bei den Grünen]

Ich will hier keine Haushaltsdebatte führen – von da her sage ich Ihnen nur, weil wir immer viele Vorschläge machen und geradezu berühmt für unsere Detailversessenheit sind: Von den Konstrukteuren der Bankgesellschaft, von den Erfindern der Entwicklungsgebiete und den Konstrukteuren dieses BWB-Verkaufs, den wir beim letzten Mal diskutiert haben, mit garantierter Rendite für die Investoren, von denen lassen wir uns keinen Nachhilfeunterricht in Fragen der Haushaltspolitik geben.

[Beifall bei den Grünen, der FDP und der CDU]

(D) Meine Meinung dazu ist: Diese Sorte von Urteilscommentaren, die ein Teil bei Ihnen immer noch macht – ich dachte, der Regierende Bürgermeister gäbe vielleicht für alle eine andere Richtung vor – hat das Verfassungsgericht jedenfalls nicht verdient, und dann muss man es vor Ihnen in Schutz nehmen. Es hat sogar großen Mut bewiesen und verfassungsrechtliches Neuland betreten und setzt sich dabei möglicherweise sogar einer bundesweiten Urteilsschelte aus – das muss man eindeutig einmal sehen –, um uns, die wir nicht mehr handlungsfäh sind, in dieser extremen Haushaltsnotlage aus einer Klemme zu helfen.

**Eßer**

(A)

Wer bei der mündlichen Verhandlung gewesen ist – ich will das jetzt einmal in der Alltagssprache sagen und hoffe, dabei geht die Würde des Gerichts nicht unter und bleibt nicht auf der Strecke –, der weiß genau, dass dort eine sehr intensive und hoch spannende Erörterung der Berliner Finanz- und Wirtschaftskrise stattgefunden hat. Die Richter haben uns Antragstellern wie Antragsgegnern zu verstehen gegeben, dass die Begründung des Senats für seine übermäßige Verschuldung mit Verweis auf die Wirtschaftskrise das Papier nicht wert ist, auf dem sie steht. Die haben gesagt, das wisst ihr doch alle selber, da brauchen wir uns auch nicht lange aufzuhalten, wir werden im Urteil dafür die passenden äußerst deutlichen Worte finden. Und so ist es dann auch geschehen. Dann haben die Richter gesagt: Leute, seid doch mal ehrlich. In Wirklichkeit ist das doch sowieso eine vorgeschobene Begründung, mit der ihr kommt. In Wirklichkeit steckt ihr in einer extremen Haushaltsnotlage, das wissen alle hier im Saal. Und nun sitzt ihr Politiker hier und wisst alle miteinander nicht, wie man diese Wahnsinnsverschuldung mit der Verfassung vereinbaren soll. Und ihr könnt im Parlament auch gar keinen Weg aus eurer Klemme finden, denn der Wortlaut der Verfassung sieht die Lage, in der ihr steckt, nicht vor. Und dann hat das Gericht den Mut aufgebracht, diese Aufgabe auf sich zu nehmen, und einen völlig neuen Tatbestand geschaffen und in sein Urteil geschrieben:

(B)

Für ein Land in extremer Haushaltsnotlage kann eine Ausnahme vom Kreditbegrenzungsverbot verfassungsrechtlich zulässig sein.

Ich finde, das ist mutig, das war eine Hilfestellung für uns als Parlament. Und das verdient genau nicht diese Sorte von Kommentierungen, die es zum Teil immer noch hier im Saal gibt und massenweise unter der Woche in den Zeitungen von der Regierungsbank gegeben hat.

[Beifall bei den Grünen]

Das ist mit einer der Gründe, warum ich hier sage: Missbrauchsantrag gegen den Regierenden Bürgermeister stellvertretend für die ganze Truppe, die so diskutiert.

[Beifall bei den Grünen und der FDP –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Jetzt hat der Regierende Bürgermeister gesagt, weil manches da interpretationsfähig ist, und das ist nicht ganz falsch: Im Hinblick auf die Klage in Karlsruhe brauchen wir eine Verständigung. Das sehe ich auch so. Ich bin, wie alle Grünen in dieser Frage, bereit, zur Verständigung zu finden. Ich sage aber eines sehr deutlich: Zum Verständigen gehören immer mindestens zwei.

[RBm Wowerreit: Bei euch drei!]

Die Verständigung wird also nicht stattfinden können zu Ihren Bedingungen und unter Ihrem Diktat. Sie werden sich entscheiden müssen.

[Beifall bei den Grünen]

Ich sage Ihnen auch etwas zu dem Satz: Ist man so gut beraten, zu Gericht zu gehen? – Ich weiß gar nicht genau, ich gucke mir nicht alle Protokolle an, wie oft ich hier

(C)

vorn gestanden habe in Ihrer Regierungszeit – dreimal, viermal, fünfmal? – und Ihnen gesagt habe: Wir werden Sie zur Erklärung der extremen Haushaltsnotlage per Prozess zwingen, wenn Sie sich nicht endlich bewegen. Das haben Sie nicht ernst genommen. Und nun müssen Sie die Folgen auch tragen und können sich nicht hier hinstellen: Der Eßer hat das fünfmal gesagt, und dann ist er zum Gericht gegangen, und das hätte er sich mal gut überlegen müssen. Ich habe fünfmal gesagt, das können wir auch hier im Parlament klären. Und Sie wollten das nicht; jahrelang wollten Sie das nicht. Insofern müssen sie die Folgen jetzt auch tragen, die Lage, in die Sie geraten sind.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Das heißt, mit diesem selbstherrlichen Stil, wie Herr Zimmer das genannt hat, und dieser Hemdsärmeligkeit – hier laufen wir, und die Grünen bellen da so ein bisschen, und die Karawane zieht weiter, wir diktieren die Bedingungen –, zu diesen Bedingungen wird es eine Verständigung nicht geben. Da kommen Sie möglicherweise aus dieser Situation, die Sie fürchten, dass weiter prozessiert wird, nicht heraus. Wir müssen uns einigen. Und da sage ich Ihnen, dem geht offenkundig eine Einigung im Senat voran. Wir können dieses Verfassungsgerichtsurteil – ich tue das nicht – auf der Lindner-Sarrazin-Linie interpretieren. Dann kenne ich die Melodie der nächsten ein bis zwei Jahre: Alles notwendig, in dieser Art, und wer dagegen irgendetwas sagt, gefährdet die Klage in Karlsruhe. Oder aber man kann es anders interpretieren, was ich bei Herrn Müller und bei Herrn Liebich herausgehört habe, und wofür ich mich persönlich sehr weit aus dem Fester gehängt habe. Ich sage Ihnen das noch einmal: Zu den bundesrechtlich festgelegten Vorgaben, die wir zu erfüllen haben, gehört für mich eindeutig Artikel 109 Abs. 2 des Grundgesetzes, wonach alle Glieder der bundesstaatlichen Gemeinschaft, auch Berlin, verpflichtet sind, bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.

(D)

Das ist gerade der Clou, dass die Verfassungsrichter für uns nachgedacht und uns einen Weg gewiesen haben. Sie sagten:

Ihr seid hier gewesen, weil ihr nicht mehr weiter wusstet. Nun gut, wir geben euch die erforderlichen Mittel an die Hand, auch auf die Gefahr hin, dafür bundesweit Schelte zu bekommen. Nun geht ihr aber hin und mahnt Berlin, unter Ausnutzung aller Einnahmequellen und aller vertretbaren und gebotenen Ausgabenkürzungen, den Weg aus der Haushaltskrise zu finden.

**Vizepräsidentin Michels:** Herr Abgeordneter! Achten Sie bitte auf die Zeit. Sie sind schon weit darüber!

**Eßer (Grüne):** Sie sagten dabei:

Vergesst nicht, ohne kräftig und intelligenter als früher in die Revitalisierung der Berliner Wirtschaft zu investieren, ohne Zurückdrängen von

**Eßer**

von Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsverlust, kann aus keiner Haushaltssanierung etwas werden.

Sie haben Ihnen gesagt, nicht uns:

Schreibt ein vollständiges, wohlbegründetes Sanierungsprogramm auf, das die Linie bis zu einem avisierten Punkt eines ausgeglichenen Haushalts zieht und nicht 2007 einfach abbricht.

**Vizepräsidentin Michels:** Ich bitte Sie jetzt wirklich um den Schlusssatz!

**Eßer (Grüne):**

Macht ein Sanierungsprogramm, das sowohl die Haushalts- als auch die Wirtschaftskrise zum Gegenstand hat, das verlässlich gilt und nicht dauernd geändert wird. Dafür, und nur dafür, öffnen wir euch die Tür zu einer ansonsten verfassungswidrigen Schuldenaufnahme.

Wenn das die Verständigung ist, die wir miteinander finden können – so verstehe ich dieses Urteil –, werden wir hier vielleicht bessere Zeiten erleben. Ansonsten wird es in den nächsten Zeiten sehr rau werden!

[Beifall bei den Grünen]

**(B)** **Vizepräsidentin Michels:** Danke schön! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Besprechung der lfd. Nrn. 1 und 2 der Tagesordnung sind damit erledigt. Die nach der Verfassung und Geschäftsordnung notwendigen namentlichen Abstimmungen über die Anträge von CDU, FDP und den Grünen über Entzug des Vertrauens gegenüber dem Regierenden Bürgermeister und dem Senator für Finanzen, Drucksachen 15/2189 und 15/2190, werden wir am Montag den 10. November 2003 um 15.00 Uhr durchführen. Die Einladung zu dieser 39. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin haben Sie bereits gestern erhalten. Die namentlichen Abstimmungen werden wir einzeln am Montag mit Hilfe der elektronischen Abstimmanlage durchführen. Ich sage es deshalb, damit Sie sich darauf einstellen können, dass die Sitzung nicht sehr lange dauern wird und ich daher auch um pünktliches Erscheinen bitte.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Zu den Anträgen der Fraktion der FDP Drucksache 15/2171 über haushaltssentlastende Gesetzesvorlagen und Anträge und zum Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2185 über Einsetzung einer Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ wird die Überweisung an den Hauptausschuss empfohlen. – Ich höre hierzu keinen Widerspruch. Dann ist dies einvernehmlich so beschlossen.

Zum Antrag der Fraktion der CDU: Berlin fordert vom Senat einen verfassungskonformen Haushaltsplanentwurf – Drucksache 15/2184 – empfiehlt der Hauptausschuss gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Grünen die Ablehnung. Wer jedoch dem Antrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen! – Danke schön. Die

Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei Stimmenthaltung der Fraktion der Grünen gegen die Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS: Aussetzen der Haushaltsberatungen, Drucksache 15/2188, empfiehlt der Hauptausschuss eine Neufassung, die Ihnen mit der Drucksache 15/2191 vorliegt. Die Annahme dieser Neufassung wird mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU und FDP empfohlen. – Wer also dem Text der Beschlussempfehlung Drucksache 15/2191 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist dies gegen die Stimmen von CDU und FDP so beschlossen.

Zum dringlichen Antrag der Fraktion der Grünen: Nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts Verantwortung übernehmen statt Verunsicherung zu provozieren teile ich mit, dass die Antragsteller um die Einfügung eines Wortes bitten. In Absatz 3 hinter dem Wort „sozialer“ solle ein Komma und „bildungspolitischer“ eingefügt werden. Ich bitte, dies so zu berücksichtigen. Wir beziehen dies in die Abstimmung Drucksache 15/2198 ein. Hier bittet die Fraktion mit der Änderung um die sofortige Abstimmung. – Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

**(D)**

Ich habe noch eine geschäftliche Mitteilung zu machen. Es geht um die Überweisung des Antrags der Fraktion der Grünen: Fehlinvestitionen vermeiden – Planungsstopp am BSR-Standort Gradestraße, Drucksache 15/2066, mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Betriebe und Technologie aus der 36. Sitzung vom 25. September 2003. Dieses wird einvernehmlich aufgehoben. Ich höre hierzu keinen Widerspruch.

Nun sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet bereits am Montag, den 10. November 2003 um 15.00 Uhr statt. Die Einladung haben Sie bereits erhalten. Die notwendigen Informationen hatte ich bereits mitgeteilt. Die Sitzung ist damit geschlossen.

[Schluss der Sitzung 12.06 Uhr]

(A) Anlage

(C)

## Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

### Aussetzen der Haushaltsberatungen

Angesichts des Urteils des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin über die Verfassungswidrigkeit wesentlicher Vorschriften des Haushaltsgesetzes 2002/2003 werden die laufenden Haushaltsberatungen des Haushaltsplanentwurfs 2004/2005 ausgesetzt, auch um allen Fraktionen ausreichend Gelegenheit zu geben, sich mit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs zu befassen.

Der Senat wird aufgefordert zu untersuchen, welche Konsequenzen es – resultierend aus dem Urteil – für den Haushaltsplanentwurf 2004/2005 gibt, und nach Abschluss der Überprüfung dem Abgeordnetenhaus entsprechende Vorlagen – zur Beschlussfassung – vorzulegen.

(B)

(D)